Ankara unterläuft deutsches Recht S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 11 – 19. März 2011

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Übertreffen sich gegenseitig in ihrer Betroffenheit über die Atomkatastrohe in Japan: SPD-Chef Sigmar Gabriel, Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, Jürgen Trittin und Renate Künast (alle drei Bündnis 90/Die Grünen). Bild: epd

Schnellabschaltung der Hirne

Der Fukushima-Unfall führt zu polemischen Anti-Atomdebatten

Derzeit sind weltweit 442 Atommeiler in Betrieb. Einige Dutzend sind in Planung beziehungsweise im Bau. In den USA erzeugen 104 Kernkraftwerke Strom, in Deutschland sind 17 am Netz. Polen will seinen ersten Kernenergiemeiler ab 2014 nördlich von Danzig errichten. Auf sie alle ist nun das Augenmerk gerichtet.

Elektrische Energie ist die Voraussetzung für hochwertige Industrieproduktion, für Dienstleistungen aller Art und auch für die Lebensqualität der Menschen. Haushalte oder Krankenhäuser ohne Strom? Nicht auszudenken!

In Deutschland ist die Diskussion über den zukünftigen Gebrauch der Kernkraft aufgrund der aktuellen Ereignisse auf das heftigste entbrannt. Die Regierung – der Anti-Atomstimmung im Lande folgend – setzt den vor wenigen Monaten gefassten Beschluss zur Laufzeitverlängerung der Atommeiler eiligst für drei Monate aus. Die Kanzlerin – Tatkraft und Führungskompetenz vortäuschend – verordnet einen umfassenden Sicherheitscheck für alle Kernkraftwerke. Man glaubt, nicht richtig zu hören. Die nun angeordnete Sicherheitsüberprüfung wäre eine unabdingbare Voraussetzung für die Verlängerung der Laufzeiten gewesen. Die Kanzlerin und ihr töricht daherredender Außenminister sind Getriebene der Anti-Atomstimmung im Lande.

> Merkel und ihre Minister sind Getriebene

Die parlamentarische Opposition demonstriert mit einigen ihrer Granden vor dem Kanzleramt für den baldigen Ausstieg aus der Atomkraftnutzung. Gabriel und Trittin sind zumindest auf diesem Sektor wenig verantwortungsbewusste Populisten. Sie haben zu verantworten, dass im Jahr 2000 ein zehnjähriges Moratorium in Kraft trat, das zum Inhalt hatte, bei der Endlagersuche für radioaktive Abfallstoffe nichts zu tun. Zehn verschenkte Jahre für das Auffinden und den Ausbau einer Lagerstätte für Kernkraftmüll. Die gesamte Opposition einschließlich der Partei „Die Linke“ puscht die Anti-Atomstimmung im Lande aus wahltaktischen Erwägungen. Sie missbraucht für sehr durchsichtige Motive die nicht wegzuleugnende latente Furcht der Menschen in Deutschland vor einer weiteren Tschernobylkatastrophe. Auch verschweigt sie die Wahrheit, dass nämlich die Abschaltung aller Atommeiler im Lande keineswegs mit mehr Sicherheit für die Menschen in Deutschland verbunden wäre. Dies wäre nur der Fall, wenn man europaweit abschalten würde. Das ist ausgeschlossen. Diese Botschaft müssten Regierung und Opposition den Menschen vermitteln.

Bezahlbare Energie ist und bleibt das Lebenselixier der globalisierten Weltwirtschaft. Wer – aus welchen Gründen auch immer – es versäumt, ausreichende Ressourcen zur Energiegewinnung vorzuhalten, begeht nicht nur politischen Selbstmord, sondern gefährdet Leben und Gesundheit der Menschen. Seit Beginn der Menschheitsgeschichte mussten Menschen ihr gesamtes Leben mit Risiken leben; das wird auch in Zukunft nicht anders sein. Gleichwohl bleibt es ein erstrebenswertes Ziel, die Kernkraft so schnell wie möglich entbehrlich zu machen. *Wilhelm v. Gottberg*

WILHELM V. GOTTBERG:

Katastrophen

Die Beinahe-Kernkraftkatastrophe 1979 in Harrisburg (USA) und der Kernkraftgau von Tschernobyl 1986 waren durch menschliches Versagen eingetreten. Menschliches Versagen bleibt ein Restrisiko bei der Nutzung moderner Technik, man kann es minimieren, nie völlig vermeiden. Die Katastrophe von Fukushima ist durch Naturgewalt eingetreten. Erdbeben, Seebeben (Tsunami) Überschwemmungen und Orkane treten immer wieder auf, sie lassen sich nicht verhindern, sie bleiben ein Sicherheitsrisiko beim Gebrauch der Kernkraft. Es gibt also gute Gründe gegen die Kernkraft, auch ihre Befürworter haben das immer gewusst, allerdings häufig davor die Augen verschlossen.

Noch ist das ganze Ausmaß des Schadens für Japan und den gesamten Erdkreis nicht überschaubar. Japan und seine Menschen sind unendlich schwer getroffen. Das Land braucht die Hilfe der gesamten Welt. Japan wird auch in Zukunft mit Atomkraftwerken leben müssen. Das Land ist rohstoffarm und dicht besiedelt. Die 54 Atommeiler erzeugen einen erheblichen Teil der benötigten elektrischen Energie. Alle einfach abzuschalten ist keine Option. Japan ist ein Hochtechnologie-Standort und zugleich drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Ausreichende und preiswerte Energie ist Grundvoraussetzung nicht nur in Japan für die industrielle Produktion. Wenn in Japan die Lichter ausgehen, hat das gravierende Auswirkungen weltweit. Europa bleibt davon nicht verschont. Die Weltgemeinschaft ist somit zwangsläufig zu einer Solidargemeinschaft geworden. Es ist gut, dass die EU und Deutschland bereit sind, Hilfe zu leisten. Wie diese Hilfe aussehen kann, wird sich finden.

Erdbeben verhinderte Sturz des Premiers

Japan: Katastrophe erzeugt politischen Burgfrieden – Wiederaufbau betroffener Gebiete teils wenig sinnvoll

Die Dreifachkatastrophe – von Erdbeben, Sturmfluten und Reaktorunfällen –, die Japan derzeit heimsucht, hat eine überraschende Wirkung: Der Selbstbeherrschung und ruhigen Disziplin des Volkes entspricht ein plötzlicher Burgfrieden in der sonst so streitsüchtigen politischen Klasse. Eigentlich hatte Premier Naoto Kan kurz vor seinem Sturz durch die eigenen Parteifreunde seiner zerstrittenen Mitte-Rechts-Sammelpartei der Demokraten gestanden. Eine Bagatellspende eines in Japan lebenden Koreaners hätte der Auslöser sein sollen, denn die Annahme politischer Spenden durch Ausländer ist in Japan verboten. Kans Vorgänger Yukio Hatoyama und Ichiro Ozawa hatten ihm die Gefolgschaft aufgekündigt. Die konservative Opposition der Liberaldemokraten verweigerte mit ihrer Mehrheit im Oberhaus die Zusammenarbeit und wollte damit Neuwahlen erzwingen.

Im Angesicht der Katastrophen arbeitet man jetzt plötzlich einträchtig zusammen. Auch ein großes schuldenfinanziertes Notbudget wird trotz des mit 210 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) völlig überschuldeten Staatshaushaltes zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in Rekordzeit gemeinsam auf die Beine gestellt. Wahrscheinlich ist der energische Naoto Kan, ein ingenieurwissenschaftlich ausgebildeter Patentanwalt, der sich als Umweltaktivist einen Namen machte und als Gesundheitsminister den Skandal um dem Vertrieb Aids-verseuchter Blutkonserven aufdeckte, als Krisenmanager eine gute Besetzung. Sofort beorderte er das gesamte Heer in die Katastrophenregion – beim Erdbeben von Kobe 1995 war dies unterblieben. Auch wurde ausländische Hilfe akzeptiert. In Kobe hatte man ausländischen Ärzten die Nothilfe untersagt, weil sie keine japanischen Lizenzen hatten. Auch die ersten Maßnahmen der Zentralbank, die Banken der Katastrophenregion – deren Schuldner fast alle ihr Vermögen, ihre Betriebe und ihre Arbeit verloren haben – mit ausreichender Liquidität zu versorgen, erfolgten stimmig.

> Regierung arbeitet besser als vor der Krise

Allerdings wird noch zu klären sein, ob der völlige Wiederaufbau der verwüsteten Regionen sinnvoll ist, deren wirtschaftliche Grundlagen als Teilelieferanten der japanischen Exportindustrie und Attraktion als Fremdenverkehrsgebiet an der vormals idyllischen Sanriku-Küste fast restlos vernichtet wurden, und die wie der Rest der japanischen Peripherie unter der Abwanderung der Industrie nach China, an Entvölkerung und Überalterung gelitten haben. Für die meisten der kleinen Fischereistädte war der Tsunami der Todesstoß.

Es bleibt auch die Klärung der Zukunft der Atomenergie in Japan. Doch missbraucht bislang niemand die Katastrophe, um ein schmutziges Süppchen zu kochen. Auch bleibt die Regierung ruhig, ganz im Gegensatz zu den in 10000 Kilometer Entfernung sicheren Europäern. Die in westlichen Medien geschmähte, zurückhaltende Informationspolitik Tokios beruht auf dem strengen Prinzip, dass ihre Sprecher nur das sagen, was sie sicher wissen. Das ist im Angesicht der multiplen Katastrophen nur wenig, doch besser als sich wie viele westliche „Experten“ in alarmistischen Spekulationen zu ergehen. *Albrecht Rothacher*

Schulterschluss der Scheichs

Eine schnelle Eingreiftruppe des Golfkooperationsrates ist von Saudi-Arabien aus in Bahrain einmarschiert. Damit wollen die sechs arabischen Ölmonarchien dem sunnitischen Herrscherhaus helfen, die überwiegend schiitischen Demonstranten niederzuhalten, die den Sturz des Regimes fordern. Denn fällt Bahrein, wackeln auch die Throne der Nachbarn. Die Militärintervention ist nicht unumstritten, denn für einen Einsatz bei inneren Unruhen ist die 1986 aufgestellte Truppe nicht vorgesehen. Ihr Vorgehen gegen die schiitischen Studenten dient auch dazu, den Einfluss des schiitischen Iran zurückzudrängen. Die Ölscheichs werfen dem Land vor, die Schiiten in den arabischen Ländern gegen die Staatsmacht aufzuwiegeln. *J. H.*

MELDUNGEN

NRW-Haushalt kassiert

Münster – Schwere Niederlage für Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD): Das Landesverfassungsgericht erklärte am Dienstag den Nachtragshaushalt 2010 der rot-grünen Minderheitsregierung für verfassungswidrig. Damit gab das Gericht der Klage der Fraktionen von CDU und FDP statt. Die Regierung hatte mit Unterstützung der Linkspartei im Landtag die Neuverschuldung durch den Nachtragshaushalt um 2,8 Milliarden Euro erhöht. Nach Auffassung des Verfassungsgerichts hat der Gesetzgeber jedoch keine plausible Erklärung dafür geliefert, warum diese zusätzliche Verschuldung „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ nötig und damit verfassungskonform sei. *J. H.*

BKA-Fusion gekippt

Berlin – Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat am Dienstag die umstrittene Fusion von Bundespolizei und Bundeskriminalamt (BKA) gekippt. Statt einer Zusammenlegung der beiden Sicherheitsbehörden plant er jetzt eine sogenannte „kleine Polizeireform“. Dabei könnten beispielsweise einzelne Funktionsbereiche wie Logistik, Beschaffung und Unterhalt von Gerät oder die Ausbildung von Beamten in enger Kooperation erfolgen. Friedrichs Vorgänger Thomas de Maizière hatte die Behördenfusion noch als eines der wichtigsten Projekte zum Umbau der Sicherheitsarchitektur angesehen. Dagegen leisteten die Bundesländer, die um ihre Polizeihoheit fürchteten, hartnäckigen Widerstand. Auch die Fachleute von Bundespolizei und BKA kritisierten die Pläne scharf. *J. H.*

Die Schulden-Uhr: Schöner Schein

Wir werden in diesem und im nächsten Jahr unter drei Prozent liegen“, lautet die frohe Kunde aus dem Finanzministerium hinsichtlich der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte. Die gute Wirtschaftsentwicklung macht es offenbar möglich, dass der Bund allein im kommenden Jahr neun Milliarden Euro weniger neue Schulden aufnehmen muss als die geplanten 40 Milliarden Euro. Allerdings ist nur die Rede von weniger Schulden, nicht von einem ausgeglichenen Haushalt oder gar einem Überschuss, so dass sich auch trotz guter Wirtschaftslage der Schuldenberg weiter erhöhen wird. Nicht miteingerechnet sind zudem die verschiedenen Rettungspakete für den Euro. Derzeit haftet Deutschland zwar „nur“, doch allein bei dem Euro-Rettungsschirm handelt es sich um eine Garantie in Höhe von rund 200 Milliarden Euro. Und die wirtschaftliche Lage in den Euro-Krisenländern legt den Eindruck nahe, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Haftung greift. *Bel*

1.940.472.819.952 €

Vorwoche: 1.939.091.673.654 €
Verschuldung pro Kopf: 23 751 €
Vorwoche: 23 734 €

(Dienstag, 15. März 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Integration: Ankara torpediert weiter

Die Türkei unterläuft bewusst deutsches Recht und missachtet internationale Gepflogenheiten

Der Chef der neuen türkischen Behörde zur Betreuung von Auslandstürken bezeichnet Deutschkurse als „Provokation“. Deutsche Bemühungen um eine bessere Integration werden gezielt unterlaufen.

In der schwelenden Auseinandersetzung um die Integration türkischer Zuwanderer in Deutschland setzt Ankara zunehmend auf Konfrontation. Derzeit lässt der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan eine Behörde aufbauen, die sich um die „Betreuung“ der Türken im Ausland kümmern soll. Aus welchem Geist die neue Behörde entsteht, darüber konnte sich eine österreichische Delegation unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Karlheinz Kopf, dieser Tage vor Ort ein Bild machen.

Österreich beherbergt mit rund 200 000 Türken und Türkischstämmigen eine auf die Gesamtbevölkerung gerechnet fast ebenso große türkische Gemeinde wie die Bundesrepublik. Der Leiter der neuen Behörde, Gürsel Dönmez, eröffnete den Österreichern laut einem Bericht des Wiener "Kurier": „Deutschkurse im Ausland werden in Ankara eher als Provokation wahrgenommen. Ein Türke wird sich immer als Türke fühlen. Wir haben einfach ein sehr starkes Nationalbewusstsein.“

In Düsseldorf hatte Erdogan gefordert: „Unsere Kinder müssen Deutsch lernen, aber sie müssen erst Türkisch lernen.“ Nach den Eindrücken der Wiener Delegation in Ankara war offenbar selbst das noch diplomatisch weichgespült. Der 46-jährige Politikwissenschaftler Dönmez hat übrigens fast die Hälfte seines Lebens, 22 Jahre, in Wien verbracht.

Alles spricht dafür, dass die türkische Regierung, sei es mittels der Religionsbehörde Ditib, sei es mittels der neuen Behörde, alles tut, um die Auslandstürken so eng wie möglich an die Türkei zu binden. Integration erscheint da eher störend, Assimilierung gar als feindseliger Akt (der neuen Heimat des Auswanderers) oder „Verrat“ (des dann ehemaligen Türken).

Ankara versucht, das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht aktiv zu unterlaufen. So wird deutschen Stellen nicht nur die sonst übliche internationale Kooperation zur Klärung von Staatsangehörigkeitsfragen verweigert, darüber hinaus versucht die Regierung Erdogan sogar, das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht aktiv zu unterlaufen.

Grundsätzlich darf die deutsche Staatsbürgerschaft nur erwerben, wer seinen bisherigen Pass zuvor abgegeben hat. Wer sich seinen ehemaligen Pass nach Erhalt des deutschen aber

Erdogan-Regierung verweigert Berlin Auskünfte

heimlich zurückholt, handelt rechtswidrig und verliert, so er denn erwischt wird, die unrechtmäßig erworbene deutsche Staatsbürgerschaft wieder.

Laut Schätzungen haben rund 50 000 Türken diesen Weg gewählt. Dabei haben die türkischen Behörden sie offenbar auch noch unterstützt. Dies wäre ein grober Verstoß gegen internationale Gepflogenheiten zwischen souveränen Staaten. Seit 2005 versucht Berlin nun, von Ankara zu erfahren, um welche Personen es sich dabei handelt. Die türkische Seite weigert sich jedoch, die Namen ihrer in Deutschland rechtsbrüchig gewordenen Landsleute preiszugeben.

Es sollte bekanntlich jedoch noch ärger kommen: In seiner Düsseldorfer Rede kündigte Ministerpräsident Erdogan die Einführung einer „Blauen Karte“ an. Mit ihr sollen Türken, die deutsche Staatsbürger geworden sind, eine „reduzierte“ Form der türkischen Staatsbürgerschaft zurückerhalten können. Damit würde das deutsche Recht und mithin die deutsche Souveränität ganz offiziell missachtet.

Mitten in diese Diskussion fiel der Vorschlag von Union und FDP, Aufenthaltserlaubnisse für Neuzuwanderer auf höchstens ein Jahr zu begrenzen und eine Verlängerung davon abhängig zu machen, ob der obligatorische Deutschkurs bestanden wird. Bislang genügte es, an dem Kurs regelmäßig teilzunehmen. Nur wer nicht erscheint, verliert sein Aufenthaltsrecht nachträglich. Die Regelung gilt nur für Bürger aus Staaten mit Visumspflicht für Deutschland, also auch für die Türkei.

Immigrantenverbände in Deutschland blicken mit Argwohn auf die wachsende Aufmerksamkeit, welche die deutsche Öffentlichkeit dem Erwerb der deutschen Sprache durch Zuwanderer zollt. Es sei ein Skandal, so die Verbände, dass Schulen ausgezeichnet würden, weil sie Kindern mit ausländischen Wurzeln den Gebrauch ihrer Muttersprache in der Pause „verbieten“. Damit spielen die Verbände auf die Herbert-Hoover-Schule in Berlin an. Ein „Verbot“ hat es dort indes nie gegeben. Dort haben sich Lehrer, Schüler und deren Eltern nur darauf geeinigt, dass auf dem Pausenhof nur noch Deutsch gesprochen wird. Danach verbesserte sich das Klima an der Schule deutlich, die Gewalt ging zurück. Dafür wurde die Schule später ausgezeichnet. In ihrer Aversion gegen den Primat des Deutschlernens befinden sich die Immigrantenverbände aber offenbar ganz auf der Linie von Ankaras politischer Führung. *Hans Heckel*



Zweifelhafter Erfolg: Deutsche Politiker begrüßen es, wenn Türken ihre Staatsbürgerschaft zugunsten der deutschen aufgeben. Doch offenbar leben in Deutschland rund 50 000 Deutschtürken, die sich danach illegalerweise die türkische Staatsbürgerschaft zurückgeholt haben. Bild: Ullstein

Islam auf dem Vormarsch

Beide große Kirchen versagen bei Bewahrung des Christentums

Vor wenigen Wochen wurde in Köln Richtfest für die bisher größte Moschee in Deutschland gefeiert. Die beiden Minarette haben bereits ihre Endhöhe mit 55 Metern erreicht. Der Bau soll nach Fertigstellung Gebetsräume für 1200 Menschen, eine Bibliothek, Seminarräume und Büros enthalten. Auch eine Tiefgarage gehört dazu. Bauherr ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (Ditib), eine türkisch-islamische Religionsbehörde und laut „FAZ“ ein verlängerter Arm des türkischen Staates.

Neben der neuen Moschee plant die Ditib ein weiteres großes Immobilienprojekt. Der stellvertretende Ditib-Vorsitzende Ali Dere, ein Professor für islamische Theologie, will eine Ditib-Akademie für Imame einrichten. Er ist auf der Suche nach einer verkehrsgünstig gelegenen Immobilie analog den katholischen und evangelischen Akademien in Deutschland. Professor Deres will in der angedachten Einrichtung zukünftig Imame für den Gemeindedienst vorbereiten.

Parallel dazu werden in Deutschland mit Mitteln des Bundes Fakultäten für „islamische Studien“ eingerichtet. Ideengeber für diese Initiative war der frühere Innenminister Wolfgang Schäuble, heute Bundesfinanzminister.



Ali Dere: Er will eine Ditib-eigene Akademie für Imame einrichten. Bild: pa

Die Absolventen dieses geplanten Studienganges sollen nach der Vorstellung der deutschen Politik sowohl als Religionslehrer an staatlichen Schulen wie auch als Imame bei Moscheevereinen tätig sein.

Vor diesem Hintergrund lässt die starke Kritik grüner Politiker, aber auch von Parlamentariern der CDU – Armin Laschet, Ruprecht Polenz – auf die Islam-Äußerung des neuen Innenministers Hans-Peter Friedrich eine erschreckende Tendenz erkennen, wohin die Entwicklung in Deutschland geht. Abgesehen von CSU-Politikern war niemand – auch nicht kirchliche Würdenträger – bereit, den ätzend kritisierten neuen Innenminister zu verteidigen.

Die Innenpolitik Deutschlands beschleunigt die Islamisierung Deutschlands. Aus der Glaubens- und Gewissensfreiheit gemäß Paragraph 3 Grundgesetz für jeden und jede wird islamische Mission. Der Missionsbefehl Jesu' wird in das Gegenteil umgemünzt. Erschreckend das Versagen der beiden großen Kirchen Deutschlands auf diesem Sektor. Es ist ihre ureigenste Aufgabe, die christlich-abendländische Leitkultur im Herzen Europas nachhaltig zu bewahren. Die Entwicklung in Deutschland gibt Anlass zur Sorge, zu großer Sorge, wenn man sich erinnert, wie Thilo Sarrazin wegen seines Weckrufes „Deutschland schafft sich ab“ heruntergemacht wurde. *Wilhelm v. Gottberg*

Bespitzelungs-Union

Will die EU »gläserne Bürger« schaffen?

Der „Kampf gegen den Terrorismus“ erweist sich heute mehr und mehr als Wunderwaffe gegen alle einst mühsam erkämpften bürgerlichen Freiheiten. Die EU ist da nicht nur williger Erfüllungshelfer der USA bei der Weitergabe von Bank- und Flugpassagierdaten, sondern prescht sogar mit eigenen Initiativen voraus. Natürlich still und leise, denn welches Medium hätte etwa über INDECT aufgeklärt?

Gegen Grundrechte und Unschuldsvermutung

Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich seit 2009 ein Projekt im EU-Forschungsförderungsprogramm. Beteiligt sind rund ein Dutzend Universitäten, die Hälfte davon aus dem einstigen Ostblock. Es geht um die vollautomatische Verknüpfung vieler Überwachungskameras, Datenbanken, Akten und gespeicherten Telekommunikationdaten zu einem universellen, erkenntnisgestützten, „proaktiven“ Überwachungsapparat.

Proaktiv heißt hier, Überwachung auch ohne Verdacht, um aus den Beobachtungen vollautomatisch Verdachtsmomente herauszufiltern und dann gezielte Bespitzelung und Einvernahmen auszulösen. Und das bedeutet auch, dass jemand, der zufällig durch irgendetwas auffällt wie vielleicht dadurch, dass er "am falschen Platz" auf dem Boden sitzt, automatisch ins Visier gerät und dass alle, die mit ihm Kontakt pflegen, auch automatisch ins Visier geraten.

Begriffe wie „Unschuldsvermutung“ oder „gerichtsfester Beweis“ verlieren damit ebenso ihre Bedeutung wie der „Datenschutz“, der nach Erscheinen der „Dritten Computer-Generation“ vor 50 Jahren erstmals zu Gesetzes-Initiativen führte. Denn wie sich immer wieder zeigt, schützt keine noch so raffinierte Verschlüsselungstechnik vor dem Eindringen von „Hackern“ in Netzwerke – und damit auch nicht vor dem gezielten Einschleusen von falschen Verdachtsmomenten.

Bisher regt sich aber offenbar nur in Österreich Widerstand. Die drei EU-Abgeordneten der FPÖ kritisierten in diesem Zusammenhang den „Generalverdacht“, unter den unbescholtene Bürger gestellt werden, und sehen einen frappanten Widerspruch zu europäischen und nationalen Grundrechten. *RGK*

Schaltet Röttgen ab!

Von VERA LENGSFELD

Seit Tagen hält die Naturkatastrophe apokalyptischen Ausmaßes in Japan die Welt in Atem. Die ganze Welt? Nein, in Deutschland ist vom größten Erdbeben seit Jahrhunderten, der verheerenden Tsunami-Welle, den vielen Nachbeben und den schrecklichen Folgen mit Zehntausenden Toten kaum noch die Rede. Stattdessen starren Politik, „Experten“ und Medien wie gebannt auf die Vorgänge in den betroffenen japanischen Atomkraftwerken. Seit es die erste Explosion gegeben hat, überschlagen sich die Hiobsbotschaften. Als einer der ersten gab Umweltminister Norbert Röttgen vor laufenden Kameras bekannt, dass seiner Meinung nach in Japan eine Kernschmelze stattgefunden habe.

Noch zur selben Stunde sekundierte der ehemalige Chef der Deutschen Atomaufsicht Renneberg, dass es keine Chance mehr gebe, den Reaktor in Fukushima 1 zu kontrollieren, der Supergau sei schon eingetreten.

Danach nahm die politisch-mediale Massenhysterie ihren Lauf.

Sender strahlten am Fließband Berichte von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl aus, in den Nachrichten kamen die Meldungen aus den Atomkraftwerken an erster Stelle, bis die gefühlte Atomkatastrophe in Deutschland alles in den Schatten stellte, was in Japan passiert war.

Es bildeten sich Menschenketten gegen die Atomkraft, die SPD witterte Wahlkampf-Morgenluft und versprach die sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke in Baden-Württemberg, sollte sie dort demnächst an die Macht kommen. Kanzlerin Merkel verfügte daraufhin den Supergau für ihre Energiepolitik, indem sie diese Abschaltung selbst einleitete.

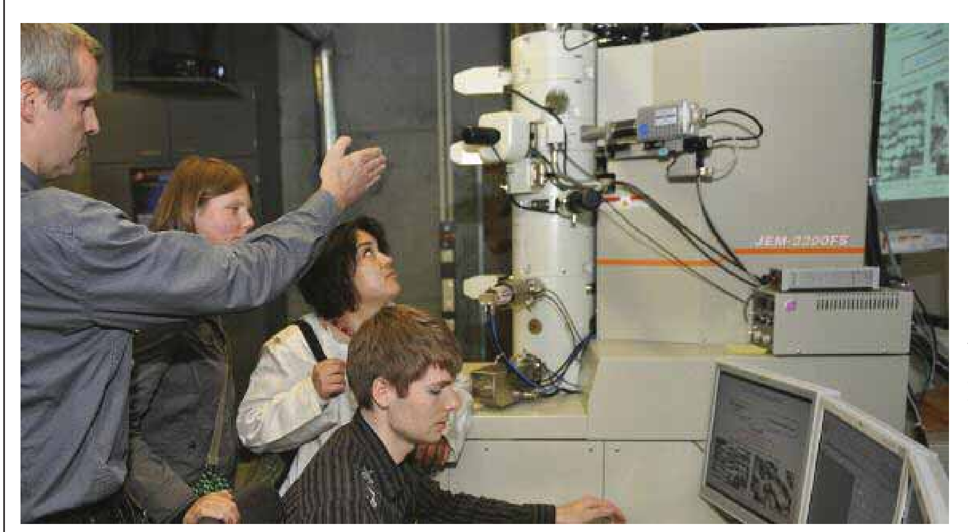
Röttgen hat mit seiner unbedarften Panikmache einen politischen Tsunami erzeugt, bei dem die CDU droht, zermalmt zu werden. Wenn es nur um die Partei ginge, könnte man der Meinung sein, dass Strafe für schlechtes politisches Personal auf die Dauer eben nicht ausbleibt. Es geht aber um viel mehr.

Populistische Stimmungsmache vergiftet die Atmosphäre, drängt Vernunft zurück und ignoriert Fakten. Schlimmer: Statt sich für die Japaner zu freuen, dass der angebliche „Supergau“ bisher nur einen winzigen Bruchteil der Opfer des Tsunami gekostet hat und mit jeder Stunde die Chancen steigen, dass er ausbleibt, scheinen unsere Meinungsmacher eine regelrechte Sehnsucht nach der ultimativen Nuklearkatastrophe zu entwickeln. Sonst müsste man nämlich zugeben, dass bisher die geschmähte Technologie sich unter extremsten Bedingungen bewährt hat.

Statt der Atomkraftwerke sollten Röttgen & Co. abgeschaltet werden, damit Vernunft und Augenmaß zurückkehren.

Wieder an die Spitze

Berlin steigt zum weltweit beachteten Forschungsstandort auf – Gewinne sprudeln kräftig



Von der Grundlagenforschung bis zum fertigen Produkt: Besucher an einem Rasterelektronenmikroskop in Adlershof

Bild: Davids

Berlin hat seine Industrie weitgehend verloren, ist als Kostgänger des Bundes und anderer Länder verschrien. Wirtschaftliche Tristesse allerorten? Keineswegs: Kaum bemerkt vollzieht sich im Stadtteil Adlershof eine sagenhafte Erfolgsgeschichte.

Berlin hat sich vorgenommen, bei den Wissenschafts- und Forschungsstandorten wieder Spitze zu werden. Innerhalb Deutschlands ist dies bereits gelungen, auch international wird die Stadt für Wissenschaftler zunehmend attraktiv. Schon in der Vergangenheit hatte die Spreemetropole auf Gebieten wie der Physik, Chemie und Medizin eine herausragende Stellung – mit gutem Recht wurde sie einst als Stadt der Nobelpreisträger bezeichnet.

Berlin hat große Pläne – die Stadt will in einer Liga spielen mit Forschungsstandorten wie Harvard, Cambridge oder Stanford. In der Spitzenforschung ist sie bereits jetzt erfolgreicher als alle anderen deutschen Wissenschaftsregionen. Das Potenzial ist riesig – drei Universitäten, sieben Fachhochschulen, vier künstlerische Hochschulen, zahlreiche private und staatliche Hochschulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Helmholtz-Gemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Institute der Leibniz-Wissenschaftsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft, ehemals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Wesentlicher Baustein der erfolgreichen Entwicklung ist das vor 20 Jahren gegründete Wissenschafts-Technologiezentrum in Berlin-Adlershof (WIST), das inzwischen als modernstes Technologiezentrum Europas gilt. Hardy Schmitz, Chef des WIST, spricht im 20. Jahr des Bestehens von einem „phantastischen Ergebnis“, das erreicht worden sei. Mit einigem Recht – auf dem Gelände im Südosten Berlins haben sich bereits 883 Firmen und 17 Wissenschaftsinstitutionen angesiedelt, darunter auch der naturwissenschaftlichen Campus der Humboldt-Universität.

Am 17. März 1991 wurde das Zentrum auf dem Gelände der abgewickelten „Akademie der Wissenschaften der DDR“ gegründet. Seitdem sind insgesamt 1,3 Milliarden Euro Fördergelder der öffentlichen Hand geflossen – eine Anschubfinanzierung, die sich gelohnt hat. Allein in den vergangenen vier Jahren haben die Steuereinnahmen durch das Zentrum 1,8 Milliarden Euro betragen. Die Bruttowertschöpfung beträgt nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) mittlerweile rund eine Milliarde Euro – pro Jahr. Zwei Drittel der Investitionen stammen inzwischen aus privaten Mitteln. Eine der Grundlagen des Erfolges ist die enge Verbindung von Forschung und der Gründung von Technologiefirmen, die aus den Forschungsergebnissen marktfähige Produkte entwickeln. Schwerpunkte der Arbeit sind die Optik, Mikrosystemtechnik und Materialforschung. Bis 2025 soll sich die Zahl der Arbeitsplätze auf dem Gelände verdoppeln, bereits jetzt sind hier über 14 000 Menschen beschäftigt.

> Konzepte ähneln dem Erfolgsgeheimnis der Kaiserzeit

Das Konzept ist so erfolgreich, dass nach dem Muster nun an anderen Stellen Berlins weitere Technologiezentren gegründet werden sollen – so auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof, später nach dessen Stilllegung auch auf dem Flughafen Tegel. Zudem sollen in der Nähe der beiden anderen Berliner Universitäten, der Technischen Universität in Charlottenburg und der Freien Universität in Dahlem, weitere Zentren wachsen.

Mit einer Wissenschaftspolitik nach ähnlichem Muster hatte Berlin bereits vor 100 Jahren großen Erfolg gehabt. Es war vor allem der preußische Bildungsexperte Friedrich Althoff, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die entscheidenden Weichenstellungen bei der Karriere Berlins als Stadt der Wissenschaften sorgte. Am 10. Oktober 1882 wurde Althoff von Kaiser Wilhelm I. zum Leiter des Universitätsreferats im preußischen Kultusministerium ernannt. ein Glücksgriff – die „Vossische Zeitung“ nannte den Beamten später den „Bismarck der preußischen Hochschulpolitik“.

Während seiner 26 Jahre im Kultusministerium hat Althoff das preußische und das deutsche Bildungssystem geprägt – unterstützt durch Wilhelm II., der technischen Entwicklungen und den Wissenschaften sehr aufgeschlossen gegenüberstand. Althoff sorgte dafür, dass die befähigtsten Wissenschaftler in Berlin zusammenkamen und die notwendigen Arbeitsbedingungen vorfanden. Nach der Jahrhundertwende trug diese Politik Früchte, die Königliche Friedrich-Wilhelms-Universität und die 1911 gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft waren auf Gebieten wie der Physik, Chemie und Medizin führend, nicht nur im deutschen Kaiserreich, sondern sie setzten auch weltweit den Maßstab.

Bis 1918 gingen 40 Prozent der Nobelpreise an deutsche Wissenschaftler – allein die Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität brachte 29 Preisträger hervor, Deutsch statt Englisch war bis 1918 internationale Wissenschaftssprache. Für Wissenschaftler, die mit Berlin verbunden waren, stehen Namen wie Robert Koch, Rudolf Virchow, Max Planck und Heinrich Hertz.

Die damalige Hochschulpolitik schuf auch die Grundlage dafür, dass Unternehmer wie Werner von Siemens oder Walther Rathenau in Berlin Unternehmen von Weltruf aufbauen konnten. Vielen der heutigen politisch Verantwortlichen in der Stadt mag es nicht bewusst sein, dass die derzeitige Förderung und Ansiedlung von Forschungseinrichtungen Maßnahmen gleicht, die bereits vor 100 Jahren Beamte des Preußischen Kultusministeriums mit enormem Erfolg umgesetzt haben. *Norman Hanert*

Blutrote »Helden«

Lenin, Ulbricht: Umstrittene Ausstellung im Abgeordnetenhaus

Walter Momper (SPD) ist als Parlamentspräsident Hausherr im Abgeordnetenhaus von Berlin. So verantwortet er auch die Ausstellung „Helden auf Zeit“. Die Schau umfasst Porträts aus dem Kunstarchiv Beeskow, die nun im Parlament zu sehen sind. Lenin, Walter Ulbricht und das Gemälde eines FDJ-Mädchens tauchen da unkommentiert unter den „Helden“ auf. Dies hat bereits zu heftigen Protesten geführt. Der CDU-Abgeordnete Oliver Scholz ist empört, sieht die Grenze der Toleranz erreicht und seine Schmerzgrenze überschritten.

Dabei ist diese skurrile Ausstellung keineswegs der einzige Anziehungsort für die Trauergemeinde des untergegangenen Kommunismus. Ausgerechnet von den Grünen, die nach der kommenden Parlamentswahl möglicherweise ein Regierungsbündnis mit der CDU anstreben, haben die Abgeordneten Lisa Paus und Anja Kofkinger einen feministischen Homunculus der DDR hochleben lassen. Anlässlich des, vor 1990 überwiegend nur in der DDR gefeierten, „internationalen Frauentages“ haben die beiden Volksvertreterinnen die Dorotheenstraße „symbolisch“ in Clara-Zetkin-Straße umbenannt. Das hat seinen guten Grund, denn Zetkin gilt als die Erfinderin des „internationalen Frauentages“. Aber nicht nur in Sachen Feminismus war „Tante Clara“ unterwegs. 1925 half sie Ernst Thälmann bei der Gleichschaltung der KPD im Sinne Stalins. Die fanatische Gegnerin der parlamentarischen Demokratie erklärte 1932 bei der Eröffnung des Reichstags als Alterspräsidentin, sie hoffe, auch noch den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands eröffnen zu können. So ist die Bezeichnung „Sozialistin“ für Zetkin wohl eher eine ungerechtfertigte Verniedlichung.

> Grüne wollen Clara-Zetkin-Straße in Berlin-Mitte

Einstweilen scheint der Stadtbezirk Mitte von einer Clara-Zetkin-Straße verschont zu bleiben, weil in Hellersdorf-Marzahn bereits eine existiert. In Wiederau/Sachsen, wo die spätere Stalinistin das Licht der Welt erblickte, haben sich die Bewohner 1989 vom Zetkin-Kult befreit. Alle einst nach der Politikerin benannten Straßen und Gebäude in dem Ort heißen jetzt anders. Sogar das Standbild wurde beseitigt. Dabei ist es bis heute geblieben. Nur einmal im Jahr fallen die Kommunismus- und Zetkin-Nostalgiker in Wiederau ein. Im Heimatmuseum – das ebenfalls nicht mehr ihren Namen trägt – werden dann Kaffee und Kuchen verkauft. *Hans Lody*

Kritik an Veteranen

NVA-Traditionstreffen sorgt für Aufregung

Am 5. März kamen über 100 Offiziere des 2008 gegründeten „Traditionsverbandes der Nationalen Volksarmee“ zusammen, um den 55. Gründungstag der NVA in der Cafeteria des Berliner Tierparks Friedrichsfelde zu begehen. Die Festansprache hielt der vorletzte DDR-Verteidigungsminister Heinz Kessler, der wegen des Schießbefehls an der Mauer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Nach Einschätzung des Justiziars der Berliner Polizei, Oliver Tölle, ist die Vereinigung nicht verfassungsfeindlich. Dennoch gab es von allen im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Kritik. Auch die Linkspartei bezog Stellung gegen die NVA-Veteranen: „Mit denen haben wir nichts zu tun“, erklärte der Berliner Landeschef der Linken, Klaus Lederer.

Viele ehemalige NVA-Angehörige sind verbittert – ja fühlen sich „ein zweites Mal verraten“. Nicht wenige hatten nach 1989 der SED/PDS als Wähler oder sogar als Mitglieder die Treue gehalten. Nun hätten sie sogar das „Neue Deutschland“ abbestellt, berichten Insider. Andere Offiziere der NVA nennen sich eher unpolitisch. Sie wollten Soldat sein „wie andere auch“.

> »Soldaten wie andere auch«

Zu dem umstrittenen Festredner Kessler hätte es Alternativen gegeben. Der ranghöchste Flieger der Volksmarine, Ulrich H. J. Israel, ein renommierter Buchautor („Flugzeugträger Graf Zeppelin“), oder General a. D. Horst Stechbarth, Vertriebener aus Ostbrandenburg und Wehrmachtsoldat bis zum letzten Kriegstag, gelten als vorzeigbare Persönlichkeiten, die Insidern zufolge dem Verband rasch zu Ansehen verhelfen könnten. *H.L.*

Papst kommt nach Berlin

Papst Benedikt XVI. besucht am 22. September im Rahmen einer Deutschlandreise Berlin. Die Deutsche Bischofskonferenz bestätigte am Dienstag in Paderborn, dass es auch einen Abendmahlsgottesdienst (Eucharistie) geben werde. Im päpstlichen Planungsstab denkt man offenbar über eine öffentliche Messe vor preußischer Kulisse nach: Schloss Charlottenburg befindet sich nach Aussagen von Mitarbeitern des Stabes in der engeren Wahl. Auf dem Platz davor könnten 40 000 Menschen dem Papst zuhören. Diözesanadministrator Weihbischof Matthias Heinrich (Berlin): „Ich freue mich, dass der Heilige Vater auch dem Wunsch so vieler Gläubiger nachgekommen ist, eine Eucharistie in Berlin zu feiern. Ich weiß, wie viele öffentliche Diskussionen es um den Ort gegeben hat, und die Planungen sind hier noch nicht abgeschlossen.“ Sicher ist: Nach Ankunft in Tegel wird der Papst vom Bundespräsidenten empfangen und danach vor dem Bundestag sprechen. *SV*

Zeitzeugen



Hartmut Mehdorn – Unter seiner Ägide als Bahn-Chef und Sanierer verbesserte sich das wirtschaftliche Ergebnis des Unternehmens von einem Verlust von 1,5 Milliarden Euro (1999) auf einen Gewinn von 2,5 Milliarden Euro (2008). Doch gleichzeitig erhöhten sich die Schulden der Bahn durch Zukäufe von 9,3 auf 16 Millionen Euro.

Friedrich List – Er gilt als Vorkämpfer für den Zollverein und das deutsche Eisenbahnwesen. Unermüdlich setzte sich der Staatswissenschaftler und Wirtschaftstheoretiker (1789–1846) bei Monarchen, Regierungen und Unternehmern für den Eisenbahnbau ein. Das Ende der Zollschranken und ein dichtes Eisenbahnnetz waren für ihn die wichtigsten Mittel, die wirtschaftliche Rückständigkeit der deutschen Staaten zu überwinden und ein einheitliches Reich zu schaffen.



Helmuth von Moltke – Unter dem Motto „getrennt marschieren, vereint schlagen“ führte der Chef des preußischen Generalstabs 1866 sein Heer über Hunderte von Kilometern in die siegreiche Entscheidungsschlacht gegen die Österreicher bei Königgrätz. Er nutzte dazu alle technischen Mittel und stützte seinen Truppenaufmarsch wesentlich auf die Eisenbahn ab. Reichskanzler Bismarck erkannte deren militärstrategische Bedeutung und förderte den systematischen und harmonisierten Ausbau des Streckennetzes.

Fritz Busch – Heute heißen die Bahnchefs Vorstandsvorsitzende, früher waren sie Präsidenten, er aber war Generaldirektor der Bahn. Im September 1949 wurde der Jurist, ehemalige Reichsbahndirektor, Referent im Reichsverkehrsministerium und Reichsbahnchef der Trizone erster Chef der Deutschen Bundesbahn, nachdem er die Weichen für deren Gründung gestellt hatte. Als das Werk vollbracht war, wurde er wenige Monate später pensioniert.



Claus Weselsky – Kaum einer kennt ihn, aber Millionen spüren ihn. Zumindest immer dann, wenn der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) seine Kollegen zum Streik ruft. Seine berufliche Laufbahn begann er als Betriebsschlosser bei der Reichsbahn. Später wurde er Lokführer, Betriebsratsmitglied und Aufsichtsrat der Bahn. Seit 2008 ist er Gewerkschaftsboss.

Schatten der Fehlentscheidung

Mit der Bahnprivatisierung gab der Staat seine Verantwortung auf

„Die Bahn fährt immer.“ Konfrontiert man die Bahnmanager heute mit dem Werbeslogan, mit dem ihr Unternehmen vor Jahrzehnten auf Kundenfang ging, legt sich ein gequälter Zug auf ihre Gesichter. Denn die Bahn fährt häufig gar nicht oder mit Verspätung. Beispielsweise dann, wenn die Lokführer streiken. Auch das ist eine Folge der Privatisierungsbestrebungen bei dem Staatskonzern.

Früher war so etwas nicht möglich. Die Bahn war eine Behörde und ihre Mitarbeiter durften als Beamte nicht streiken. Das war Teil der staatlichen Daseinsvorsorge im Verkehrs- und Beförderungswesen. Der Staat stellte öffentliche Einrichtungen und Leistungen für die Allgemeinheit bereit, um die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Personen- und Gütertransports jederzeit zu gewährleisten. Doch seit dem Beginn der privatwirtschaftlichen Ausrichtung der Bahn im Jahre 1993 haben viele ihrer Bediensteten ein Streikrecht. Was dies angesichts der Tatsache bedeutet, dass die Deutsche Bahn AG nach wie vor quasi ein Monopol hat und mehr als 99 Prozent aller Fernverkehrszüge betreibt, bekommt das Volk immer dann zu spüren, wenn die Gewerkschaften eine Machtprobe mit den Arbeitgebern versuchen.

Auch gepflegte und wohl klimatisierte Abteile haben etwas mit der Bahnprivatisierung zu tun. Seit die Bahn durch die Umwandlung in einen bundeseigenen Konzern quasi privatisiert und auf den Kapitalmarkt ausgerichtet wurde, wird sie von massiven Qualitäts- und Sicherheitsmängeln geplagt. Zu sehr konkurrieren die Vorteile eines privatwirtschaftlich geführten Unternehmens mit den Renditeerwartungen des Bundes. Die Dividendenausschüttungen in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich entziehen dem Unternehmen flüssiges Kapital und führen so zu verringerten Investitionen in das Anlagevermögen und harten Rationalisierungsmaßnahmen. Die Folge: Viele Züge und Betriebsanlagen sind häufig defekt. Die Mängel reichen vom Ausfall einzelner Komponenten bis hin zum Totalausfall. Selbst jahreszeitlich normale Wetterereignisse wie geringer Schneefall, leichte Sturmschäden oder hochsommerliche Temperaturen führen gleich zu massiven Störungen des Bahnverkehrs oder bringen ihn ganz zum Erliegen. Ersatzzüge und Reservekapazitäten werden nicht mehr vorgehalten, Ausweichstrecken sind längst stillgelegt und die wenigen noch verbliebenen bahneigenen Werkstätten sind überlastet. So können technische Defekte und jedes „Extremwetter“ für die Bahn schnell zum Desaster führen. Von Betriebsstörungen unbeeindruckt dürften indes all diejenigen bleiben, die längst von der Schienenverbindung „abgekoppelt“ wurden. In den vergangenen Jahren hat sich die Bahn in weiten Teilen des Landes aus der Fläche zurückgezogen. Unzählige Zugverbindungen wurden gestrichen, Strecken stillgelegt und Bahnhöfe geschlossen.

Beim Umgang mit Kunden ganz Behörde geblieben

Der geplante, derzeit aufgeschobene, Börsengang hat die Situation noch verschlimmert. Um die Braut für private Investoren attraktiv zu machen, wird sie durch Gewinnmaximierung aufgehübscht. Auch das geht zu Lasten von Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen an Fahrzeugpark und Infrastruktur. Sollte sich die Bahn eines Tages ganz in privater Hand befinden, dürfte, so befürchten die Gegner der Bahnreform, engültig die Rendite Vorrang vor Zuverlässigkeit, Komfort und Sicherheit haben.

Wenn es um den Umgang mit ihren Fahrgästen geht, ist die Bahn allerdings ganz Behörde geblieben. Kundenorientierung und Service sind für viele Mitarbeiter noch immer Fremdworte. Schließlich, so glauben sie wohl, darf der Untertan froh sein, dass man ihn überhaupt mitnimmt. *Jan Heitmann*

Auf der Schiene zur Reichseinheit

Mir ist nicht bange, dass Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chauseen und künftige Eisenbahnen werden schon das ihrige tun.“ Dieses Wort Goethes aus dem Jahre 1828 sollte sich bewahrheiten, denn die Entwicklung der Eisenbahn und der staatlichen Strukturen standen immer in einer engen Beziehung zueinander.

Als der Wirtschaftstheoretiker Friedrich List 1832 seine Gedanken über die Schaffung eines deutschen Eisenbahnnetzes entwickelte, scheiterte er damit zunächst an der deutschen Kleinstaaterei. Die politischen Grenzen waren zugleich Zollgrenzen, die den Verkehr behinderten. Die Überwindung der Zollschranken und den Eisenbahnbau sah er daher als die wesentlichen Voraussetzungen für die Schaffung eines einheitlichen Reiches an. Tatsächlich kam es nach der unter Führung Preußens 1834 vollzogenen Gründung des Zoll- und Handelsvereins bald zum Bau zahlreicher Eisenbahnlinien. Handel und Verkehr florierten und die deutschen Staaten rückten enger zusammen. Allerdings hatten die meisten Strecken wegen der fehlenden einheitlichen Eisenbahnhoheit und der Einzelinteressen der vielen privaten Betreiber zumeist keine Verbindung untereinander. Selbst als ab 1846 die Bahn die beiden Großstädte Berlin und Hamburg verband, mussten die Passagiere dort auf andere Verkehrsmittel umsteigen, wenn sie per Bahn zu anderen Zielen weiterreisen wollten. Das änderte sich erst nach der Reichsgründung 1871 und nachdem die Bahn bei den vorangegangenen Feldzügen ihre militärstrategische Bedeutung bewiesen hatte. Nun begann der systematische Aufbau eines deutschen, überwiegend verstaatlichten Eisenbahnnetzes, dessen Vollendung erst im 20. Jahrhundert erfolgte. *J. H.*

Beziehung zwischen Bahn und Staat



Nichts geht mehr: Lokführer blockieren mit ihren Streiks immer wieder große Teile des Bahnverkehrs. Bild: Reuters

Der Privatisierungsflop

Im Ausland hat man überwiegend negative Erfahrungen gemacht

Das Ausland hat unterschiedliche Erfahrungen mit der Bahnprivatisierung gemacht, die von Katastrophen wie in Großbritannien bis zu befriedigenden Ergebnissen in Japan reichen.

Während in Deutschland unverdrossen an den Privatisierungsplänen festgehalten wird, hat Neuseeland alles wieder rückgängig gemacht. Im Jahre 1993 wurde die gesamte Bahn auf einen Schlag für 328 Millionen neuseeländische Dollar (175 Millionen Euro) an ein US-Unternehmen verkauft. Doch kaum, dass die privaten Investoren das Sagen über das Schienennetz sowie den Personen- und Frachtverkehr hatten, gingen ihre Sanierer zu Werke. Teilbereiche wurden verkauft, Strecken stillgelegt und Investitionen zurückgefahren. Die Bahn schrieb schwarze Zahlen und der bald folgende Börsengang brachte den Aktionären hohe Dividenden. Dafür verkamen das Schienennetz und der Fahrzeugbestand, Verspätungen wurden zur Regel. Es dauerte Jahre, bis die Regierung gegensteuerte und 2003 das Schiennetz verstaatlichte und das Unternehmen Toll Holding als Investor gewinnen konnte. Doch statt zu investieren, führte die Toll Holding mit der Regierung einen erbitterten Streit über die Höhe der Nutzungsentgelte für das Schienennetz. 2008 war für die Regierung das Maß voll und die Bahn wurde für 655 Millionen Dollar (346 Millionen Euro) zurückgekauft. Die privaten Investoren rieben sich angesichts dieses satten Gewinns auf Kosten der Steuerzahler die Hände. Heute räumt die Regierung ein, die Privatisierung sei eine „folgenschwere Fehlentscheidung“ und eine „schmerzliche Lektion für das Land“ gewesen.

Investoren haben kassiert – und der Staat darf zahlen

Auch in Großbritannien ist die Bahnprivatisierung gescheitert. 1997 wurde die marode staatseigene British Rail zerschlagen und der Schienenverkehr in private Hand gegeben. Das Streckennetz und die Infrastruktur übernahm Railtrack, den Betrieb teilen sich 25 Gesellschaften. Railtrack ging an die Börse und machte in den ersten Jahren Milliardengewinne – und ließ dafür die Bahninfrastruktur verkommen. Die privatisierte Bahn kam durch Verspätungen, Streiks und schwerste Zugunfälle ins Gerede. Railtrack ging 2002 in Konkurs, wurde verstaatlicht und als Network Rail neu aufgestellt. Für deren Milliardenschulden und die Entschädigung der Aktionäre musste der Steuerzahler ebenso aufkommen wie für die milliardenteure Sanierung der heruntergewirtschafteten Anlagen.

Einzig Japan hat Erfolge bei der Bahnprivatisierung vorzuweisen. Nachdem ihr Schiennetz und der Fahrzeugpark zuvor modernisiert worden waren, wurde die unrentable staatliche Bahngesellschaft 1987 komplett privatisiert und an die Börse gebracht. Zwar gab es auch in Japan in der Folge viele Streckenstilllegungen, dafür wurde aber kräftig in die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur investiert. Die sechs Nachfolgeunternehmen der Staatsbahn sind hoch profitabel. Allerdings muss der Staat auch hier zahlen: Für den Bau neuer Strecken und den Ausbau des kaum Gewinn abwerfenden Regionalverkehrs. Dafür fährt man in Japan aber pünktlich und komfortabel. *Jan Heitmann*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6824**

Ohne Antrag läuft nichts

Bildungspaket: Kinder aus armen, aber bildungsnahen Familie sind Gewinner, doch sie sind in der Minderheit

Die Politiker sind froh, das Thema Sozialhilfe vom Schreibtisch zu haben. Doch bei Kommunen und Jobcentern herrscht Ratlosigkeit, wie sie das Bildungspaket umsetzen sollen. Das Paket könnte indes den Bund deutlich billiger kommen als geplant, weil offenbar nur ein Bruchteil der Berechtigten Leistungen beantragt.

„Was Kindern jetzt zusteht“, verkündete die mitteldeutsche „Super-Illu“ vergangene Woche mit großen Lettern. Darunter präsentiert die Zeitung ihren – offenbar großteils auf Sozialhilfe angewiesenen – Lesern im Stil eines Ratgebers eine Liste von Leistungen, auf die viele Kinder nach dem neuen „Bildungspaket“ jetzt Anspruch haben. Das bezieht sich auf Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre aus Haushalten, die Sozialhilfe und/oder Wohngeld empfangen.

Laut Bundesregierung sind das 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche, die Kosten veranschlagt der Bund auf 1,6 Milliarden Euro im Jahr. Diese Summe ist während der äußerst schwierigen Verhandlungen der Regierungskoalition mit der SPD kontinuierlich gestiegen. Die Schwerpunkte des Paketes sind Essenszuschuss, Freizeit-Gutscheine, Zuschüsse für Wandertags-Kosten, Nachhilfe-Kosten, Fahrkarten in die Schule sowie Schulbedarf.

Für weitere Fragen bietet die „Super-Illu“ ein Info-Telefon an. Es könnte sein, dass einige kommunale Sozialämter oder Jobcenter sich in ihrer Not auch dorthin wenden. Denn speziell die Regelungen aus dem Bildungspaket sind nur schwer durchschaubar. Die Umsetzung stockt an vielen Stellen, obwohl das Gesetz bereits in Kraft getreten ist.

Wie man hört, reiben sich einzelne Schulleiter offenbar die Hände und fragen sich, wie sie das Geld aus dem Bildungspaket, das sie über den Topf „Schulessen“ zusätzlich einnehmen, einsetzen können – der Ausbau von Ganztagsangeboten und Schulkantinen steht an erster Stelle vieler Wunschlisten. Es darf aber nicht so kommen, dass genuine zusätzliche Bildungsangebote der Schulen ausgedünnt werden, weil die dafür bestimmten Gelder für die Schaffung von Schulkantinen ausgegeben werden. Das würde die Intention des Gesetzgebers konterkarieren. Wie solchem behördlichen Prestige-Denken aber vorgebaut werden soll – dazu schweigt das Gesetz.

Zunächst der Essenszuschuss: Auf Antrag der Eltern bekommen Kindergarten-, Hort – und Schulkinder ein warmes Mittagessen, die Eltern müssen einen Euro pro Tag zuzahlen. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Einrichtung überhaupt Kantinen mit warmem Essen anbietet. Solche Angebote sollen natürlich ebenfalls aus dem Topf gefördert werden. Und die Eltern müssen zumindest insoweit selbst initiativ werden, dass sie ihr Kind schriftlich beim Jobcenter zum Essen anmelden.

Auch die Mitgliedschaft im Sportverein für Kinder soll künftig nicht mehr an den Kosten scheitern: Bis zu zehn Euro monatlich übernimmt die Kommune, das Geld kommt ebenfalls aus dem Bildungspaket. Auf die Initiative der Eltern kommt es auch an, wenn das Kind an einem kostenpflichtigen Schulausflug oder Wandertag teilnehmen will. Den Ausflug und die Kosten dafür müssen die Eltern beim Jobcenter anmelden, die Anspruchsberechtigten erhalten dann einen Gutschein oder eine Kostenerstattung. Schon bisher konnten Kosten für mehrtägige Fahrten erstattet werden, daran hat sich nichts geändert.

> Nachwuchs aus türkisch-arabischen Familien im Nachteil

Wenn die Schule einem Kind bescheinigt, dass Förderbedarf vorliegt und sie selbst keine Förderangebote macht, wird künftig auch Nachhilfe bezahlt – ebenfalls auf Antrag. Ebenso verhält es sich mit den Fahrkarten für Bus, S- oder U-Bahn zur Schule. Die gibt es nur, wenn die Fahrten notwendig sind und wenn die Eltern das beantragen. Gegen Vorlage einer Schulbescheinigung erhalten Schulkinder wie bisher 100 Euro pro Schuljahr für Schulmaterial – 70 Euro zu Beginn des Schuljahres, 30 Euro in der zweiten Hälfte.

Doch schon an der erwarteten minimalen Eigeninitiative der Eltern scheitert es häufig: Wie die „Augsburger Allgemeine“ aus Mindelheim im Landkreis Unterallgäu berichtet, haben erst sieben (!) Elternpaare überhaupt Leistungen aus dem Bildungspaket beantragt – geschätzte 1200 Personen hätten Anspruch. Wenn diese Tendenz so bleibt, könnte das Bildungspaket den Bund einerseits deutlich billiger kommen als veranschlagt. Andererseits muss sich der Gesetzgeber, vor allem Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), schon fragen lassen, ob das Paket richtig gestrickt ist, wenn die Betroffenen offensichtlich kaum Wert darauf legen.

Man muss dabei bedenken, dass ein großer Anteil der betroffenen Kinder und Jugendlichen aus dem islamisch-türkisch-arabischen Kulturraum stammt. Diese Familien gelten bei Sozialforschern als bildungsfern und aufstiegsresistent. Mit anderen Worten: Die türkisch-arabischen Familien lehnen sich lieber zurück und warten auf ihre nunmehr ebenfalls erhöhten Hartz-IV-Regelleistungen und Zusatzzahlungen. Die „Bildung“ ihrer Kinder aber hat für sie kaum Wert, darum engagieren sie sich nicht dafür – und sei es nur durch das Stellen von Anträgen. Kritiker monieren, es sei von vornherein illusorisch gewesen, anzunehmen, dass die Eltern dieser Kinder durch zusätzliche Angebote aus ihrer Passivität gelockt werden können.

Vielen konservativen Kritikern passt ohnehin die ganze Richtung nicht. Ihnen besteht die deutsche Sozialpolitik zu viel aus Fördern und zu wenig aus Fordern. Die immer wiederkehrende sozialistische These, höhere Sozialhilfe vermindere Armut, sei nämlich genau falsch. Umgekehrt werde ein Schuh draus: Je komfortabler die soziale Hängematte ausgestattet ist, desto besser kann man sich dauerhaft darin einrichten und desto weniger Druck gibt es, Arbeit aufzunehmen. Man kann ja keineswegs davon ausgehen, dass alle Sozialhilfeempfänger unverschuldet arbeitslos geworden sind. Gerade in der jetzigen Aufschwungphase wird jede taugliche Arbeitskraft gebraucht.

Anton Heinrich



Bis zu zehn Euro monatlich für den Sportverein: Doch nur Kinder, deren Eltern sich kümmern, profitieren. Bild: pa

MELDUNGEN

Abtreibung nicht Familienplanung

Straßburg – Als „Skandalentscheidung“ hat der EU-Abgeordnete Martin Kastler (CSU) die Annahme der Berichte „Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in der EU“ und „Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU“ durch das EU-Parlament gerügt. Beide seien „haarsträubend“, da Abtreibung zu einer Methode der Familienplanung und der Verhütung erklärt würde. Gleichzeitig wird die EU-Richtlinie zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern von Sexualwissenschaftlern als „Symbolpolitik“ kritisiert. Da nicht geklärt sei, wer als Kind gelte, würden auch Jugendliche miteinbezogen, was Teenie-Komödien oder Filme wie „Die Blechtrommel“ zur Pornografie erkläre. *idea/Bel*

Kampf um Wald geht weiter

Berlin – Das Bundesinnenministerium hat gegen das Urteil des Regensburger Verwaltungsgerichts zum „Egerer Stadtwald“ beim Bayerischen Verwaltungsgericht Berufung eingelegt. Darin hatte das Gericht in Regensburg die treuhänderische Verwaltung des auf bayerischen Boden liegenden Waldes durch den Bund für beendet und die tschechische Kommune Cheb rechtlich mit der bis 1945 deutschen Stadt Eger identisch erklärt, die seit 1554 Eigentümerin des Waldes (634 Hektar) war. Berlin stört sich vor allem an der Argumentation, nicht an der Folge des Urteils. Die Richter hatten die deutsch-tschechische Erklärung von 1997, als „zwischenstaatliche Regelung“ interpretiert, die die treuhänderische Verwaltung obsolet mache. Außerdem will der Bund eine politische und keine gerichtliche Lösung. Viele vertriebene Sudentendeutsche hingegen stören sich daran, dass die heute tschechische Stadt Cheb mit dem deutschen Eger gleichgestellt wird. Ihrer Meinung nach gehört der Wald den deutschen Egerern. Der Sudetendeutsche Rat e.V. schlägt eine Überführung des Waldes in eine Stiftung vor, von der beide Seiten profitieren könnten. *Bel*

Umstrittene Gleichsetzung

Neue Polen-Partei: Mit deutscher Volksgruppe auf Augenhöhe?

Der Berliner Rechtsanwalt Stefan Hambura hat mit seiner Ankündigung, Anfang April eine Polen-Partei in Deutschland gründen zu wollen, den Blick der Öffentlichkeit auf die Polen in der Bundesrepublik gerichtet. Der im schlesischen Gleiwitz geborene Aussiedler ist überzeugt, dass die Interessen der Polen hierzulande von der Bundesrepublik Deutschland nicht bestmöglich geschützt seien. Zusammen mit dem Bund der Polen in Deutschland e.V. hat er bereits dafür gesorgt, dass sich die Bundesregierung mit den „Göring-Dekreten“ auseinandersetzt, gemäß denen 1940 das Vermögen polnischer Verbände beschlagnahmt worden war.

Doch Hambura will noch mehr: Er will, dass die Polen in Deutschland als nationale Minderheit anerkannt werden, so wie die deutsche Volksgruppe in Polen. Es sei ungerecht, so auch Marek Wojcicki, Präsident des Bundes der Polen in Deutschland e.V., dass die etwa 150000 in Polen lebenden Deutschen Zuschüsse in Höhe von rund 25 Millionen Euro erhalten würden, während die deutlich größere Gruppe der polnisch-stämmigen Bundesbürger nur eine kulturelle Förderung in Höhe von 300000 Euro über Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) erhielten. Wojcicki, der betont, dass sein Verein eine reine unparteiliche Interessenvertretung sei, die mit jeder Regierung zusammenarbeite, gehört zwar nicht zu den Parteineugründern um Hambura, teilt aber manche ihrer Positionen.



Stefan Hambura Bild: privat

Hambura ist überzeugt, dass seine neue Partei auf ein Wählerpotenzial von 1,5 Millionen Personen zurückgreifen kann. Denn außer den Aussiedlern und zugewanderten Polen der letzten Jahrzehnte gäbe es noch die Ende des 19. Jahrhunderts zugewanderten sogenannten Ruhrpolen, die polnischstämmig seien. Auch würden durch den Wegfall der Arbeitsbeschränkungen für osteuropäische Arbeitnehmer zum Mai bestimmt Hunderttausende Polen hinzukommen.

Für sie alle will der Anwalt den Status der nationalen Minderheit – wie die Polen ihn laut Hambura bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gehabt haben sollen – einfordern, der ihnen mehr Rechte im Bereich des Bildungswesens und der Sprachförderung gewähren würde. Muttersprachlicher Unterricht an den Schulen gehört für ihn dazu. Dass die in Deutschland lebenden Polen diesen bisher nicht eingefordert haben, sieht er nicht als Hinderungsgrund. Erst müsse das Angebot geschaffen werden, dann würde die Nachfrage schon kommen, so Hambura. Die Bundesregierung hingegen zeigt wenig Verständnis für die Argumente des Gleiwitzers (siehe Seite 8). *Bel*

MELDUNGEN

Kopten weiter bedroht

Kairo – Seit Januar wurden in Ägypten mindestens 39 christliche Kopten wegen ihres Glaubens getötet und drei Kirchen niedergebrannt. Das teilt die Gesellschaft für bedrohte Völker mit. Zuletzt sei ein Kopte bei einer Demonstration von Christen in Kairo erschossen worden. Sie protestierten dagegen, dass 4000 Muslime die koptische Gemeinde in dem Ort Soul Atfif, 30 Kilometer von Kairo, angegriffen und die Kirche sowie zahlreiche Häuser von Kopten niedergebrannt hatten. Vorausgegangen war ein Konflikt um eine Liebesbeziehung zwischen einem Kopten und einer Muslima. *idea*

Konvertiten: Bei Al-Kaida begehrt

Islamabad – Nach den Berichten verschiedener westlicher Geheimdienste mobilisieren die islamistische Terrororganisation Al-Kaida und ihr nordafrikanischer Arm gegenwärtig mindestens 100 Kämpfer aus westlichen Ländern und trainieren sie für große Attentate. Ganz oben auf der Liste möglicher Angriffsziele steht Frankreich, das in Nordafrika, vorwiegend im Maghreb, gegen Terrornester vorgeht, nachdem beispielsweise in Mali verschiedene französische Staatsbürger gekidnappt worden waren. Unter den Rekruten befinden sich nach denselben Angaben deutsche, britische und amerikanische Konvertiten. Das Zentrum der Trainingscamps soll sich im pakistanischen Nord-Waziristan befinden. Veteranenkämpfer wie der Ägypter Saif al-Adel, ein ehemaliger Soldat von Spezialtruppen Kairos, sowie andere, bislang im Iran internierte Dschihadisten seien nun Bin Ladens neue Eliteausbilder. Mohammed Ilyas Kashmiri soll Bin Ladens Lashkar-e Zil, eine Schattenarmee, führen. Er hatte sich im indischen Kaschmir als Terrorist betätigt. *J. Feyerabend*

Im Strudel von Angst und Wut

Irak steuert mehr und mehr in anarchische Zustände: Nicht nur Attentate belasten die Menschen

Die Bilanz der ersten 100 Tage der irakischen Regierung um Nuri al-Maliki ist desaströs: Mangelnder Reformwille, Vetternwirtschaft und Korruption bestimmen das Bild. Viele Iraker, die ihre Hoffnung in die neue Regierung gesetzt hatten, verzweifeln auch angesichts des Umstandes, dass Bagdad zudem auch noch immer weniger Einfluss auf die Provinzen des Landes hat.



Überall Unruhen, Korruption und Misswirtschaft: Jene Iraker, die auf die Einführung einer Demokratie gesetzt haben, sehen sich vom Ergebnis enttäuscht. Bild: mauritius

Der Irak erlebt derzeit die größte Protestwelle seit dem Sturz des Diktators Saddam Hussein. Die zusammengewürfelte Regierung der islamisch, demokratisch und föderal konzipierten Republik ist längst nicht mehr Herr der Lage. Immer wieder drängt es in allen Landesteilen bis in die kurdischen Nordprovinzen aufgebrachte Bürger auf die Straße. Im Hintergrund mischen die Todesschwadronen der Terrororganisation Al-Kaida, Anhänger der Baath-Partei Saddam Husseins und religiös radikalisierte Gruppen mit.

Es vergeht kaum ein Tag ohne blutige Attentate auf Christen oder von Sunniten auf Schiiten, wobei zum Beispiel bei einem einzigen Attentat 56 schiitische Pilger ihr Leben ließen. Erst Mitte März raste ein Lastwagen voller Sprengstoff in das Hauptquartier der Armee in Bakuba. Mindestens zehn Soldaten wurden getötet, viele erlitten Verletzungen. Im Jahresschnitt starben bei Attentaten seit Bildung des „neuen Irak" zwischen 4000 und 5000 Menschen. Die Strategie der Attentäter ist es, ein geordnetes Staatswesen zu torpedieren. Hinter den Kulissen mischt dabei auch der zwischenzeitlich aus dem iranischen Exil zurückgekehrte radikale Geistliche Muktada als-Sadr mit. Gegenwärtig zieht er wieder vom Iran aus seine Fäden. Das irakische Militär und die Polizei des Landes sind der Lage keineswegs Herr. Aus diesem Grund schützen etwa 15 000 paramilitärisch organisierte Ausländer im Dienst acht großer privater Sicherheitsfirmen, darunter die umstrittene US-Firma Blackwater, die Ölanlagen des Landes. Diese Verbände nehmen eine Sonderstellung ein und sind weder verpflichtet, ihre Stärke noch die Zahl ihrer Opfer anzugeben.

Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Nuri al-Maliki Ende 2010 herrschen in dem 30-Millionen-Volk Angst und Wut, Reformen stocken, die Demonstranten prangern Bestechung, Korruption, eine überdimensionierte Bürokratie und Vetternwirtschaft an. Sie fordern bessere Lebensbedingungen, eine geregelte Strom- und Wasserversorgung – Investitionen, die trotz der Gelder aus dem Erdölexport bislang unterblieben. Die Ölförderung wurde auf einen Stand hochgefahren, wie er zuletzt vor mehr als 20 Jahren zu verzeichnen war.

Kompetenzgerangel unter 42 Ministern und viel Bürokratie

Aus den einströmenden Petrodollars wurde der Haushalt 2011 auf 80 Milliarden Dollar aufgebläht, doch die Bevölkerung sieht trotz vollmundiger Versprechungen wenig davon.

Die neue Monsterregierung aus 42 Ministern und einem Parlament, in dem alle Bevölkerungs- und Religionsgruppen vertreten sein sollen, tut sich schwer mit dem dadurch erzeugten, riesigen Verwaltungsaufwand. Dazu addiert sich immer wieder Kompetenzgerangel, das zudem unter mangelnder Fachkunde vieler Beteiligter leidet, die – wie im Orient üblich – vor allem nach persönlichen Beziehungen, ethnischem oder religiösem Proporz zusammengewürfelt wurden. Unbequeme Opposition blieb dabei Mangelware.

So entlud sich der Zorn der Massen seit dem 25. Februar in verschiedenen Städten wie Basra, Falludscha, Ramadi und Mosul in der Erstürmung von Amtsgebäuden, fast überall wurden Feuer gelegt. In der ostirakischen Provinz Wasit stürmten empörte Bürger das Gebäude des Provinzrates und setzten zudem das Wohnhaus des Gouverneurs in Brand. In Bagdad wurden Dutzende von Journalisten von Polizisten an der Berichterstattung gehindert, verprügelt und ihrer Aufzeichnungen beraubt.

Bei Protesten in der kurdischen Stadt Sulaimaniya im autonomen Kurdistan-Irak gab es bereits Tote und Verletzte. Auch hier profitieren nur wenige vom Aufschwung durch das Öl. Das Wort „Wasta" ist der Zauberschlüssel zum Erfolg, „Wasta" heißt auf deutsch Beziehungen. Längst werden Forderungen nach dem Rücktritt des autonomen Ministerpräsidenten Massoud Barzani laut.

Die Folge der chaotischen Zustände im gesamten Irak: Bereits mehrere Bürgermeister und Gouverneure traten zurück. Beobachter rechnen mit einem weiteren Exodus von Provinzpolitikern. Vorgezogene Kommunalwahlen scheinen deshalb unabdingbar. Hundert Tage erbat sich Ministerpräsident Maliki von der Bevölkerung. Falls sich die Lage nicht bessere, werde er persönlich die Verantwortung übernehmen. Was das im Klartext heißt, darauf blieb er die Antwort schuldig. Die 100 Tage sind demnächst abgelaufen. *Joachim Feyerabend*

Peking baut Marine aus

Flugzeugträger erhöhen Chinas militärische Eingriffsmöglichkeiten

Das Internet-Spiel „Giant Online" zeigt die Volksrepublik China als führende Macht der Welt im Jahr 2060 – kein Wunder, dass dieses Freizeitvergnügen im Reich der Mitte beliebt ist. Möglicherweise wird das Spiel viel früher Realität. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Investmentbank Gold Sachs vollzieht sich ein rasanter Aufstieg Chinas. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lag das Land 2000 auf dem sechsten, 2010 auf dem zweiten Platz und wird bis 2030 die USA überholen. Ähnlich ist die Entwicklung Indiens vom 13. bis auf den dritten Platz 2030.

Beide Mächte und das wiedererstarkende Russland unternehmen große Rüstungsanstrengungen für ihre Großmachtambitionen. Die Volksrepublik China gab 2010 nach offiziellen Angaben 78 Milliarden Dollar für die Rüstung aus – inoffizielle Schätzungen gehen von 150 Milliarden aus. Anlässlich des Besuchs von US-Verteidigungsminister Robert Gates in China fand „zufällig" der Jungfernflug des ersten chinesischen Stealth-Kampfflugzeuges statt. Die „J 20" soll das Gegenstück zum US-Tarnkappenkampfflugzeug „F 22" werden.

China als Landmacht erstarkt. Neuerdings werden auch große Anstrengungen unternommen, um eine Hochseeflotte zu schaffen. Zusammen mit Indien und Russland könnte so die unangefochtene Herrschaft über die Meere durch die USA künftig in Frage stehen.

Während Indien und Russland schon länger Flugzeugträger besitzen, wären solche „capital ships" für die Marine des Reiches der Mitte etwas Neues. „Wir gehen von der Küstenverteidigung zur Verteidigung ferner Meere über", erklärt Zhang Huachen, Vizekommandeur der chinesischen Ostflotte. Zunächst soll das Seegebiet von Japan und Taiwan bis zu den Philippinen beherrscht werden. Dieser Radius soll dann bis Guam, Indonesien und Australien ausgebaut werden. Endziel ist es, bis 2050 eine maritime Weltmacht zu werden.

Auch Indien und Russland rüsten maritim auf

Kern jeder Flottenmacht sind große Angriffsflugzeugträger. 1991 kam die 55 000 Tonnen große „Admiral Kusnezow" für die russische Flotte in Fahrt. Das Schwesterschiff „Warjag", das 1992 erst zu 70 Prozent fertig gestellt war, hatte seine Bauwerft jedoch in Floge, das nach der Auflösung der Sowjetunion plötzlich in der Ukraine lag. Nach längerem Hin und Her wurde das Schiff unter der Auflage einer zivilen Nutzung an China verkauft. Nun heißt das Schiff „Shi Lang" und sieht seiner Vollendung als Flugzeugträger entgegen. „Weyers Flottentaschenbuch" meldet den Bau von zwei weiteren chinesischen Trägern, die 2015 und 2020 zur Flotte treten sollen.

Indien kaufte 2004 den beschädigten russischen Flugzeugträger „Admiral Gorshkov", benannte ihn in „Vikramadiya" um, aber die Reparatur und der Umbau in Russland ziehen sich in die Länge. „Vikramadiya" soll 21 MIG 29 als Einsatzort dienen. Seit 2007 baut Indien auf einer eigenen Werft einem weiteren – etwas kleineren – Flugzeugträger. Ein Schwesterschiff soll 2017 fertig werden.

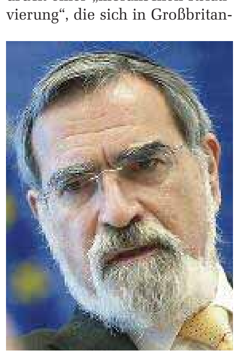
Russland gab die Beschaffung von zwei 80 000 Tonnen großen bis 2017 in Fahrt kommen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den russischen Werften wird dieser Termin zwar nicht zu halten sein, aber dann kommen die Schiffe eben später zur Flotte. Ende 2010 meldeten die Presseagenturen ein französisch-russisches Rüstungsgeschäft. Russland kaufte vier Hubschrauberträger des Typs „Mistral". Zwei werden in Frankreich, zwei in Russland gebaut. *H. Lody*

»Irriger Lehre« begegnet

Debatte um Leitkultur bewegt Großbritannien

Lange Jahre tönte die Parole von der unvermeidlichen multikulturellen Gesellschaft der Zukunft, die vor allem von Politikern, Medienleuten, Ökonomen und linken Intellektuellen ausgegeben wurde. Vor kurzem hat nun in Großbritannien kein Geringerer als der Premierminister David Cameron eine Leitkulturdebatte angestoßen und sich gegen den Multikulturalismus ausgesprochen, der in seinem Land geradezu den Rang einer politischen Doktrin gewonnen habe. Damit müsse, so der Premierminister mit ungewohnter britischer Deutlichkeit, Schluss sein. Cameron machte darauf aufmerksam, dass im Schutz jener Lehre zum Beispiel ethnische und religiöse Klubs an englischen Universitäten zu Orten der Agitation radikaler Muslime geworden seien. Es sei, so der Premier, an der Zeit, diesem Treiben mit „schärfsten Kontrollen" entgegen zu treten. Natürlich sprach der linksliberale „Guardian" sogleich von einem „Rechtsruck" in der englischen Politik, der sich hier abzeichne.

Doch in Großbritannien ticken manche Uhren offensichtlich doch anders als anderswo. Dem Premierminister sprang in dieser Debatte der einflussreiche Oberrabbiner Lord Jonathan Sacks, Mitglied des Oberhauses, in der „Times" bei und nannte den Multikulturalismus den Ausdruck einer „moralischen Relativierung", die sich in Großbritannien wie in Europa im Allgemeinen ausbreite, einer „irrigen Lehre", die sich fälschlich auf die Erfahrung mit dem intoleranten Nazismus berufe, aber eben falsch sei, weil sie dazu diene, dem ideologischen Fanatismus gewisser Minderheiten wie der islamistischen den Weg zu bereiten. Beachtlich, dass der Oberrabbiner sich nicht scheute, damit auf die Kritik von Papst Benedikt XVI. an der „Diktatur des Relativismus" im heutigen Westen Bezug zu nehmen.



Oberrabbiner Lord Jonathan Sacks: „Moralische Relativierung" als Todsünde der Zivilisation bezeichnet

Die moralische Relativierung, so Lord Sacks, sei heute „die eigentliche Todsünde der Zivilisation", weil sie den moralischen Konsens der Gesellschaft auflöse und die geistige Auseinandersetzung in der Gesellschaft zu einem bloßen Zusammenstoß prinzipiell gleichberechtigter Ansichten erkläre, zu einer Art Wettbewerb, in dem dann nicht die Wahrheit, sondern die lauteste Stimme gewinne.

Sacks nahm nicht nur den Ruf des Premierministers nach der Stärkung des nationalen Gemeinschaftsgefühls auf. Er machte auch darauf aufmerksam, dass gerade die Auflösung der nationalen Identität es den Minderheiten unmöglich mache, sich erfolgreich zu integrieren. „Denn es gibt dann nichts mehr, in das man sich integrieren kann." Der jüdische Theologe stößt die heutige Multikulturalismus-Debatte des Westens auf ihre integralen Schwächen hin.

Es wird interessant sein, wie im heutigen konformistischen und oft so besserwisserischen Deutschland diese neue britische Leitkultur-Debatte aufgenommen wird. *Klaus Hornung*

Erneuter Sündenfall

Merkel gibt weitere deutsche Interessen zugunsten der Euro-Rettung preis – Unruhe im Bundestag

Aus dem guten Vorsatz, bei der Euro-Rettung endlich harte, messbare Kriterien durchzusetzen, ist ein Interpretationen jeder Art zulassender „Pakt für den Euro“ geworden.

Manchmal lenken selbst die schlimmsten Katastrophen nicht vom eigenen Scheitern ab, sondern eröffnen sogar noch eine neue Front. Diese Erfahrung musste die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am vergangenem Wochenende machen, an dem nicht nur die Presse die Ergebnisse des Gipfels zur Euro-Rettung vom Freitag hinterfragte, sondern das Erdbeben in Japan samt Folgen der Anti-Atomlobby wieder Zündstoff lieferte.

Dabei hatte Merkel doch mit dem „Pakt für den Euro“ endlich Vorgaben machen wollen. Zu oft war die Deutsche von ihren europäischen Partner anlässlich der Euro-Krise überfahren und zu für Deutschland kostenträchtigen

Aus CDU und FDP kommt bereits Protest

Zusagen genötigt worden, so dass sie jetzt endlich den Kurs vorgeben wollte. Verbal tat sie auch nach dem Gipfel so, als ob ihr das gelungen sei, doch ihre Argumente waren so schwach, dass fast alle Medien über Merkels erneutes Nachgeben schrieben.

So lästerte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, dass Merkels „Pakt für den Euro“ seit seiner Ankündigung vor fünf Wochen nach starkem Protest seitens der Euro-Partner inzwischen so aufgeweicht worden sei, dass alle Regierungschefs mit gutem Gewissen hätten zustimmen können, da die Formulierungen jede Menge Raum für Interpretationen ließen.

Doch genau dies könnte dazu führen, dass der Deutsche Bundestag Merkel die Zusage verweigert. Zwar wurde noch nicht bekannt, wie weit sich mit der Ausweitung des Euro-Rettungsschirmes die Haftungssumme für Deutschland erhöht hat – Merkel selbst sprach nicht von einer Ausweitung, sondern von einer „Ertüchtigung“ –, es wird aber davon ausgegangen, dass es um die 200 Milliarden Euro sein werden, für die Deutschland nun einstehen muss. Dies ist angesichts des Umstandes, dass Wirtschaftswissenschaftler wie Repräsentanten aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen gleichermaßen davon ausgehen, dass zumindest Griechenland und Irland um eine Insolvenz nicht mehr herumkommen, für die Deutschen katastrophal.

Und genau aus diesem Grund schlugen Merkel schon aus dem eigenen Regierungslager größte Unmutsbekundungen entgegen. „Das Ergebnis liegt nahe an der Grenze zur Transferunion, die wir ablehnen“, kritisierte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Michael Meister. Ihn stört besonders folgender Satz Merkels: „Ob man die vom Staat platzierte Anleihe aufkauft oder man dem Staat einen Kredit gibt, damit er seine Anleihe sozusagen platzieren kann, ist in der Wirkung egal.“

Diese Aussage kennzeichnet neben der Ausweitung des Rettungsschirmes inklusive drastischer Erhöhung der deutschen Haftung eine weitere Niederlage für die Deutschen, denn bisher war Berlin immer strikt gegen den Aufkauf von frischen wie bereits am Markt gehandelten Anleihen angeschlagener Staaten.



Erwischt: Auch in Deutschland deutete man Merkels Zusagen zu Lasten Berlins bei der Euro-Rettung klar als Scheitern. Bild: pa

Noch-Bundesbankpräsident Axel Weber hatte die Europäische Zentralbank (EZB) stark kritisiert, weil sie genau diese Politik fuhr und fährt. Daher kam für die deutsche Seite absolut nicht in Frage, dass der Euro-Rettungsschirm genau diesen geldpolitischen Sündenfall nachmacht. Doch aus irgendeinem Grund hat Merkel sich bereit erklärt, auch von dieser Überzeugung abzulassen, so dass jetzt sogar schon die EZB überlegt, ob sie die von ihr aufgekauften Staatsanleihen an den Euro-Rettungsschirm verkauft (siehe Artikel unten).

Doch Michael Meister meint, dass die Unionsfraktion trotzdem der Bundeskanzlerin bei der Abstimmung im Bundestag nicht die Zustimmung verweigern werde, auch wenn der nun zu erwartende Aufkauf von Staatsanleihen durch den Rettungsschirm an die Schmerzgrenze gehe.

Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Josef Schlarmann, tönt zwar, die Entwicklung zur Transferunion sei der Sargnagel der europäischen Idee, aber er hat keine Stimme im Bundestag und wie die Vergangenheit gezeigt hat, wenig maßgebliche Unterstützer in der Union. Trotzdem ist ungewiss, ob sich die CDU/CSU von Merkel weiterhin ein so großes Finanzrisiko wie die ausufernde Euro-Rettung in die Budgetplanungen der Zukunft einbringen lässt, zumal Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bereits der Kanzlerin vorwarf, mit ihrer Europapolitik die grundgesetzlichen Rechte des Parlaments zu missachten. Und auch in der FDP knirscht es gewaltig. „Das Ergebnis des Gipfels widerspricht der Beschlusslage der FDP-Fraktion. Wir wollten weder eine qualitative noch quantitative Ausweitung des Rettungsschirms“, so der FDP-Bundestagsabgeordnete und Finanzpolitiker Frank Schäffler.

Doch genauso wenig wie Union und FDP von den von Merkel mitgebrachten Gipfelergebnissen halten, genauso wenig hielten Merkels europäische Partner von ihren Vorschlägen, dass sie auf

Euro-Partner können sich Zugeständnisse gar nicht leisten

ihre an die Inflation angepassten Lohnerhöhungen verzichten, eine Schuldenbremse einführen, ihre Körperschaftssteuern erhöhen oder die Renteneinstiegsalter EU-weit anpassen sollten. Und da vor allem der französische Präsident Nicolas Sarkozy und der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou wissen, wie ihre Landsleute auf derartige Vorschläge reagieren würden – Athen und Paris haben 2010 so manche von Gewalt geprägte Demonstration ertragen müssen –, waren sie nicht bereit, irgendwelche konkreten Zusagen zu geben.

Merkel hatte da weniger Hemmungen, denn neben der Tatsache, dass der deutsche Michel schon immer lieber still litt, übertüncht die gut laufende deutsche Konjunktur derzeit die Risiken, die die Kanzlerin dem deutschen Steuerzahler zumutet. *R. Bellano*

KURZ NOTIERT

BMW verzichtet auf Stellenaufbau: Nach dem Rekordgewinn im vergangenen Jahr will der bayerische Autobauer seine Position als weltweit größter Hersteller von Luxusautos weiter ausbauen. Neue Stellen sind allerdings nicht geplant. Vorstandschef Norbert Reithofer rechnet damit, dass sich im Jahresverlauf das Wachstum wieder abschwächen wird. Um flexibel zu bleiben, setze BMW deshalb auf mehr Leiharbeit und Überstunden. Auch seien die Auswirkungen der Katastrophe in Japan noch unklar. Japan gehöre zu den zehn größten Märkten von BMW und sei auch als Zulieferer von Elektroteilen wichtig. Dank der boomenden Nachfrage in China und der Erholung in den USA hofft BMW, in diesem Jahr das Ergebnis von 2010 noch zu übertreffen und deutlich über 1,5 Millionen Autos verkaufen zu können. *MRK*

Rekordjahr für islamische Obligationen: Einer Umfrage der Nachrichtenagentur Bloomberg zufolge wird 2011 ein Rekordjahr für die Emissionen islamischer Obligationen. Auf 31 Milliarden US-Dollar könnte der Verkauf von Sukuk (islamische Anleihen, bei denen statt Zinsen Beteiligungen erworben werden) anwachsen. Kasachstan beispielsweise will in den kommenden fünf bis sieben Jahren 10 Milliarden US-Dollar bei islamischen Geldinstituten leihen. In Zukunft wird Kasachstan 10 Prozent seiner Wirtschaft so finanzieren. Im vergangenen Jahr eröffnete die erste islamische Bank „Al Hilal“. Das Interesse an islamischem Geld ist wegen der Finanzkrise weltweit stark gestiegen. *MRK*

Spanien erster Profiteur vom Rettungsschirm: Nachdem die Euro-Staaten eine Vergrößerung des Euro-Rettungsschirms vereinbart haben, beruhigten sich die Finanzmärkte. Dadurch kommt das wegen seines hohen Staatsdefizits als Risikokandidat geltende Land nun günstiger an neue Milliarden. Bei einer Emission von Geldmarktpapieren lagen die Renditen unter dem vorherigen Niveau, so dass die Regierung deutlich weniger für die Anleihen zahlen musste. *J. H.*

Für den schönen Schein

EZB kündigt Leitzinserhöhung an – Offenbar nur symbolischer Akt

Bisher hat die Europäische Zentralbank (EZB) weitgehend die Erwartungen der EU-Politiker erfüllt: Sie hat nicht nur die Zinsen auf historisch niedrigem Stand gehalten, sondern sie hat, entgegen dem Maastrichtvertrag, auch Staatsanleihen von Krisenländern aufgekauft. Vom EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet kommen in den letzten Wochen nun andere Töne: Er gibt sich neuerdings als geldpolitischer Falke.

Die Hoffnung auf Rückkehr zur Politik des harten Geldes in der Tradition der Bundesbank hat für viele Deutsche einen herben Dämpfer erlitten. Nach dem Verzicht von Axel Weber auf die Kandidatur für den Posten des Präsidenten der EZB gilt Mario Draghi als wahrscheinlicher Nachfolger. Draghi war nicht nur Investmentbanker bei Goldman-Sachs – der Bank, die Griechenland behilflich war, seine Staatsverschuldung zu verschleiern, um Teil des Euro-Raums zu werden –, er stammt auch noch aus dem klassischen Weichwährungsland Italien. Sollte er das Rennen um die Nachfolge machen, dürfte die EZB besonders bei den Deutschen einen noch schlechteren Stand als bisher haben.

Vom Trichet, der noch bis Oktober als EZB-Präsident amtiert, sind neuerdings Äußerungen zu hören, die man sonst nur von dem im EZB-Rat isolierten Vertreter der Bundesbank, Axel Weber, kannte. Trichet hat eine mögliche Anhebung der Leitzinsen durch die EZB zur Inflationsbekämpfung in Aussicht gestellt, zusätzlich hat er

Staatsanleihen sollen beim Rettungsschirm versteckt werden

angekündigt, dass die umstrittenen Käufe von Staatsanleihen durch die EZB ein Ende finden sollen.

Allerdings versucht die EZB derzeit, hinter den Kulissen ein Paket von angekauften Staatsanleihen im Wert von 77 Milliarden Euro zu veräußern. Nicht etwa auf dem freien Markt, sondern an den Euro-Rettungsschirm EFSF. Der geldpolitische Sündenfall soll quasi das Ansehen der EZB nicht weiter belasten, sondern im Graulicht der Schattenhaushalte aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwinden. Auch von der in Aussicht gestellten Leitzinserhöhung zur Inflationsbekämpfung sollte man nicht viel erwarten. Im Nachhinein hat Trichet bereits ausgeschlossen, dass der angekündigten Leitzinserhöhung weitere folgen werden. Mit anderen Worten, es wird eine symbolische Leitzinserhöhung, wahrscheinlich von 25 Basispunkten geben, der längere Zeit nichts mehr folgen wird. Die EZB hätte damit ihren guten Willen gezeigt und könnte öffentlichem Druck besser standhalten.

Solange Länder wie Griechenland, Irland und Portugal Teil der Euro-Zone sind, bleibt auch fast keine andere Wahl. Vor einigen Tagen musste Portugal neu aufgelegte zehnjährige Anleihen bereits mit einem Zins von 7,8 Prozent ausstatten, um Abnehmer zu finden. Wie sich zusätzliche Leitzinserhöhungen auswirken würden, kann man sich vorstellen. Ein Zinsniveau, das wirksam Inflation eindämmen würde, hätte den zügigen Kollaps der Euro-Peripherie zur Folge. Die angekündigten Kosmetikmaßnahmen der EZB haben vor allem die Öffentlichkeit im Blick, oder wie es der britische Journalist Ambrose Evans-Pritchard auf den Punkt gebracht hat: „Der Euro lebt oder stirbt mit der Duldung der Deutschen.“ *Norman Hanert*

Zum Ärger der Alten

Spartengewerkschaften machen nicht nur Arbeitgebern Leben schwer

Die Lokführergewerkschaft GDL macht wieder Ernst. Der angedrohte Arbeitskampf im Güter- und Personenverkehr legt seit Tagen Teile des Schienenverkehrs lahm. Eindrucksvoll belegt die Spartengewerkschaft der Lokführer, dass das Prinzip „Ein Betrieb – Ein Tarifvertrag“, das mit der Entscheidung des zehnten Senats des Bundesarbeitsgerichts kassiert wurde, auch faktisch Geschichte ist. Vorerst zumindest, denn in seltenem Gleichklang appellieren sowohl der DGB als auch der Arbeitgeberverband an die Politik, die Tarifeinheit wiederherzustellen. DGB und Verdi befürchten wohl, dass die schleichende Erosion des Machtgefüges großer Gewerkschaften durch den Richterspruch noch beschleunigt werde, die Arbeitgeber eine wachsende Anzahl kostspieliger Tarifauseinandersetzungen. Seit 2001 verzeichnen die großen deutschen Gewerkschaften IG Metall, IG BCE und Verdi einen massiven Rückgang ihrer Mitgliederzahlen. Während die großen Gewerkschaften schrumpfen, wachsen und gedeihen die Spartengewerkschaften.

Einigen Berufsverbänden aus ehemals staatlich dominierten Branchen und Monopolunternehmen ist es erfolgreich gelungen, schlagkräftige Berufsgewerkschaften zu gründen. Vorreiter waren die Lufthansa-Piloten, die sich im Jahre 2001 mit ihrer „Vereinigung Cockpit“ von Verdi lösten. Dem Vorbild folgten 2002 die Flugbegleiter, 2003 die Fluglotsen, 2005 kehrten die Klinikärzte Verdi den Rücken und seit 2008 gehören

Verdi und DGB erscheinen wie Dinosaurier

auch die meisten Lokführer der abtrünnigen Spartengewerkschaft GDL an. Und die Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft geht munter weiter. Mittlerweile haben auch Flugzeugtechniker (der Lufthansa), Hafenarbeiter und Versicherungsangestellte Spartengewerkschaften gegründet. Das Arrangement großer Einheitsgewerkschaften, das viel zu viel über einen Kamm scherte, ist obsolet geworden. Wenn Verdi-Chef Frank Bsirske, der sich von der Erosion der Verdi-Basis nicht in seinem populistischen Konfrontationskurs gegen das Kapital beirren lässt, gegen die Rente mit 67 wettert, Deutschland wörtlich als „Steueroase“ bezeichnet und auch Spitzensteuersätze jenseits der 50 Prozent nicht ausschließt, dann ist er damit der lebende Beweis für die Volksweisheit: „Kleiner werdende Sekten predigen radikaler.“ Bsirske will scheinbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Frontlinie längst nicht mehr nur zwischen Arbeit und Kapital verläuft, sondern sich vielmehr innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer abspielt.

Der Anteil geringqualifizierter Arbeit am Volkseinkommen geht zurück, Arbeit gibt es, doch Kapital bleibt knapp. Spezifisches Humankapital wird in Deutschland durch die ungünstige demografische Entwicklung zusätzlich verknappt. Da die fetten Jahre vorbei sind und immer mehr Umverteilungslasten von immer weniger Schultern getragen werden müssen, erscheint es geradezu folgerichtig, dass die Bereitschaft von qualifizierter Arbeit abnimmt, einfache Arbeit zu subventionieren. Wenn die Politik das Tarifkartell nicht stützt, indem sie die Tarifeinheit gesetzlich erzwingt, dann wird sich der Mitgliederschwund von Verdi, IG Metall und Konsorten weiter fortsetzen. *Tobias Müller*

Zu lange gezögert?

Von Richard G. Kerschhofer

Spät, aber dann doch hat auch Mohammed ElBaradei erklärt, bei den ägyptischen Präsidentschaftswahlen zu kandidieren – „sobald die Voraussetzungen gegeben sind“. Tatsächlich muss dafür erst das Wahlgesetz geändert werden, doch seine sachliche Aussage lässt ihn erneut als Zauderer erscheinen. Dies umso mehr, wenn er ergänzt, er habe sich eigentlich eher jüngere Kandidaten zwischen 40 und 50 vorgestellt.

Ohnehin ist die Massenbegeisterung, die dem Nobelpreisträger einst entgegenschlug, als er massive Kritik am Mubarak-Regime übte, abgeflaut. Teils weil er eben kein Volkstribun ist und weil im Zuge der Demonstrationen auch andere Idole auftauchten. Teils weil er selber sich zu wenig zeigte – oder zu wenig gezeigt wird, denn die Militärs trachten, ihn von wichtigen Gremien wie etwa dem für die neue Verfassung fernzuhalten.

Die größte Schwäche im Wahlkampf dürfte aber sein, dass er mangels eigener Partei auf ein Unterstützungskomitee angewiesen ist und dass sich die Leute von der Muslimbruderschaft schon oft als unsichere Kantonisten erwiesen haben.

Geduld missbraucht

Von Peter Fünning

Alternativlos“, das Unwort des Jahres 2010, zeigt die Grenzen der politischen Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung aktueller Probleme auf. Und auch sonst sind die Regierenden oft rat- und machtlos. So zeigten sich in diesem Winter wieder einmal bei der Deutschen Bahn enorme Wartungs- und Investitionsdefizite, die auf dem Rücken der Reisenden ausgetragen wurden. Auch gelangten mit Dioxin vergiftete Nahrungsmittel in den Umlauf, verursacht von skrupellos geldgierigen Unternehmern.

Wann und wo der nächste Skandal aufbricht, ist in Anbetracht dieser nicht endenden Kette von Missständen nur eine Frage der Zeit und durchaus auch vorhersehbar. Denn ein roter Faden zieht sich durch alle genannten Problemfälle: Bei ungezügelter Gier nach höheren Gewinnen unter Minimierung der Produktionskosten und Auflösung der persönlichen Verantwortung für Erzeugung und Handel werden gesetzliche und soziale Schranken schnöde ignoriert. Allein der Profit ist ausschlaggebend und lässt sich auf diesen Nenner bringen: Die gemeinsam erwirtschafteten Gewinne werden privatisiert und fließen überwiegend in die Kassen der Unternehmer. Die Investitionsdefizite hingegen und Verluste werden sozialisiert und dem Bürger, das heißt dem Steuerzahler, aufgebürdet.

Angesichts der genannten Skandale wird der Bundesbürger an den Satz der ersten Rede Ciceros gegen Catilina erinnert, der wie folgt lautet: „Quo usque tandem abutere Catilina patientia nostra?“ Dies heißt in der Übersetzung: Wie lange noch, Catilina, willst du unsere Geduld missbrauchen?

Vorbild Preußen missbraucht

Von Rebecca Bellano

Nein, es ist kein schlechter Aprilscherz, auch wenn so mancher ostdeutscher Heimatvertriebener das glauben mag, wenn er das hört: In den ersten Apriltagen soll eine Polen-Partei gegründet werden, die den gleichen Status als nationale Minderheit einfordert, wie die deutsche Volksgruppe ihn in der Republik Polen habe. Eine besondere Volte ist, dass der künftige Vorsitzende der Polen-Partei, Stefan Hambura, auch noch behauptet, er wolle nur das wiederhaben, was die Nationalsozialisten den Polen in Deutschland widerrechtlich genommen hätten. Hier bekommt man den Eindruck, dass Dinge in einem Topf miteinander verrührt werden, die so nicht zusammengehören.

Ja, es gab schon zur Kaiserzeit eine Polen-Partei. Sie vertrat die Rechte der auch als solche anerkannten polnischen Minderheit in Deutschland. Die meisten Anhänger der Partei lebten in Westpreußen, Oberschlesien und insbesondere in der Provinz Posen. Sie waren preußische Staatsbürger, verstanden sich aber ethnisch als Polen. Natürlich hatte die Partei auch Anhänger unter den sogenannten Ruhrpolen, jenen Gastarbeitern, die mit Einsetzen der Industrialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aus dem Osten Preußens, aber auch aus dem damals unter russischer Herrschaft stehenden Polen selbst gen Westen gewandert waren.

Gastarbeiter gelten nicht als nationale Minderheit

Der von Hambura eingeforderte juristische Status der nationalen Minderheit gilt jedoch nur für angestammte ethnische Minderheiten wie beispielsweise Dänen, Sorben oder Friesen in Deutschland oder die Kaschuben in Polen.

Diese Voraussetzung erfüllten vor den Weltkriegen auch die polnischstämmigen Bürger östlicher preußischer Gebiete. Für die Ruhrpolen galten nie die Voraussetzungen, dass sie traditionell in Deutschland heimisch und hier in angestammten Siedlungsgebieten ansässig waren. Damit ist Hamburas Forderung obsolet und der Vergleich mit der deutschen Volksgruppe in der heutigen Republik Polen unangebracht.

Allerdings gibt es auf EU-Ebene immer wieder Versuche, den Status der nationalen Minderheit mit den damit verbundenen Rechten im Bereich des Bildungswesens, der Sprachförderung und bei Wahlen in Form des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde (wie bei Dänen in Schleswig-Holstein) auf zugewanderte ethnische und religiöse Minderheiten auszudehnen. Hieran hat aber die Bundesregierung keinerlei Interesse, denn wenn schon die gut integrierten, wie Hambura selbst meint, weitgehend sogar assimilierten Polen dieses Recht erhielten, dann würden dies unweigerlich auch andere Zuwanderergruppen einfordern. Vor allem im Falle der Deutschtürken wäre dies fatal, da schon jetzt massive Integrationsprobleme bestehen.

Interessant ist Hamburas Rückgriff auf die preußische Minderheitenpolitik aus geschichtspolitischem Grund: Es gehörte bislang zum festen Bestandteil des polnischen Geschichtsbildes, die Behandlung der ethnischen Polen auf preußischem Gebiet in düstersten Farben zu schildern, als eine einzige Hölle brutaler „Zwangsgermanisierungen“.

Nun auf einmal taucht Preußen als großes Vorbild auf, an dem sich das heutige Deutschland ein Beispiel nehmen solle. Das ist doch bemerkenswert, ganz unabhängig davon, dass das Vorbild Preußen missbräuchlich verwendet wird, um Dinge gleichzusetzen, die nicht gleich sind, und Rechte einzufordern, die dem Fordernden nicht zustehen.



„Sachsengänger“ 1908: Bewohner ländlicher Provinzen wie Ostpreußen, Westpreußen und Posen, aber auch Kongresspolen, zogen auf der Suche nach Arbeit nach Berlin und an Industriestandorte wie Oberschlesien, Sachsen und vor allem in das Ruhrgebiet. Unter ihnen waren auch viele Kernpolen. Bild: pa

Gastbeitrag



Freiheit ja, nur zu welchem Preis?

Von Prof. Dr. mult. Nikolaus Knoepffler

Ein Mensch hat sich verlaufen. Er hat nichts zu trinken, findet kein Wasser und ist am Verdursten. Ein Glas Wasser hat damit für ihn einen extrem hohen Wert. Warum empfinden wir es als ungerecht, wenn hier der übliche Marktmechanismus gelten könnte, also jemand, der Wasser hat und als einziger auf diesen Verdurstenden trifft, ein Glas Wasser nur an den Verdurstenden verkauft, wenn dieser ihm all sein Vermögen überschreibt? Ist dies vielleicht ein Grund hierfür, dass wir gesetzliche Bestimmungen haben, die einen derartigen Preis als sittenwidrig verbieten, weswegen in Deutschland derjenige, der das Glas Wasser zu diesen hohen Preis erworben hat, sein Geld wieder einklagen könnte. Umgekehrt haben nur wenige ein Problem damit, wenn jemand ein reines Lifestyle-Produkt wie Red Bull produziert und damit ein Milliardenvermögen anhäuft. Wer dies tut, kann sich vielfach der Anerkennung der meisten Menschen sicher sein. Niemand ist schließlich gezwungen, dieses Produkt zu kaufen und dadurch die betreffende Person, die eine einfache wie geniale Idee hatte, damit noch etwas reicher zu machen. Ein solcher Unternehmer hat eine Steuer zu zahlen, über deren Höhe sicherlich gestritten werden kann, aber nur wenige würden verlangen, dass es für den betreffenden Unternehmer eine Gewinnobergrenze geben sollte.

Davon zu unterscheiden ist noch ein anderer Fall, der in den vergangenen Jahren für vielfache Diskussion sorgte. Angestellte mancher Unternehmen verdienen teilweise das 200-fache dessen, was ein Durchschnittsverdiener desselben Unternehmens erhält. Wenn man die unternehmerische Freiheit ernst nimmt, so scheint dies erst einmal in Ordnung zu sein. Ein Unternehmen versucht, die besten Angestellten zu bekommen und „ersteigert“ diese sozusagen mit Hilfe eines üppigen Verdienstangebots. Niemand zwingt ein privates Unternehmen dazu, derartige Verträge zu schließen. Warum also sollte ein derartiges Vorgehen, wie die heftige Managerschelte der letzten Jahre nahelegte, unberechtigt sein? Wir haben es hier doch gerade nicht mit einem Fall zu tun, bei dem ein Unternehmen erpressbar ist. Es kann auch andere Angestellte suchen. So hat beispielsweise der Jenaer Unternehmer Ernst Abbe bereits Ende des 19. Jahrhunderts den Lohn der „Beamten“ – man könnte modern sagen, auch wenn dies nicht exakt stimmt, der Vorstandsmitglieder – an den durchschnittlichen Lohn der Arbeiter, die mindestens seit drei Jahren im Unternehmen beschäftigt waren, geknüpft. Niemand im Unternehmen sollte mehr als das zehnfache Einkommen eines Durchschnittsverdienstes erhalten dürfen, ausgenommen natürlich die Besitzer. Dabei hatte er ausdrücklich abgelehnt, besonderen Spitzenkräften mehr zu bezahlen. Besser sei es dann, auf derartige Personen und ihre Arbeitsleistung zu verzichten, war sein Credo. Allerdings scheint die Entwicklung in vielen Staaten zu zeigen, dass Abbes Vorgehen nicht Schule gemacht hat. Die Gehälter der Topleute sind in den letzten zwei Jahrzehnten förmlich explodiert, während die Durchschnittsgehälter inflationsbereinigt kaum gestiegen sind. Dies gilt auch für Sportarten wie Fußball oder für die Entertainmentbranche.

Unternehmen müssen frei Verträge schließen können, Extreme aber vermeiden

Geht man von der moralischen Grundüberzeugung aus, dass Menschen möglichst viel Freiheit haben sollten und die Grenze ihrer Freiheit in der Freiheit der anderen besteht, so scheint ein solches Vorgehen vielleicht nicht wünschenswert zu sein, aber dennoch der Freiheit der Akteure geschuldet zu werden. Die Eigentümer privater Unternehmen sollten die Freiheit haben, festzusetzen, was sie wem bezahlen möchten. Wie weit die einzelnen Staaten dann durch eine kluge Steuerpolitik diese sehr gut bezahlten Angestellten sozialpflichtig machen können, lässt sich sehr schwer einschätzen. Sind 45 Prozent der richtige Steuersatz oder sollten es mehr oder weniger Prozente sein? Hier wage ich keine Antwort zu geben. Nur gilt es zu bedenken, dass derartige Steuersätze zumindest in gewissem Rahmen nicht nur national, sondern auch international, zumindest EU-weit abgestimmt werden sollten. Ansonsten schafft man einen hohen Anreiz, dass reichere Personen ihren Wohnsitz ins steuergünstigere Ausland verlegen.

Dennoch muss es eine wesentliche Ausnahme von dieser Freiheitsregel geben, die gesellschaftlicher Gerechtigkeit geschuldet ist, wenn nämlich Unternehmen wie bestimmte Banken oder Großarbeitgeber wie General Motors als systemrelevant eingeschätzt werden. Ein Unternehmen gilt dabei als systemrelevant, wenn der Staat eingreift, um seinen Bankrott zu verhindern. Ansonsten würde nämlich noch größerer Schaden entstehen. In diesem Fall scheint das freie Spiel des Aushandelns von Gehältern einschließlich aller Zulagen in hohem Maß als unfair. Warum? Einfach zusammengefasst, weil Gewinne in hohem Maß privatisiert, Verluste dagegen in einem erheblichen Umfang von der Allgemeinheit getragen werden. Alle Steuerzahler müssen dafür einstehen. Wenn das jedoch so ist, dann ähneln die Verantwortlichen in systemrelevanten Unternehmen Menschen, die mit – im Falle von Banken – geliehenem Geld riskante Wetten eingehen können. Sie sind damit Spielern in einem Casino vergleichbar. Doch im Unterschied zum normalen Casinobesucher kommen sie auch bei Totalverlust des eingesetzten Vermögens sehr gut „aus dieser Nummer“. Für ihre Arbeit bekommen sie noch eine satte Abfindung. Für die Verluste müssen sie nicht einstehen, wenn sie die geltenden Gesetze befolgt haben. Dazu kommen die hohen Bonuszahlungen in guten Zeiten, die in schlechten nicht zurückgezahlt werden müssen. Deshalb schlage ich für derartige Unternehmen, aber auch alle „Unternehmen“, die von Steuer- oder Gebührenzahlern finanziert werden wie beispielsweise das öffentlich-rechtliche Fernsehen oder gesetzliche Krankenkassen, folgende „Therapie“ vor: So, wie wir Wucherzinsen und Wucherpreise als sittenwidrig verbieten, so sind Entlohnungssysteme abzulehnen, die einen ähnlichen Charakter zu haben scheinen. Darum sollte derartigen Unternehmen zwar möglichst viel Freiheit in ihren Gehaltsgestaltungsspielräumen zugestanden werden, aber der Staat hätte die Aufgabe, ein Ausufern zu verhindern. Der Gesetzgeber müsste also Gehaltsobergrenzen festlegen. So könnten sich beispielsweise die Staaten der EU (idealerweise alle Staaten) einigen, Spitzengehälter durch eine einheitliche Gesetzgebung zu „dekkeln“, beispielsweise in Abhängigkeit von der Bedeutung des jeweiligen Unternehmens.

Freiheit und Verantwortung dürfen nicht entkoppelt werden

Wenn wir von einem Gerechtigkeitsverständnis ausgehen, wonach einerseits möglichst viel Freiheit zu gewähren ist und Leistung honoriert werden soll, andererseits aber die Freiheit und auch das Honorieren von Leistung in einen gesellschaftlichen Gesamtrahmen einzubetten sind, benötigen wir eine Politik, die in größerem Maß die Interessen und das Gerechtigkeitsempfinden auch der „kleinen“ Leute berücksichtigt. Es geht also um die richtigen politischen Steuerungssignale, ohne die Freiheit zu beschädigen.

Prof. Dr. mult. Nikolaus Johannes Knoepffler, Lehrstuhl für Angewandte Ethik und Leiter des Bereichs Ethik in den Wissenschaften (Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften), Leiter des Ethikzentrums der Universität Jena.

Werke von Friedrich bis Menzel und Schadow

Vor 150 Jahren wurde in Berlin die Nationalgalerie gegründet – Bewegte Geschichte der Sammlung

Es ist die Zeit der Jubiläen. Große Museen feiern in diesem Jahr ihre Geburtstage. Das Wallraff-Richartz-Museum in Köln machte den Anfang, es folgte die Alte Pinakothek in München. Jetzt begeht die Alte Nationalgalerie in Berlin ihr Gründungsjubiläum.

Es war eine ganz besondere Ehre, die Wilhelm I. an seinem Geburtstag, dem 22. März 1861, zuteil wurde: In Berlin eröffnete im Gebäude der Akademie der Künste Unter den Linden die Alte Nationalgalerie. Anlass hierzu war das Legat, das der Bankier Joachim Heinrich Wagener dem König unter der Maßgabe schenkte, seine über 40 Jahre in zusammengetragene Sammlung an Gemälden als Grundstock für eine künftige Nationalgalerie zu

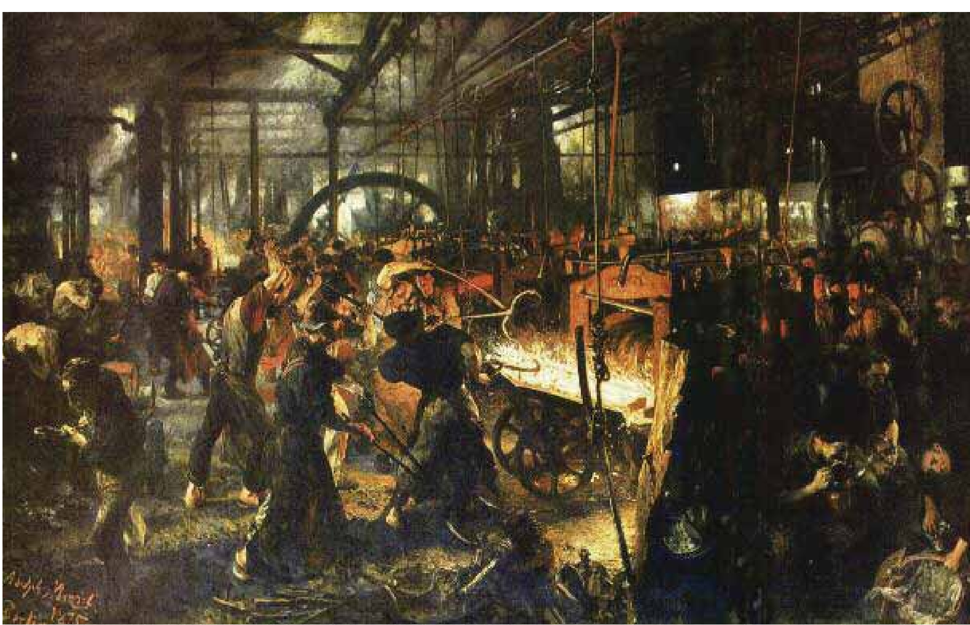
Sammlung eines Bankiers Grundstock für Nationalgalerie

nutzen. Auftakt zu dessen Sammleraktivität, die sich in den folgenden Jahrzehnten vor allem auf Architektur- und Historiendarstellungen sowie Landschaften erstreckte, bildete die „Gotische Kirche auf einem Felsen am Meer" von Karl Friedrich Schinkel, die der Bankier im Entstehungsjahr 1815 erwarb. Insgesamt 262 Bilder umfasste seinerzeit die testamentarische Überlassung von Joachim Heinrich Wagener an Wilhelm I.

1876 wurde die Nationalgalerie nach neun Jahren Bauzeit in einem eigenen Gebäude auf der Museumsinsel mit der Inschrift „Der Deutschen Kunst" eingeweiht. Das von Friedrich August Stüler geplante und von Johann Heinrich Strack vollendete Gebäude steht stilistisch zwischen dem ausgehenden Spätklassizismus und der beginnenden Neorenaissance.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Nationalgalerie teilweise schwer beschädigt. Noch immer ist nicht geklärt, welche Werke in dieser Zeit in die Sowjetunion gelangten und welche der Zerstörung anheimfielen. Nach Kriegsende wurde die Nationalgalerie instand gesetzt und 1949 in Teilen und 1955 vollständig wiedereröffnet.

Infolge der Teilung in Mittel- und Westdeutschland, mit der auch eine Teilung der Nationalgalerie einher ging, verblieben bedeutende Werke in Westberlin. Anfangs in der Orangerie im Schloss Charlottenburg, dann ab 1968 in der Neuen Nationalgalerie am Kulturforum Potsdamer Platz und ab 1986 in der Galerie der Romantik in Charlottenburg ausgestellt, kehrten sie mit der Zusammenführung der Bestände zu Beginn der 1990er Jahre an ihren angestammten Platz auf der Museumsinsel zurück. Die Alte Nationalgalerie zeigt die wichtigsten Werke der Sammlung der Nationalgalerie Berlin aus dem 19. Jahrhundert. Hierzu gehören Werke aus Klassizismus und Romantik, Biedermeier, französischem Impressionismus und beginnender Moderne. Zu den wichtigsten Werken gehören unter anderem „Der Mönch am Meer" von Caspar David Friedrich, „Eisenwalzwerk" von Adolph Menzel und die sogenannte „Prinzessinnengruppe" von Johann Gottfried Schadow.



Adolph Menzel: Eisenwalzwerk (Öl, 1872 / 75) Bild: Archiv

„Der Mönch am Meer" entstand zwischen 1808 und 1810 in Dresden und wurde gemeinsam mit dem Bild „Abtei im Eichwald" 1810 auf der Berliner Akademieausstellung gezeigt. Nach der Ausstellung wurden beide Bilder von König Friedrich Wilhelm III. für dessen Sammlung gekauft.

Zu Menzels packendsten und bedeutendsten Werken gehört das 1872 bis 1875 entstandene Gemälde „Eisenwalzwerk", das einst unter dem Titel „Moderne Cyklopen" bekannt wurde und so auf die griechische Mythologie und die dadurch inspirierte barocke Darstellung der Schmiede des Vulkan anspielte. Heute gilt das Werk als erstes wirklich bedeutendes modernes Industriebild. Seinerzeit wurde es als „Symbol für die gründerzeitliche Explosion der Industrie" gewertet und als „Ausdruck für Deutschlands neue wirtschaftliche Potenz". Menzel selbst wollte sich nicht festlegen; er sagte: „Diese Cyklopenwelt der modernen Technik ist überreich an Motiven. Ich meine nicht bloß das bisschen Rauch." Für sein Gemälde „Eisenwalzwerk", das von der Königlichen Nationalgalerie in Berlin erworben wurde, war der akribische Beobachter Menzel eigens ins oberschlesische Königshütte gefahren und hatte im dortigen Schienenwalzwerk seine Studien betrieben.

Sein sehr persönliches und facettenreiches Bild dieses zum größten und modernsten Hüttenwerk Preußens gehörenden Industriebetriebs zeigt die Anlagen, Räume und Maschinen, vor allem aber auch die Arbeiter, einzeln oder in Gruppen. Doch auch nach seiner Rückkehr nach Berlin fertigte Menzel noch weitere Studien an, so in der Königlichen Eisengießerei, wo er auch seine Modelle fand.

Am Rande des Bildes ist eine Menschengruppe zu erkennen, die trotz des Trubels um sie herum eine Ruhepause einlegt. Einer der Arbeiter hält zwischen seinen Knien einen Bunzlauer Topf. Es sind die Arbeiter, die im Mittelpunkt von Menzels Interesse stehen. „Welch hohes Maß an Einfühlung und auch Bewunderung der Künstler ihnen entgegenbrachte, zeigt sich daran, dass er neben der Härte ihrer Arbeit auch ihre Bedeutung und Würde hervorhob. Den hier im Bilde zwischen Mensch und Maschine ausgetragenen Kampf entschied Menzel eindeutig zugunsten des Menschen", schrieb Sigrid Achenbach vom Berliner Kupferstichkabinett.

An vielfältigen Skizzen lässt sich eindringlich der Gestaltungsprozess des Gemäldes nachvollziehen. Und so ist denn auch der Betrachter des „Eisenwalzwerks" fasziniert von dem Geschehen in der düsteren Halle.

In dampferfüllter Dämmerung flackert hier und da ein Licht, das bizarre Schatten wirft. Man hört die Werkzeuge geradezu klingen, meint die Gluthitze zu spüren, die

Jubiläum wird mit Sonderausstellung gefeiert

von dem flüssigen Eisen ausgeht. „Die figurenreiche Darstellung des Gemäldes ist mit der gestalterischen Kraft des erfahrenen Malers großer Gruppenszenen als kraftvolle Demonstration moderner Industriearbeit komponiert" so die Kunsthistorikerin Karin Schrader.

Das anstehende Jubiläum wird mit der Ausstellung „Die Sammlung des Bankiers Wagener – Die Gründung der Nationalgalerie" vom 23. März 2011 bis zum 8. Januar 2012 begangen. Etwa 140 Gemälde, welche die wichtigsten und repräsentativen Werke der damaligen Schenkung umfassten und Schwerpunktsetzungen dieser Sammlung auf dem Gebiet der zeitgenössischen Kunst in Deutschland und Europa erkennbar machen, werden dann in Berlin zu sehen sein.

Corinna Weinert / Silke Osman

Die Alte Nationalgalerie, Bodestraße, Berlin, ist Dienstag, Mittwoch und Freitag sowie am Wochenende von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 22 Uhr geöffnet.

Sie verehrte den Reichseiniger Bismarck

Fanny Lewald war nicht nur eine gern gelesene Schriftstellerin, sondern auch eine engagierte Kämpferin für die Emanzipation

Du willst also Schriftstellerin werden?" – „Wenn du nichts dagegen hast, lieber Vater, will ich es ganz gewiß!" Folgt man den Lebenserinnerungen von Fanny Lewald, deren Tod im August 1889 die „Kölnische Volkszeitung" als den Verlust der „hervorragendsten Romanschriftstellerin" betrauerte, so waren es diese Sätze, die am Beginn ihres äußerst erfolgreichen Lebensweges als Literatin standen. Zudem sollte sie sich zu einem Mittelpunkt der Berliner Gesellschaft entwickeln.

Zu der Zeit, als der Vater sie endgültig „freigab", hatte sie die Dreißig bereits erreicht. Am 24. März 1811 war sie in Königsberg als Tochter des jüdischen Kaufmanns David Marcus geboren worden; später nahm die Familie den Namen Lewald an. Fanny erhielt zunächst eine breit gefächerte Schulbildung. Zu ihren Schulkameraden gehörte Eduard Simson, der spätere Präsident des Reichstages.

Diese Ausbildung endete allerdings schon früh. Im Hause der Familie wurde sie nun auf ihre künftige Rolle als Ehefrau vorbereitet. Auf einem rigide geregelten Stundenplan stand Handarbeit ganz oben an, was für die wissbegierige junge Frau eine Qual war. 1830 trat sie zum Protestantismus über, allerdings ohne innere Überzeugung. Ein sich immer stärker ausprägender Wunsch nach Selbständigkeit fand seinen Ausdruck darin, dass sie sich einer vom Vater gewünschten Konvenienzehe erfolgreich widersetzte.

August Lewald, ein Cousin ihres Vaters, bestärkte sie darin, ihr schriftstellerisches Talent zu entfalten. Er war es auch, der bei ihrer ersten Veröffentlichung Pate stand: In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Europa" berichtete sie über die Huldigungsfeierlichkeiten für König Friedrich Wilhelm IV. 1843 erschienen ihre ersten beiden Romane „Jenny" und „Clementine". Mit Rücksicht auf die Familie blieb die Autorin hier noch anonym. Gegenstand dieser Bücher war ihr großes Thema: Die Emanzipation der Frau. Vor allem gegen aufgezwungene Ehen und Abhängigkeiten – die eigenen Erfahrungen vor Augen – schrieb sie an. Daneben beschäftigte sie sich in ihren literarischen und journalistischen Texten mit dem Problem der Standesunterschiede und sie setzte sich für die Gleichberechtigung der Juden ein.



Fanny Lewald: „Redeturniere" geliefert Bild: pa

Von ihren Einkünften als Autorin konnte sie gut leben. 1845 ließ sie sich endgültig in Berlin nieder. Eine enge Freundschaft verband sie mit ihrer „Schriftstellerkollegin" Therese von Bacheracht.

Fanny Lewald unternahm längere Reisen, oft nach Italien, deren Darstellung einen Teil ihres umfangreichen Werkes ausmacht. Auf einer dieser Reisen lernte sie auch den Kritiker und Schriftsteller Adolf Stahr kennen. Bevor es 1855 zur Hochzeit kam, musste sich Stahr allerdings noch scheiden lassen, er war bereits Vater von fünf Kindern. Vor der Begegnung mit Fanny Lewald hatte er deren Romane nicht gelesen – Stahr hatte bis dahin Vorurteile gegen schreibende Frauen gehabt.

Seit Ende der 1840er Jahre führte sie einen Salon. Allmontäglich wurde eingeladen, es waren insgesamt wohl über 100 Personen der unterschiedlichsten Couleur, die zu diesem Kreis zählten. Bekannt war Fanny Lewald für die „Redeturniere", die sie sich mit den Gästen lieferte. Franz Liszt besuchte ihren Salon ebenso wie Gottfried Keller oder Ferdinand Lassalle. Auch der damals noch unbekannte Theodor Fontane fand sich ein.

1848 hatte sie mit den Revolutionären sympathisiert. Allerdings sollte man berücksichtigen, dass Fanny Lewald Vereine und Selbsthilfeorganisationen meinte, wenn sie von „Sozialismus" sprach, also diejenigen Einrichtungen, die der politische Liberalismus propagierte. Soziale Fragen und der Pazifismus waren ihr ein Anliegen. Angesichts des deutsch-österreichischen Krieges hatte sie 1866 noch ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, „dass das Volk über die Fürsten hinwegsehen und sie in seinem Zorne über die Verwüstungen des Landes hinwegfegen könne". Im September 1867 wurden auf dem Genfer Friedenskongress ihre „Zehn Artikel wider den Krieg" verlesen.

Allerdings vollzog sie nur wenig später eine nahezu vollständige Wandlung: Aus der Linksliberalen wurde eine Nationalliberale. Uneingeschränkt begrüßte sie den Nationalstaat, politisch stand sie nun auf der Seite des Reichseinigers Bismarck.

Illustriert sei dieser Gesinnungswandel durch folgende Begebenheit: Befreundet war Fanny Lewald ursprünglich auch mit dem ebenfalls aus Königsberg stammenden „Radikaldemokraten" Johann Jacoby. Jacoby hatte zu einer Lessing-Biographie, die Adolf Stahr verfasste, vieles beigesteuert. Schließlich hatte Stahr ihm das Buch gewidmet. Als es nach dem Tode Stahrs neu aufgelegt wurde, sorgte Fanny Lewald dafür, dass in der Zueignung nun ein anderer genannt wurde: Bismarck. *Erik Lommatzsch*

Ein missglücktes Beweismittel, aber sehenswert

Mit dem Einsteinturm sollte die Richtigkeit der Relativitätstheorie seines Namensgebers experimentell bestätigt werden

Vom Telegrafenberg in Potsdam hat fast jeder schon einmal gehört. Man denkt dabei an den Einsteinturm, eventuell sogar an die Astrophysik. Nach der verheerenden Naturkatastrophe in Südostasien um Weihnachten 2004 entwickelten versierte Potsdamer Forscher ein Tsunami-Frühwarnsystem. Diese fruchtbare Forschungsstelle sollte man sich bei einem Besuch in Berlin und Potsdam vielleicht einmal ansehen.

Der Telegrafenberg verdankt seinen Namen der Station einer Linie optischer Telegrafen, mit der militärische Nachrichten zwischen Berlin und Koblenz übertragen wurden. Ab 1832 befand sich hier die vierte Station einer etwa 600 Kilometer langen Telegrafenlinie. Die erste lag in Berlin-Mitte, die zweite in Berlin-Dahlem, die dritte auf dem Schäferberg und die vierte auf dieser Erhebung in Potsdam.

Der Telegrafenberg wurde einst zum Telegrafieren genutzt

An einem Mast aus Holz befanden sich jeweils sechs Arme, die in verschiedene Positionen gebracht werden konnten. Mittels einer Art Morsealphabet und natürlich nur bei guter Sicht und tagsüber konnten Zahlen, Buchstaben, ja sogar ganze Sätze übermittelt werden. Das dauerte zwischen 15 Minuten und einer Stunde von Berlin bis an den Rhein. Ein Bote mit Pferd hätte in der Zeit sicher erst die Glienicker Brücke zwischen Berlin und Potsdam passiert.

Siemens' Erfindung des technischen Telegrafen machte die optische Nachrichtenübermittlung in der Mitte des 19. Jahrhunderts dann schließlich überflüssig. Preußen gab seine Telegrafenlinie 1849 endgültig auf. Die Anhöhe behielt den Namen bis heute und wurde einige Zeit später wissenschaftlich genutzt. Eine erschütterungsfreie Lage, die Reinheit der Luft und Abgeschiedenheit vom städtischen Geschehen zeichneten den Telegrafenberg für störungsfreie Forschungszwecke aus. Schon im Herbst 1876 begann der Bau des Hauptgebäudes des Astrophysikalischen Observatoriums auf dem Telegrafenberg. 1879 waren sowohl der Bau als auch die Erstausstattung des Gebäudes mit Instrumenten abgeschlossen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde von Gustav Kirchhoff und Robert Bunsen eine Methode entwickelt, die einzigartige Möglichkeiten bot, dem Licht der Himmelskörper deren chemische Zusammensetzung und physikalische Zustände zu entlocken: die Spektralanalyse. Der Direktor der Berliner Sternwarte Wilhelm Julius Foerster erkannte dieses als einer der ersten und regte zunächst den Bau eines Sonnenobservatoriums an. Bald wurden die Erkenntnisse auch auf den neuen wissenschaftlichen Zweig in der Astronomie, die Astrophysik, ausgedehnt und es kam zur Gründung des Astrophysikalischen Observatoriums auf dem Telegrafenberg im Jahre 1874.

Ebenfalls hier zu finden ist das viertgrößte Linsenteleskop der Welt, der sogenannte „Große Refraktor“. Dieses 1899 im Beisein des Kaisers eingeweihte Instrument war das bis dahin größte gebaute Teleskop mit einem 80- und 50-Zentimeter-Doppelobjektiv von Steinheil auf einer Repsold-Montierung in einem Kuppelbau von 24 Metern Durchmesser. Der lichte Durchmesser der drehbaren Kuppel beträgt 21 Meter, ihr Gewicht 200 Tonnen. Steht man unter dem Riesenteleskop, sind die sieben Tonnen, die der bewegliche Teil des Refraktors wiegt, nahezu zu spüren und man weicht ein wenig aus. Man weiß ja nie!

In den letzten Kriegstagen wurden das Gebäude und der mechanische Teil des Refraktors durch einen Luftangriff schwer beschädigt. In den Jahren 1950 bis 1953 hat die Firma Carl Zeiss in Jena mit der Wiederherstellung und Modernisierung begonnen, so dass eine erneute wissenschaftliche Nutzung wieder möglich war. Der fortschreitende Verfall war jedoch nicht aufzuhalten. Zum 100-jährigen Bestehen des „Großen Refraktors“ am 26. August 1999 konnten durch Sondermittel des Kultusministeriums und Spenden konservierende Entrostungs- und Anstricharbeiten durchgeführt werden. Im Mai 2003 demontierte man das Instrument, um es zur Wiederherstellung nach Jena zu bringen. Die auf feinmechanisch-optische Fertigung spezialisierte Firma 4H-Jena-Engineering hatte drei Jahre zu tun, bis der „Große Refraktor“ am 17. Juni 2005 auf den Telegrafenberg zurückkam.

Nach der Wiedereinweihung des imposanten Gerätes am 31. Mai 2006 ist es nun wieder als erlebbares Denkmal der Öffentlichkeit zugänglich.



Einsteinturm: Heute ist der einst revolutionäre Bau Erich Mendelsohns auf dem Telegrafenberg Kernstück des „Wissenschaftsparks Albert Einstein“. Bild: Doris Antony

Wer den Telegrafenberg besucht, kommt beinahe immer, um den berühmten Einsteinturm zu besichtigen. Deutschland nutzte 1924 das wissenschaftliche Renommee Albert Einsteins, um das Ansehen des Landes nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg aufzuwerten, und bewilligte Gelder für den Bau des Sonnenobservatoriums in Potsdam. Finanziert wurde der Bau jedoch hauptsächlich durch die „Albert-Einstein-Spende“, an der sich namhafte Persönlichkeiten wie Carl Bosch und Walther Rathenau beteiligten. Der Architekt Erich Mendelsohn schuf ein einzigartig futuristisches Bauwerk, das noch heute die Besucher in Scharen anzieht. Der aus Ziegelsteinen gemauerte, aber mit zeitgemäßem Beton überzogene Turm erhitzte sich bei Sonneneinwirkung allerdings stark. Die Forschungen wurden durch flirrende Schlieren vor den Objektiven gestört. So erhielt der Turm zwei Jahre später den hellen Anstrich. Zwischendurch in Kriegszeiten trug er auch einmal Tarnfarbe. Bis heute ist die Geschichte des Gebäudes eine Geschichte der Reparaturen. Erfolgreich wehrte sich der Turm gegen jede Farbe, bröckelte hier und da einmal, wird aber immer noch als Arbeitsinstrument genutzt.

Das einem U-Boot ähnelnde Bauwerk ist die äußere Hülle eines Linsenteleskops, mit dem man unter anderem die Rotverschiebung von Spektrallinien im Schwerefeld der Sonne nachweisen wollte, die von der Allgemeinen Relativitätstheorie vorhergesagt wurde, deren Grundlagen nun ihrerseits wiederum maßgeblich vom Namensgeber des Einsteinturms entwickelt wurden. Der Nachweis misslang jedoch, da der erwartete Effekt von starken Turbulenzen an der Sonnenoberfläche überdeckt wurde. Aber, so verkündet eine Informationstafel: „... genau diese Turbulenzen waren der Schlüssel zu Magnetfeld und Atmosphäre der Sonne, den Kernstücken der späteren Turmforschung. Denn das Zusammenspiel dieser Faktoren gilt als Ursache für Phänomene wie Sonnenflecke und Protuberanzen. Für Untersuchungen hierzu dient den Sonnenphysikern noch heute das erste Sonnenteleskop Europas, das von Erwin Finlay-Freundlich konstruiert wurde.“

Ein Besuch lohnt sich zu jeder Jahreszeit

In der NS-Zeit mussten Finlay-Freundlich, Mendelsohn und Einstein Deutschland verlassen. Geradezu absurd mutet es heute an, dass alles zu verschwinden hatte, was an die drei berühmten Männer erinnerte. Die sich den Anweisungen widersetzenden Wissenschaftler versteckten die älteste Porträtbüste Einsteins, die auf diese Weise der Vernichtung entging. Heute ist sie für jedermann sichtbar im Eingangsbereich des Turmes auf einem Ehrenplatz ausgestellt.

Ein Besuch des Telegrafenberges mit Rundgang im Wissenschaftspark Albert Einstein, der außer den genannten bedeutenden Gebäuden unter anderem noch das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, eine Messwiese des Deutschen Wetterdienstes und das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung beherbergt, lohnt sich zu jeder Jahreszeit. *Silvia Friedrich*

Blutiger Ausgang der Revolution

Kommunisten scheiterten 1919 im Reich an den aus dem Felde heimkehrenden Soldaten

Aus dem Spartakusbund entstand im Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands, mit der sich der linke Flügel der Sozialdemokratie verbündete, die Unabhängigen Sozialdemokraten, nachdem sie die von den Sozial-Demokraten Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann getragene provisorische Reichs-Regierung verlassen hatten.



Freikorpssoldaten: Mit MG auf dem Balkon des Berliner Hotels Adlon Bild: pa

Die Volks-Marinedivision hielt das Berliner Schlossviertel besetzt, bis die aus ehemaligen Frontsoldaten gebildete Gardekavallerieschützendivision auf Befehl des sozialdemokratischen Wehrministers Gustav Noske am 11. Januar 1919 den Kampf zur Befreiung der Hauptstadt vom roten Terror aufnahm. Zu ihrer Verstärkung drangen neugebildete Freikorps, darunter dasjenige des Generals Georg Ludwig Rudolf Maercker, in Berlin ein. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Führer der Kommunisten, fanden dabei den Tod.

Im Februar befreite der General Oskar Freiherr von Watter durch einen konzentrischen Angriff in blutigen Kämpfen das Ruhrgebiet. Unmittelbar an die Niederschlagung des roten Aufstandes am Niederrhein und in Westfalen schloss sich ein neuer Aufstand im mitteldeutschen Industriegebiet von Halle, der das Zusammenwirken der deutschen Kommunisten mit der kommunistischen Weltzentrale in Moskau zum ersten Mal deutlich bewies. Das Freikorps Maercker, das inzwischen den Schutz der deutschen Nationalversammlung in Weimar übernommen hatte, schlug ihn nieder.

Vom 3. bis 11. März tobten neue schwere Straßenkämpfe in Berlin, die von den aus alten Soldaten neugebildeten preußischen Regimentern unter dem Kriegsminister General Walther Reinhardt mit Erfolg durchgeführt wurden. Danach wurde in Sachsen und in Braunschweig durch Reichsexekutionen die Ordnung wiederhergestellt.

In Bayern wurde die rote Herrschaft Kurt Eisners und Ernst Tollers durch das Freikorps des Generals Franz Ritter von Epp am 29. April gebrochen. Preußische Formationen unter dem General Burghard von Oven waren zur Hilfe geeilt.

Dann trat endlich Ruhe im Reichsgebiet ein. Der zentral geleitete Versuch der kommunistischen Partei, die Macht an sich zu reißen, war an der Bereitwilligkeit und der Tatkraft der aus dem Felde heimgekehrten Soldaten gescheitert.

Werner Beumelburg

Nachdruck aus „Der Deutsche Soldatenkalender 1954“

Auf Spurensuche

Stolp, eine Stadt in Preußen

Nach Abschaffung der Monarchie wurde Preußen ein Freistaat im Deutschen Reich. Die Einwohner der Stadt Stolp blieben ihrem Wesen nach preußisch, aber auch die Behörden behielten ihre bisherigen Bezeichnungen bei. Das Stolper Adressbuch von 1920 nennt unter anderem folgende Behörden: Preußisches Staatssteueramt, zuständig für die Veranlagungsbezirke Bütow, Lauenburg, Rummelsburg, Schlawe und Stolp Stadt- und Landkreis; Preußische Staatseisenbahnen mit verschiedenen Dienststellen; Preußisches Kulturamt; Preußisches Meliorationsbauamt für die Kreise Bütow, Lauenburg, Rummelsburg, Schlawe und Stolp; Preußisches Katasteramt; Preußische Gewerbe-Inspektion für die Kreise Stolp Stadt und Land, Lauenburg und Bütow.

Auch nach der Gleichschaltung durch das NS-Regime blieb Preußen formal bestehen. Im Stolper Adressbuch von 1938 sind noch folgende Behörden aufgeführt. Preußische Landesforstverwaltung; Preußisches Eichamt; Preußisches Katasteramt; Preußisches Gewerbeaufsichtsamt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Staat Preußen durch Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland mit Wirkung zum 31. März 1947 aufgelöst. Durch die Potsdamer Beschlüsse kam Stolp zunächst unter polnische Verwaltung und der Grenzbestätigungsvertrag von 1990 führte dazu, dass unsere jahrhundertealte Heimatstadt staatsrechtlich an Polen abgetreten wurde.

Nicht alle Spuren sind verschwunden

Was ist trotzdem geblieben? Die Erinnerungen an die Höhen und Tiefen dieses Staates, viele kulturelle Einrichtungen wie zum Beispiel die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Preußische Staatsbibliothek, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, verschiedene Museen und, nicht zu vergessen, Denkmale preußischer Geschichte, die oftmals gleichzeitig das Kaiserreich repräsentieren, denn die Preußenkönige waren ab 1871 zugleich Deutsche Kaiser. *Wolfgang Lublow*

Nachdruck aus „Pommersche Zeitung“

Ehrung für den Frontsoldaten

„In Stahlgewittern". So hat der Schriftsteller Ernst Jünger das Fronterlebnis des Ersten Weltkrieges überschrieben, das eine ganze Generation geprägt hat. Der Letzte, der noch aus eigenem Erleben wusste, was das bedeutet, ist tot. Der US-Amerikaner Frank Buckles starb Ende Februar im Alter von 110 Jahren in Charles Town, Virginia. Seine letzte Ruhe hat er auf dem zentralen Heldenfriedhof „Arlington National Cemetary" gefunden. Eine Geste einer dankbaren Nation und eine besondere Ehrung für den einfachen Frontsoldaten, denn dafür muss man eigentlich Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnungen gewesen oder auf dem Schlachtfeld gefallen sein.

Buckles meldete sich 1917 im Alter von 16 Jahren freiwillig zum Militärdienst. Die Marineinfanterie wies ihn ab: Zu jung. Die Marine bemängelte seine Plattfüße. Bei der Army hatte er schließlich mit einer gefälschten Altersangabe Glück. Er wurde genommen und meldete sich an die Front nach Frankreich. „Da war etwas los, da warteten Beförderungen und Auszeichnungen", begründete er später seinen jugendlich-unbekümmerten Entschluss. Er diente als Kradmelder und Sanitäter und kehrte unversehrt heim. Nach dem Krieg ging er in die Schifffahrtsbranche. In Manila geriet er 1942 in japanische Gefangenschaft und durchlebte drei schreckliche Jahre. Später engagierte er sich in Soldatenverbänden und setzte sich für ein Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Washington ein. Er erhielt zahlreiche Orden und Ehrungen, wurde Ritter der französi-

In Deutschland gab es keine Würdigung

schen Ehrenlegion. Sogar ein Film wurde über ihn gedreht. 2008 empfing ihn Präsident George W. Bush. Frank Buckles wird seinen Landsleuten unvergessen bleiben.

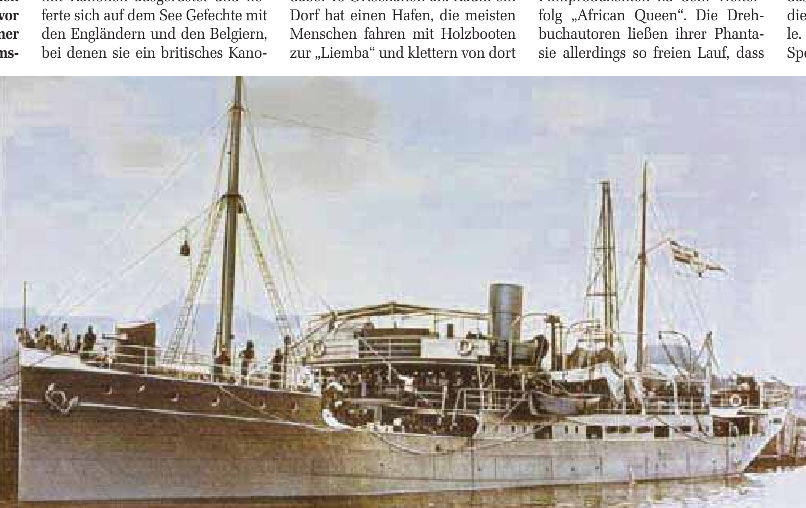
Auch Frankreich bewahrt seinen Veteranen ein ehrendes Andenken. Als der vorletzte Teilnehmer des „Grande Guerre" Ende 2007 starb, berichteten alle Medien des Landes. Präsident Nicolas Sarkozy würdigte den Verstorbenen und verband dies mit einer Ehrung für alle französischen Frontsoldaten. Der letzte Veteran, Lazare Ponticelli, erhielt 2008 ein Staatsbegräbnis.

Ganz anders dagegen ist es in Deutschland. Als Erich Kästner, der letzte deutsche Weltkriegsveteran, im Januar 2008 im Alter von 108 Jahren starb, wurde davon hierzulande kaum Notiz genommen. Dabei war er kein ganz Unbekannter. Seine 75 Jahre währende Ehe hatte ihm einen Eintrag ins Guinness Buch eingebracht und bei seinem Tod war er der zweitälteste männliche Deutsche. Deshalb konnte man seine Vita sogar im Internet-Lexikon Wikipedia abrufen. Einem Leser fiel die Namensgleichheit in Kästners Todesanzeige mit dem berühmten Schrftsteller auf. Er recherchierte und stieß auf den Wikipedia-Eintrag. Nur so wurde das Ableben des letzten deutschen Weltkriegsveteranen überhaupt bekannt. Als erste berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" über ihn; französische und britische Medien folgten. Der „Daily Telegraph" forderte – hierzulande unvorstellbar – sogar eine Würdigung durch die Bundeskanzlerin. Still war Kästner gestorben und still blieb es in Deutschland auch um seinen Tod. Das Leben, Leiden und Sterben der „Schützengrabengeneration" von 1914/18 ist im kollektiven Gedächtnis der Deutschen nicht mehr existent. Zudem schont auch sie der Bannstrahl der Diffamierung des deutschen Soldatentums nicht. Kein Wunder also, dass über Kästners Ableben hinweggegangen wurde. *Jan Heitmann*

Des Kaisers letztes Kriegsschiff

Ein Papenburger Kaufmann will die »Graf Goetzen« nach Hause holen

Das Schicksal eines der letzten Relikte der deutschen Kolonialgeschichte ist ungewiss. Die „Liemba", ex „Graf Goetzen", eines der ältesten noch in Fahrt befindlichen Passagierschiffe der Welt, steht vor der Verschrottung – oder vor einer glänzenden Zukunft als Museumsschiff im emsländischen Papenburg. Ein Geschäftsmann will es jetzt nach Deutschland zurückholen – in Privatinitiative, denn von der Politik oder Behörden bekommt er dafür keine Unterstützung.



Fast 100 Jahre fährt die „Graf Goetzen" auf dem Tanganjikasee: Bald hat sie ausgedient. Bild: Meyer Werft/dapd

Es war ein schier unglaubliches und ehrgeiziges Projekt: Ein immerhin 67 Meter langer Dampfer sollte am Vorabend des Ersten Weltkrieges von Deutschland in das afrikanische Binnenland bis zum Tanganjikasee in der deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika transportiert werden – per Schiff, Schiene und mit Muskelkraft. Gebaut wurde das nach dem ehemaligen Gouverneur Gustav Graf von Götzen benannte Schiff 1913 auf der Meyer-Werft in Papenburg. Auftraggeber war die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, als Betreiber war die Ostafrikanische Eisenbahn Gesellschaft vorgesehen. Durch das Schiff sollte die Präsenz der deutschen Kolonialmacht auf dem Tanganjikasee deutlich gemacht werden.

Nach der Fertigstellung wurde die „Graf Goetzen" in ihre Einzelteile zerlegt. Die Teile wurden in 5000 Holzkisten per Schiff in die deutsche Kolonie Deutsch-Ostafrika gebracht und dort mit der neugebauten Eisenbahnlinie weitertransportiert. Allerdings reichte die Strecke noch nicht bis nach Kigoma am Tanganjikasee, so dass der Weitertransport von Daressalam über 900 Kilometer auf den Schultern von einheimischen Trägern erfolgen musste. Am Ufer des Sees wurde die „Graf Goetzen" dann unter der Leitung von drei Schiffbauern der Meyer-Werft wieder zusammengebaut und im Februar 1915 erneut vom Stapel gelassen.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte zunächst einen Einsatz im Passagier- und Frachtdienst. Die „Graf Goetzen" wurde mit Kanonen ausgerüstet und lieferte sich auf dem See Gefechte mit den Engländern und den Belgiern, bei denen sie ein britisches Kanonenboot versenkte. Als Kigoma im Sommer 1916 von den Deutschen aufgegeben werden musste, wurde die „Graf Goetzen" versenkt, damit sie nicht in Feindeshand geriet. Das wurde von den Papenburgern, deren Herzblut an dem Dampfer hing, so schonend gemacht, dass die Belgier sie wenig später heben und wieder in Fahrt bringen konnten. Im Jahre 1920 sank sie während eines Sturmes im Hafen und wurde erst 1927 von den Engländern geborgen. Seitdem fährt sie unter dem Namen „Liemba", nach der einheimischen Bezeichnung für den Tanganjikasee, im Liniendienst, seit der Unabhängigkeit Tansanias 1961 unter der Flagge von dessen Staatsreederei. Noch heute verkehrt sie in ihrem ursprünglichen Fahrtgebiet, dem 673 Kilometer langen Tanganjikasee zwischen Kigoma (Tansania) und Mpulungu (Sambia) und steuert dabei 16 Ortschaften an. Kaum ein Dorf hat einen Hafen, die meisten Menschen fahren mit Holzbooten zur „Liemba" und klettern von dort an Bord, einschließlich Gepäck, Vieh und Waren. Die „Liemba" ist das wichtigste Verkehrsmittel, das Herzstück des Tanganjikasees und die kürzeste und oft auch einzige Verbindung zwischen den Ortschaften in Tansania. Bis zum Ausbruch der dortigen Bürgerkriege bediente sie auch Häfen im Kongo, in Ruanda und Burundi.



H.J. Averdung und sein Traumschiff Bild: D. Hecker/dapd

Dementsprechend genießt das Schiff in Afrika einen geradezu legendären Ruf. Im Jahre 1951 inspirierte sein Schicksal amerikanische Filmproduzenten zu dem Welterfolg „African Queen". Die Drehbuchautoren ließen ihrer Phantasie allerdings so freien Lauf, dass die Handlung des Films kaum etwas mit dem historischen Geschehen gemein hat. Das „feindliche" deutsche Schiff heißt dort „Louisa" und wird entgegen den historischen Tatsachen versenkt.

Trotz ihrer Bedeutung drohte der „Liemba" schon zweimal das Schicksal, aus Altersgründen verschrottet zu werden. Sie wird zwar dringend als Transportmittel gebraucht, jedoch entspricht sie nicht mehr den aktuellen Sicherheitsvorschriften. Sie müsste grundlegend überholt oder gegen ein modernes Schiff ausgetauscht werden.

Der Papenburger Hermann-Josef Averdung, dessen Großvater damals auf der Meyer-Werft an dem Schiff mitgearbeitet hatte, möchte sie wieder nach Deutschland holen, um sie 2013 zu ihrem 100. Geburtstag in Papenburg als Museumsschiff zu feiern. Dazu müsste das Schiff erneut zerlegt werden, diesmal allerdings nur in zwei Teile. Die würden dann per Bahn und Spezialtieflader nach Daressalam und von dort per Schiff in die Heimat gebracht werden.

Ende 2010 hat Averdung den Verein „Graf Götzen e.V." gegründet und schon einige Großspenden eingeworben. Noch fehlen dem Verein aber mindestens 1,5 Millionen Euro, um das Vorhaben zu finanzieren, denn es müsste nicht nur der millionenteure Heimweg, sondern auch ein Ersatzschiff finanziert werden. In Tansania bemüht sich unterdessen die „Friends of ‚Liemba' Foundation" mit Unterstützung hochrangiger Politiker um einen Verbleib des Schiffes als Touristen-Attraktion auf dem Tanganjikasee. Averdung wiederum hat das Auswärtige Amt und das Entwicklungshilfeministerium wegen der Beschaffung eines Ersatzschiffes angesprochen. Dort wird jetzt eine Finanzierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau geprüft. Auch eine Generalüberholung der „Liemba" durch die Meyer-Werft und ihr Verbleib in Afrika wird für möglich, wegen ihres Zustandes aber für wenig wahrscheinlich gehalten. Politische Unterstützung für die Rückholung des Schiffes nach Deutschland kann Averdung nicht erwarten. Das, so wurde ihm in Berlin beschieden, sei seine Privatsache. Dass das Schiff eines der letzten Zeugnisse deutscher Kolonialgeschichte und ein schifffahrtshistorisch einmaliges Relikt ist, spielt demnach keine Rolle. Lediglich die Stadt Papenburg steht der Idee grundsätzlich positiv gegen-über. Sie sieht die Chance, die es als Touristenattraktion bieten würde. Was auch immer das Schicksal des Kaisers letztem Kanonenboot zum 100. Geburtstag bringen wird – der Schiffsfriedhof wird es wohl nicht sein. *Britta Heitmann*

Europäische Wurzeln stets gepflegt

Das Einwanderungsland Australien war bei der Aufnahme von Immigranten immer wählerisch

Australien liegt nahezu am anderen Ende der Erde, doch mehrere große Themen prägen die Politik dort genauso wie in Europa. Obwohl in dem Land, das mehr als 21 Mal so groß wie die Bundesrepublik ist und nur 22 Millionen Einwohnern hat, zweifellos genug Raum vorhanden ist, weist es ähnliche Konflikte über Zuwanderung und Integration wie das dichtbesiedelte Europa auf. Zwei Reibungspunkte kommen hinzu: Die Sorge vor zu starker chinesischer Zuwanderung und ungelöste soziale Probleme der Ureinwohner, denen lange massives Unrecht angetan wurde. Zuwanderungsfragen sind zwar kein „heißes" Thema der australischen Tagespolitik, und doch begleiten Integrationsfragen das Land im Grunde, seit es existiert.

Als sich im Jahre 1788 die ersten Europäer dauerhaft niederließen, lebten in Australien erst schätzungsweise 350 000 bis 600 000 Ureinwohner. Sie sprachen etwa 250 Sprachen, von denen viele inzwischen ausgestorben sind. Die absolute Zahl der Ureinwohner liegt heute bei etwas über 500 000 – also ähnlich wie vor Ankunft der Weißen – nur stellen die Aborigines damit gerade mal noch 2,5 Prozent der Einwohner. Dass der Anteil unter Fürsorgeempfängern, Alkoholikern und Gefängnisinsassen um ein vielfaches höher ist (letzterer beträgt 20 Prozent!), ist sicher nicht allein den Ureinwohnern zuzuschreiben. Die Geschichte der Unterdrückung dieser Menschen hat enge Parallelen zur Behandlung der Indianer in Nordamerika und wird erst seit einigen wenigen Jahren ernsthaft aufgearbeitet. Zu dieser Wiedergutmachung gehören übrigens Landrückgaben in großem Stil, teilweise über 100 Jahre nach der Enteignung – eine Tatsache, die ost- und mitteldeutsche Enteignete hellhörig machen kann.

Die weitaus wichtigeren Konfliktfelder der australischen Integrationspolitik waren und sind indessen andere. Die Ureinwohner galten der europäisch-stämmigen (insbesondere britischen) Mehrheit weder in sozialer noch in wirtschaftlicher Hinsicht als Konkurrenten. Auch Sicherheitsrisiken befürchtete hier niemand, anders als seit einigen Jahren bei muslimischen Zuwanderergruppen. Dementsprechend richtete sich die in Europa wenig bekannte „White Australia Politik", mit der das Land fast drei Generationen lang versuchte, seinen europäischen Charakter zu bewahren, in erster Linie gegen die von asiatischer Zuwanderung her befürchteten Probleme. Die Wurzeln dieser Politik, die bald nach 1900 begann und deren letzte Maßnahmen erst 1973 beendet wurden, liegen im 19. Jahrhundert. Als 1851 im südöstlichen Bundesstaat Victoria Gold entdeckt wurde,

Wer ohne Visum kommt, wird inhaftiert

strömten Glücksritter aus aller Welt in den bis dahin erst extrem dünn besiedelten Erdteil. Allein in den nächsten 20 Jahren vervierfachte sich die Bevölkerung von 470 000 auf 1,7 Millionen (jeweils ohne die Ureinwohner). Unter den Zuwanderern dieser Jahre befanden sich erstmals auch in größerer Zahl Nichteuropäer – vor allem Chinesen und ab den 1860er Jahren Melanesier, die als Plantagenarbeiter ins Land kamen. Obwohl die absoluten Zahlen nur im fünfstelligen Bereich lagen und damit vergleichsweise winzig waren, ließen die entstehenden Konflikte die Idee des „weißen", nur für europäische Zuwanderer offenen Australiens entstehen und populär werden. Durch zwei Weichenstellungen 1901 und 1906 wurde diese im Grunde rassistische Linie Staatspolitik und blieb es bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie in mehreren Stufen gelockert und schließlich abgeschafft wurde. Zu den für politische Linke wenig verdaulichen Tatsachen gehört, dass diese Politik maßgeblich von Gewerkschaften und Arbeiterpartei schon ab etwa 1870 unermüdlich gefordert und schließlich durchgesetzt wurde – man befürchtete schlicht Lohndrückerei von genügsamen chinesischen und melanesischen Malochern.

Auch nach Ende der „White-Australia-Politik" hat der fünfte Kontinent eine ganz andere Zuwanderungspolitik betrieben als Deutschland. Während hier seit Jahrzehnten gering qualifizierte Zuwanderer zu Millionen einwandern, gab sich das offensichtlich unterbesiedelte Australien bereits 1966 überaus wählerisch bei der Aufnahme von Immigranten. Möglichst hoch qualifiziert mussten sie sein und zwar mit Fähigkeiten, die ausdrücklich dem Lande zu nutzen hatten, außerdem absehbar integrationsfähig und natürlich nicht vorbestraft. Unter der strikten Bedingung des Nutzens für das Land bekennen sich alle relevanten politischen Kräfte zur Einwanderung, nur definieren sie diesen Nutzen unterschiedlich rigide. In den letzten Jahren nahmen die Zahlen wieder zu, obwohl die Bedingungen nicht groß gelockert wurden: Kamen 1992/93 nur 30 000 Migranten aus Übersee ins Land, waren es 2006/07 immerhin fast 180 000.

Völlig unvorstellbar wäre in Australien, dass ein großer Teil der Zuwanderer ungesteuert als vermeintliche oder tatsächliche Flüchtlinge ins Land käme. Dies zeigt eine Entscheidung von 1992, die trotz einiger Lockerungen bis heute gilt: Wer ohne Visum Australien erreicht, wird zunächst einmal inhaftiert – auch wenn alle Umstände für Verfolgung sprechen. Inzwischen versucht man, Kinder zu schonen, auch die Dauer der Festsetzung wurde in den meisten Fällen begrenzt. Doch im Kern gilt diese Politik weiter. Beschlossen von einer Gesellschaft, die zu 92 Prozent aus europäischen und zu sieben Prozent aus asiatischen Immigranten und deren Nachkommen besteht. *Konrad Badenheuer*

»KTG« soll über preußische Tugenden nachdenken

Zu: „Der Rücktritt" (Nr. 9)

Der „Überflieger" Guttenberg ist beim Überfliegen leichtsinnig geworden und hat es an der viel geschmähten deutschen Gründlichkeit fehlen lassen. Aber diejenigen, die einen jungen talentierten, bei den Soldaten sehr beliebten Minister regelrecht aus dem Amt gemobbt haben, sind bei genauerem Hinsehen schlecht legitimiert, sich darüber zu echauffieren.

Wie eigentümlich still und zustimmend sind zum Beispiel gerade diese Kreise, wenn staatlich besoldete „Historiker" Geschichtsfälschungen anfertigen. Jedenfalls gibt es jetzt ein neues Wort für Mobbing: „guttenbergen".

KTG wäre zu raten, sich als gläubiger Katholik Exerzitien zu unterziehen und dabei über die preußischen Tugenden nachzudenken, um danach gestärkt und gereinigt an Leib und Seele wieder durchzustarten. **Karin Khemlyani-Albrecht, Bendestorf**

Freche Anspielung auf die DDR

Zu: „Dr. Dampf" (Nr. 9)

Heckel schreibt: „Wo Geistlosigkeit Programm ist, kann Diebstahl geistigen Eigentums gar nicht vorkommen." Damit meinen Sie doch wieder mal die Menschen im Osten. Das ist eine Frechheit!

Wir und unsere Kinder haben weit mehr gelernt als parallel dazu die Westseite. (Ich sehe auch, was meine Urenkel jetzt in der Schule lernen.) Allerdings ein Jahr weniger bis zum Abitur, weil – laut Frau Hildebrand – das 13. Schuljahr für Schauspielunterricht nicht gelehrt wurde. (Bei Herrn zu Guttenberg fällt das 13. besonders ins Auge!)

Ich habe Herrn Gysi im Fernsehen gehört und gesehen. Er hat sich im Konjunktiv – Möglichkeitsform, nur als Erklärung für die Hilfsschüler – ausgedrückt! Herr Gabriel dagegen artikulierte sich in seiner Stellungnahme zu Herrn zu Guttenbergs Mogelei sehr primitiv. **Ruth Piehler, Gera**

Bedenkliche Motive

Zu: „Der Rücktritt" (Nr. 9)

Der Vereinigung von SPD, Grünen und Linken ist es endlich gelungen, den unkonventionellen Hauptkonkurrenten auf dem politischen Feld, zu Guttenberg, nach jahrelangen, serienweise miesen, jedoch vergeblichen Verunglimpfungen mit den Plagiatsvorwürfen zu seiner Dissertation erfolgreich abzuschießen. Die offensichtlich zutreffenden persönlichen Verfehlungen mussten zwangsläufig zum Rücktritt führen. Aber werfen die Hintergründe – das Verhalten des Doktorvaters, die Entrüstung zahlreicher sogenannter Wissenschaftler und die Motivation der Totengräber – nicht eine ganze Reihe unbeantworteter Fragen auf? **Dr. Richard Schute, Gersfeld**



Bundesweit nur wenig Unterstützer: Pro-Guttenberg-Kundgebung im Dorf Guttenberg

»KTG« und Gysi: nicht vergleichbar

Zu: „Der Rücktritt" und „Dr. Dampf" (Nr. 9)

Von der Nr. 9 bin ich zutiefst enttäuscht. Ich meinte bislang immer, eine konservative Zeitung in Händen zu haben und stelle nun fest, dass hier letztendlich auch nur Parteipolitik betrieben wird.

Zum Thema Adel: Dieser wurde 1918 abgeschafft und es ist letztlich ein Skandal, dass heutzutage in einem republikanisch verfassten Staat immer noch so viel Aufhebens um diese ganze Gesellschaft gemacht wird. Der Mensch ist das, was er ist und nicht das, was dem Verdienst irgendwelcher Ahnen zukommt.

Zu Gysi: Die Problematik, der auf dem Gebiet der ehemaligen „sozialistischen" Staaten erworbenen akademischen Grade ist durchaus bekannt. Aber: Das weiß man eben; bei Guttenberg musste man davon ausgehen, dass es sich um eine „echte" Dissertation handelte und nicht um eine vorgeblendete Fassade.

Und genau das ist es, für was der Mann steht: Die Fassade der Wildweststädte, die Reklame der „Bild"-Zeitung und die offenbare Verachtung von Wissenschaft in diesem Land, das ja immerhin lange gerade auf diesem Gebiet weltweit führend gewesen ist. Ja, Deutschland schafft sich ab und Guttenberg gehört zu denen, die mitgemacht haben. So konservativ wie Strauss selig. **Carl Günter Koch, Mainz**

Beschämendes Gedenken

Zu: „Ein Kriegsverbrechen?!" (Nr. 6)

Die Art, wie offiziellerseits der Apokalypse gedacht wird, die am 13. und 14. Februar 1945 Dresden weitgehend zerstörte und zu einem offensichtlich geplanten Massaker unter den Einwohnern der Stadt und den zirka 500 000 Flüchtlingen führte, wirkt in ihrer Beschränkung auf die identifizierten Toten wie eine beschämende Flucht vor der Wirklichkeit. Augenzeugen wissen, die meisten Opfer waren derart verkohlt, dass eine Identifikation nicht möglich war. Der Tagesbefehl der Ordnungspolizei vom 22. März spricht von über 200 000 Opfern. Der Rat der Stadt Dresden meldet im Mai 1945 35 000 Tote als identifiziert.

Der Beschuss von Flüchtlingen auf den Elbwiesen durch Jagdbomber im Niedrigflug hat stattgefunden. Ich kenne Augenzeugen, die mit dem Leben davongekommen sind. Wenn der Besiegte wehrlos ist, bieten auch internationale Konventionen oder das Völkerrecht keinen Schutz gegen organisierten Massenmord. Ein Grund mehr, auch der Opfer zu gedenken, deren Identität nicht feststellbar war. **Lienhard Schmidt, Hamburg**

Guttenberg wird trotz allem noch gebraucht

Zu: „Der Rücktritt" (Nr. 9)

Plagiat ist verwerflich, weil geistiges Eigentum zu den Existenzgrundlagen der Betroffenen gehört. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Kopieren war bei Dissertationen schon immer töricht – insbesondere, wenn man im Rampenlicht steht; im Zeitalter eines mit Suchmaschinen möglichen schnellen Textabgleichs sind Plagiate „töricht im Quadrat".

Was in dieser Kampagne zunächst wie Erbsenzählerei von zu Guttenbergs Feinden wirkte und insbesondere anfänglich maßgeblich zu seiner Verteidigung beitrug, war mit zunehmender Menge identischer Formulierungen mit Lapsus nicht mehr zu erklären. Was hat ihn mit erwiesenem Scharfsinn eigentlich geritten, sich auf eine so kompromisslose Verteidigung einzulassen? Es war doch nur eine Frage der Zeit, bis seine Feinde die willkommene Gelegenheit erkannten und nutzten, der verdammten Galionsfigur der Konkurrenzpartei den Garaus zu machen und der ewigen Verdammnis überantworten zu können. Er hat hoch gepokert und verloren; der Ikarusvergleich ist so falsch nicht.

Herr zu Gutenberg hat bewiesen, dass er analytisch denken kann und politisch unkorrekte Wahrheiten offen ausspricht; der Erfolg damit ist das eigentliche Ärgernis seiner Feinde. Nachdem Gras darüber gewachsen ist, sollte er eine zweite Chance haben – andere haben sie auch gehabt oder sind nicht einmal zurückgetreten.

Also: Herr zu Guttenberg sollte nach einer Zeit der Läuterung wieder auftauchen; er wird gebraucht. **Dr.-Ing. Hans-J. Kucharski M.A. Mülheim**

Aufklärungsbedarf

Zu: Deutschlandtreffen

Beim Touristenbüro in Erfurt bestellte ich ein Zimmer für Mai. „Also in Messenähe" wusste die junge Dame gleich. Sie nannte mir auch die Straßenbahnverbindung und fragte dann, warum wir das Treffen veranstalten. „Wir gedenken unserer verlorenen Heimat und halten Kontakt untereinander, denn in Ostpreußen wohnen jetzt Russen, Polen und Litauer!" „Ist das durch den Zweiten Weltkrieg?", wurde ich gefragt. Die junge Dame hat in Geschichte noch einiges aufzuholen! **D. Blankenagel, Duisburg**

Schein-Integration

Zu: „Gefesselt ans Türkentum" und „Erdogan zündelt" (Nr. 9)

Erdogan forderte wieder einmal von Deutschland die Menschenrechte ein, die er in seinem eigenen Land mit Füßen tritt. Und seine Zuhörer spendeten dieser Dreistigkeit unterwürfig Beifall.

Wer (wie schon 2008 in Köln) zu Erdogans Provokationen, irrealen Forderungen und Faktenverdrehungen jubelnd seine Zustimmung bekundet, muss sich nicht wundern, wenn sich die Vorbehalte gegen Türken mehren. Ich unterstelle den überwiegend handverlesenen Teilnehmern, dass sie unser Grundgesetz nicht vollinhaltlich anerkennen und deshalb eine Schein-Integration betreiben.

Alle diejenigen, die „ihrem Ministerpräsidenten" beipflichten, sollten die Koffer packen und unter Absingen ihrer National-Hymne in Erdogans „gelobtes Land" ausreisen. **Gisela Recki, Troisdorf**

Wir nicht zu uns gehören will, soll gehen

Zu: „Erdogan zündelt" (Nr. 9)

Deutsche Politiker, welche die Interessen ihrer Wähler vertreten, wissen, dass wir nicht mehr „Integration" brauchen – die zum größten Teil ohnehin nur auf Förderung der Islamisierung hinausläuft. Einwanderer, die nach zehn Jahren immer noch nicht fließend Deutsch sprechen, sondern lieber den Sozialstaat ausbeuten und zudem noch Kopftuch tragen beziehungsweise tragen lassen, um sich bewusst von uns abzugrenzen, sind schleunigst und konsequent in ihr Vaterland zurückzuführen. Volksvertreter, die nicht entsprechend handeln, verdienen diese Bezeichnung nicht. Angemessener ist für sie der Ausdruck Volksverächter oder „Volkszertreter". **Robert Weller, Ginsheim**

Wiedergutmachung immer wieder abgelehnt

Zu: Heimkehrerentschädigungsgesetz (HkEntschG)

Ein Aufruf in der *Preußischen Allgemeinen* im Sommer 2008 gab mir Hoffnung, dass ich endlich – wie auch 40 000 weitere Schicksalsgefährten – zu meinem Recht im Rahmen des HkEntschG komme.

Obwohl ich alle Voraussetzungen erfüllt habe, stieß ich mit meinem Ersuchen auf Wiedergutmachung beim Bundesverwaltungsamt Köln auf Ablehnung mit der lapidaren Begründung, ich hätte den Antrag bis 31. Dezember 1967 stellen müssen. Auch ein Einspruch des VdK ist inzwischen zurückgewiesen worden.

Laut Ihres Artikels soll jetzt auch jener Personenkreis Anspruch auf eine Widergutmachung haben, der nach dem 31. Dezember 1946 aus ausländischem Gewahrsam in die damalige Sowjetische Besatzungszone beziehungsweise spätere DDR entlassen worden ist. Ich bin 1951 aus der UdSSR nach Ost-Berlin entlassen worden. Bis dahin war ich in Panevezys/Litauen interniert.

1955 verließ ich die DDR, seither bin ich in Ostwürttemberg zu Hause. Weder in Ost-Berlin noch in der Bundesrepublik habe ich eine Entschädigung nach dem HkEntschG erhalten. Ich frage mich, wenn nicht ich, wer erfüllt dann die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des HkEntschG „Ost"? **Günter Goicke, Giengen/Brenz**

Auf christliche Wurzeln besinnen

Zu: „Es geht ums Fundament" (Nr. 10)

Dem neuen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er sagt, es lasse sich „nicht belegen", dass der Islam zu Deutschland gehöre. Diese historische Wahrheit auszusprechen, erfordert gegenüber Meinungsmachern, Politikern von SPD, FDP, Grünen, Linken viel Mut. Deren prompte und zu erwartende Empörungsreflexe sind ein Beleg dafür.

Dabei gilt unbestritten, dass Kultur und Tradition Deutschlands sich dem Christentum verdanken. Das Stehen zu den eigenen christlich-abendländischen Wurzeln schließt den Respekt gegenüber anderen religiösen Gruppen ein. Aber gerade in diesen Tagen, in denen der einzige christliche Minister Pakistans von Islamisten ermordet wird, wo Christen in islamisch geprägten Ländern zunehmend verfolgt und benachteiligt werden, wo die westliche Welt von islamistischem Terror bedroht wird, wo amerikanische Soldaten in unserem Land aufgrund islamistischen Terrors ihr Leben lassen, wo völlig ungeklärt ist, ob und wie besondere Ausprägungen eines politisierenden Islam die revolutionären Bewegung Arabiens bestimmen werden und auch zur weiteren Bedrohung des Westens werden können, wird man Christentum und Islam nicht auf eine Stufe stellen dürfen.

Zu einer gelingenden Integration der Muslime gehört neben der Kenntnis der deutschen Sprache auch ein Wissen um die Wurzeln unserer christlich-abendländischen Kultur. Dem neuen Innenminister gebührt für sein wahres und mutiges und klärendes Statement Dank! **Pastor Ulrich Rüß, Hamburg**

Verhalten der Opposition im Fall zu Guttenberg war unter jeder Würde

Zu: „Guttenberg" (Nr. 8)

Es gäbe in dieser Republik viele Felder zu beackern. Ich beschränke mich aber nur auf ein kleines tiefmoralisches Areal. Ich meine die am 23. Februar angesetzte Fragestunde im Bundestag. Man hatte sich eingefunden, um den Vereidigungsminister anzuklagen und abzuurteilen. Ich gehe nicht auf die „Verfehlungen" des Ministers ein, denn dies ist zur Genüge geschehen. Ich beschränke mich auf das „wie" dieser „Persönlichkeitsvernichtung" eines Menschen, denn das war der Sinn dieser ganzen Unternehmung. Den Reigen eröffnete Landesminister a. D. und meines Wissens auch Richter a. D. Thomas Oppermann (SPD). Er überschüttete den „Angeklagten" mit allen Wörtern, die die deutsche Sprache hier zur Verfügung hält. Es folgte dann der „Herr" Jürgen Trittin, dessen umtriebige Emsigkeit als KB-Mitglied im Asta der Universität Göttingen noch in lebhafter Erinnerung ist. Ferner meldete sich noch der in Medizinerkreisen nicht gerade beliebte Universitätsprofessor Dr. Dr. Karl Lauterbach (SPD), der wegen seines Fliegenkults auch Propeller-Karl genannt wird. Es folgten dann noch – wohl wegen der „Kopfquote" – etliche Hetären. Sie alle versuchten, sich in persönlichen Entgleisungen gegenseitig zu überbieten.

Als diese Beschimpfungskanonade von einem Höhepunkt zum anderen sich steigerte, glitten an meinem Auge Bilder vorbei, die wir heute leider zu oft in den Nachrichten zu sehen bekommen. Ich meine die Bilder, die uns zeigen, wie verwahrloste Jugendliche auf die von ihnen niedergeschlagenen und am Boden liegenden Passanten erbarmungslos eintreten. Hier wurden die Füße durch verbale Tritte ersetzt. In dieser Schlammschlacht lag der Verteidigungsminister doch schon längst verteidigungsunfähig am Boden. Aber mit einer fast satanischen Befriedigung schlugen die Apologeten der Wahrheit und des Rechts immer erneut auf den Minister ein. Wohlgemerkt: Es handelt sich hier um examinierte Akademiker mit zum Teil graduiertem akademischem Titel; sozusagen die Crème de la Crème dieser Republik.

Wo bleibt hier die im Grundgesetz geforderte Unantastbarkeit der Menschenwürde? Hat ein Herr zu Guttenberg keinen Anspruch darauf? Wie steht es dabei mit der Würde der Kläger selbst? Haben sie keine zu verlieren? Wie kann man nur durch ein solches Verhalten sich selbst so desavouieren. Sollte da im Verlauf der ontogenetischen Entwicklung dieser Rechtshüter etwas verloren gegangen sein, über das die Sprösslinge des Hauses Guttenberg offenbar verfügen: Die Umfragewerte scheinen dies zu bestätigen. Zu diesem blamablen Vorgang im Bundestag, mit dem die Oppositionsparteien der Demokratie geschadet haben (Politikverdrossenheit), möchte ich mit Filmschauspieler Paul Henkel aus der „Feuerzangenbowle" antworten: Bäh, wat habt ihr doch bloß für 'nen fiesen Charakter! **Dr. Hans-Joachim Meyer, Alfeld**

PAZ unverzichtbar

Zu: *PAZ*

Ich bin nun seit einigen Wochen Abonnent Ihrer Wochenzeitung. Ich möchte nur so viel sagen: „Wenn es sie nicht gäbe – man müsste sie erfinden"! Nur weiter so. **Harald Sorger, Wien, Österreich**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 11 – 19. März 2011

MELDUNGEN

Ökomarina am Schoßsee

Sensburg – Am Schoßsee soll eine sogenannte Ökomarina entstehen. Geplant sind neben Anlegestellen für größere Segelschiffe ein Kapitänsgebäude, ein ökologisches Schulungszentrum sowie moderne Toiletten und die Möglichkeit zur Müllentsorgung. Neben dieser sollen noch neun weitere Ökomarinas an den Ufern der masurischen Seen entstehen. Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union sind vergleichbare Projekte in Rhein, Lötzen, Nikolaiken und Deutsch Eylau geplant. Allein das Projekt am Schoßsee soll ein Investitionsvolumen von acht Millionen Zloty (rund zwei Millionen Euro) haben. Mehr als zweieinhalb Millionen Zloty steuert die Europäische Union bei. Gegenüber Kritikern am Schoßsee-Projekt argumentiert Sensburgs Bürgermeisterin Otolia Siemieniec, dass die Marina nicht nur Seglern, sondern auch Kajakfahrern zugute kommen werde. Bis zur Feriensaison im Sommer soll die Ökomarina fertig sein. *PAZ*

Grenze soll sauberer werden

Rastenburg – An der innerostpreußischen Grenze zwischen der Woiwodschaft Ermland-Masuren und dem Königsberger Gebiet soll auf südlicher Seite ein etwa 200 Kilometer langer Grenzstreifen im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch polnische Arbeitslose gereinigt werden. Die in Rastenburg erarbeitete Maßnahme mit dem Namen „Grenzland“ erstreckt sich auf fünf Landkreise Braunsberg, Bartenstein, Rastenburg, Angerburg und Goldap. Beteiligt sind die Oberförstereien, die Arbeitsämter und die Vertreter der grenznahen Gemeinden, erläuterte Hauptmann Zygmunt Baduwowicz von der Ermländisch-Masurischen Abteilung des Grenzschutzes in Rastenburg. Die Arbeitskräfte sollen die Bürgermeister aussuchen. Den Lohn werden die Arbeitsämter auszahlen. *PAZ*

Reise ins Samland

Rauschen/Königsberg – Es sind noch Plätze frei für eine Reise im modernen Reisebus ins Samland und andere Teile des Königsberger Gebietes. Abfahrt ist am Sonnabend, dem 6. August, 23 Uhr am Hauptbahnhof Berlin; die Rückkehr nach Berlin erfolgt am Sonntag, dem 14. August gegen 18 Uhr. Die Reisegruppe wird in Rauschen in einem zentral gelegenen neuen Hotel wohnen. Von dort unternimmt sie täglich Fahrten, unter anderem nach Königsberg, Pillau, Insterburg, Georgenburg, Trakehnen, Gumbinnen, Kurische Nehrung, Nidden. Interessenten können sich melden bei Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6A, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325. *PAZ*

Wird Königsberg WM-Gastgeber?

Die Pregelmetropole konkurriert mit russischen Städten um die Fussballweltmeisterschaft 2018

Eine Fussballweltmeisterschaft sorgt immer für große Aufmerksamkeit. Deshalb ist sie nicht nur für Fans wichtig, Fussballfunktionäre und Politiker messen der Wahl der Austragungsorte große Bedeutung bei.



Hansaplatz: Mit einem gestellten Spiel sollen die Königsberger auf die Fußball-WM eingestimmt werden. Bild: Tschernyschew

Seit bekannt ist, dass Russland Gastgeber der Fußballweltmeisterschaft 2018 sein wird, überschlagen sich die Gerüchte darüber, welche Chancen Königsberg als Austragungsort hat. Jeder der hochrangigen Moskauer Politiker, die während des Wahlkampfs vor den Regionalwahlen im Königsberger Gebiet vergangenen Sonntag die Pregelmetropole besucht haben, hat sich zu dem Thema geäußert.

Ende Februar traf Wladimir Putin während seiner eintägigen Visite den Generaldirektor des Fussballclubs „Baltika“. Er versprach, alles zu unternehmen, damit Königsberg es auf die Anwärterliste der Austragungsorte schaffe. Voraussetzung sei allerdings, dass der Klub „Baltika“ auf hohem Niveau spiele – ein Ziel, von dem die Mannschaft derzeit weit entfernt ist – und die Frage entschieden werde, wie die extra für die Austragung von WM-Spielen beziehungsweise eines WM-Spiels geschaffene Infrastruktur nach der Weltmeisterschaft genutzt werden könne.

Putin stellte in Aussicht, dass, wenn denn Königsberg Austragungsort werden sollte, die ostpreußische mit der russischen Hauptstadt durch Hochgeschwindigkeitszüge verbunden würde. Russlands schnellste Züge schaffen 250 Stundenkilometer. Bedenkt man, dass die Entfernung von Königsberg nach Moskau 1289 Kilometer beträgt, könnte man von der Exklave in etwa fünf Stunden die russische Hauptstadt erreichen. Diese Zeit wäre jedoch nur ohne Aufenthalt an den Grenzen einzuhalten.

Kürzlich erst wurde eine Liste der Städte bekannt, die sich um die Gastgeberrolle bei dieser Fussball-WM bewerben. Neben Moskau sind dies St. Petersburg, Samara, Kasan, Nischnij Nowgorod, Rostow am Don, Sotschi, Krasnodar, Wolgograd, Jaroslawl und eben Königsberg, das mit guten Chancen rechnet. Um diese noch zu erhöhen, haben das Komitee für Anfragen zur Fußballweltmeisterschaft 2018 und die örtliche Abteilung der Partei „Einiges Russland“ ab dem 22. Januar unter dem Motto „Deine Stimme – Dein Tor“ eine Unterschriftensammlung organisiert, mit der sie für Königsberg als Austragungsort werben wollen. Die Unterschriftensammlung soll einige Monate lang in allen Städten des Gebiets fortgeführt und anschließend der FIFA (Fédération Internationale de Football Association, Internationale Föderation des Verbandsfußballs) übergeben werden.

Anfang März feierte die Stadt ein großes Fest auf dem Hansaplatz. Man hatte auf dem Platz ein improvisiertes Fußballfeld und eine Tribüne aufgebaut. Auf dem Spielfeld führten bekannte Fußballspieler der Stadt und Sportlerlegenden des Moskauer Klubs „Spartak“ gestellte Spiele auf, an denen auch Nachwuchsspieler beteiligt waren. Die „verdienstvollen“ Spieler kämpften bis zum Abpfiff und das Spiel ging mit 9:9 unentschieden aus. Nach dem Spiel stellten sich die Spartak-Stars für Fotos zur Verfügung.

Neben der Begeisterung der Fußballfans gibt es in der Bevölkerung jedoch auch Stimmen, die von einer Beteiligung Königsbergs an der WM wegen der immensen Kosten, die diese verursachen würde, abraten. *Jurij Tschernyschew*

Brand im Schulgebäude

Verheerende Schäden an denkmalgeschütztem Bau

In Willenberg, Kreis Ortelsburg, einem kleinen masurischen Städtchen an der Grenze zur Woiwodschaft Masowien, das aus dem Schaffen des Schriftstellers Herbert Somplatzki bekannt ist, hat eine Feuersbrunst verheerende Schäden am Gebäude der dortigen Oberschule angerichtet.

Das aus dem Jahre 1927 stammende denkmalgeschützte Gebäude mit einem Schrägdach aus rotem Ziegel war erst vor drei Jahren für zwei Millionen Zloty (rund eine halbe Million Euro) vollständig saniert worden und diente seitdem knapp 300 Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren aus der gesamten Gemeinde als Schulgebäude. Während der Rettungsaktion konnten die Mitglieder der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr und andere freiwillige Helfer zwar einen großen Teil der Schuldokumentation und der Innenausstattung, darunter die Computer, retten, doch die Verwüstungen sind dermaßen groß, dass der Schulunterricht erst im September wieder aufgenommen werden kann. Bis dahin werden die Schulkinder mit Schulbussen in die benachbarten Dörfer gebracht und in den dortigen Grundschulen unterrichtet.

Viele Schülerinnen und Schüler, die am Morgen nach dem abendlichen Brand nicht wie gewohnt ihr Gymnasium besuchen konnten, und zahlreiche Schulabgänger, die dort ihr Abitur gemacht hatten, sowie überhaupt die ganze Bevölkerung sind vom Ausmaß der Katastrophe tief erschüttert.

Die Außenwände und die Innenkonstruktion blieben nach einer Begutachtung des Sachkundigen allerdings fest, so dass das Gebäude nicht baufällig und sein Wiederaufbau somit möglich ist. Unklar ist dagegen noch die Brandursache, zumal der Schornstein dicht und die Elektroanlage nagelneu waren. Bereits einige Stunden nach dem Unglück erklärten der stellvertretende Woiwode und die Vorsteherin der Schulbehörde ihre Bereitschaft, der Gemeinde beim Wiederaufbau des abgebrannten Schulgebäudes zu helfen. Auch die Gemeinde will sich am Wiederaufbau finanziell beteiligen. Grzegorz Zapadka, der Gemeindevorsteher von Willenberg, gab mittlerweile bekannt, dass die Gemeinderäte einen Betrag in Höhe von drei Millionen Zloty für diesen Zweck zur Verfügung stellen wollen.

> Das Gebäude soll wieder aufgebaut werden, der Gemeinderat stellt umgerechnet rund 740 000 Euro dafür zur Verfügung

In diesem Zusammenhang sei noch daran erinnert, dass vor wenigen Jahren ein Großteil der ebenfalls denkmalgeschützten Kaserne in der Hauptstadt der Woiwodschaft, Allenstein, beinahe vollends niederbrannte, was viele wertvolle bauarchitektonische Details aus dem 19. Jahrhundert unwiederbringlich zerstörte. Erst danach wurden die leer stehenden Anlagen der ehemaligen Garnison gesichert, um einer etwaigen Brandstiftung beziehungsweise einem Brand aus anderer Ursache vorzubeugen. *Grzegorz Supady*

Alternativstandort

Gute Chancen für Casino in Rauschen

Die russische Regierung verbot 2009 landesweit das Glücksspiel – grundsätzlich. Ausnahmen sollten künftig nur in vier Zonen gelten. In ihnen sollte das schnelle Spiel mit schwindelerregenden Summen weiterhin erlaubt sein. Eine davon sollte auf Gut Kirpehnen südöstlich von Palmnicken entstehen. Der Ort war aber nicht attraktiv genug, die erhofften Investitionen des Glücksspielgewerbes blieben aus. Die Anbindung Palmnikkens an das nahe Pillau über die Samlandbahn wird nicht mehr regulär genutzt, Königsberg ist heute von dort aus schlecht erreichbar. Gut Kirpehnen ist verkehrstechnisch bis auf eine Landstraße gar nicht erschlossen. Der Traum vom „Bernstein – Las Vegas“, von jährlichen Steuereinnahmen durch den Casinobetrieb in Höhe von etwa 300 Millionen Rubel (7,5 Millionen Euro) liegt zur Zeit unter Eis und Schnee begraben. Statt dessen hat in letzter Zeit der Glücksspielbetrieb in Weißrussland einen erheblichen Aufschwung genommen.

> Der Badeort liegt nah an Königsberg und ist gut aufgestellt

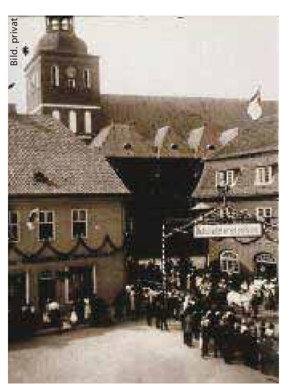
Nun will Nikolaj Zukanow, der Gouverneur des Königsberger Gebietes, versuchen, doch noch einen erfolgreichen Casinobetrieb in seinem Amtsgebiet auf die Beine zu stellen, und zwar in Rauschen. Die Initiative hierzu ging von der dortigen Stadtverwaltung aus. Sie will die Casinolizenz für den Ort erlangen. Für Rauschen als Casinostandort spricht in der Tat einiges. Rauschen liegt viel näher als Palmnicken an Königsberg und zwischen beiden verkehrt eine voll elektrifizierte Vorortbahn, die nur eine Stunde Fahrzeit benötigt. Zudem führt von Rauschen eine überregionale Fernstraße nach Königsberg. Der Ort hat sich seit den 90er Jahren wieder zu einem gut besuchten Badeort entwickelt, so dass potenzielle Glücksspieler schon vor Ort sind und nicht erst mühselig von anderswo angelockt werden müssen. Nun will Zukanow bei der Moskauer Zentralregierung die Genehmigung erwirken, die Glücksspielzone von Palmnicken nach Rauschen zu verlegen *Hans Lody*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ach den vielen heiteren Erlebnissen und Erinnerungen, die unsere letzten Folgen bestimmten, müssen wir heute mal wieder auf die große Suche gehen. Die Fragen nach Menschen, die schon lange aus dem eigenen Blickfeld verschwunden sind, dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn die Zeit eilt weiter. Dass sich noch immer so viele Suchende an uns wenden, mag für Außenstehende erstaunlich sein, ist es aber nicht. Denn wir sind das geblieben, was wir immer waren: der letzte Hoffnungsträger, wenn alle anderen Wege zu keinem Erfolg geführt hatten. Deshalb tritt auch Herr **Max Stegk** aus Untermünkheim an uns heran mit der Bitte, ihm bei zwei Suchfragen zu helfen, die ihm sehr am Herzen liegen.

Bei seinem ersten Wunsch geht es um alte Bekannte aus dem Kreis Schlossberg/Pillkallen, dem Heimatkreis der Familie Stegk, die mit der Familie **Betinski** aus Fohlental/Uschpiaunehlen sehr befreundet war. Der Vater war als Melker bei dem Landwirt **Schattauer** tätig. Das Ehepaar Betinski hatte mehrere Töchter, und auf diese setzt Herr Stegk seine Hoffnung, etwas über den Verbleib der Familie zu erfahren. Falls die Familie nicht auf der Flucht umgekommen ist, denn obgleich Herr Stegk immer wieder auf Heimattreffen und auch bei Institutionen nach der Familie Betinski gefragt hat, bekam er nie einen auch nur vagen Hinweis. Vielleicht erinnern sich Landsleute an das Ehepaar Betinski und seine Töchter, die – wenn sie Krieg und Flucht überstanden haben – wahrscheinlich einen anderen Namen tragen.

Der zweite Wunsch von Max Stegk betrifft die eigene Familie. Es geht um seinen Bruder **Artur Stegk**. Dessen Einheit, die 21. Infanterie-Division, hatte am Ladoga-See gekämpft und lag vor dem Russeneinfall in Ostpreußen im Kreis Goldap. Artur Stegk war Feldwebel und Zugführer bei den Sturmpionieren. Noch im März erhielt der jüngere Bruder, der als 17-Jähriger zur Verteidigung Königsbergs eingesetzt wurde, von ihm einen Feldpostbrief. Artur Stegk muss wenig später im Heilsberger Kessel gefallen sein. Allen Nachfragen zum Trotz blieb sein Schicksal bisher ungeklärt, auch auf den Divisionstreffen konnte sich niemand der Teilnehmer an den Feldwebel Stegk erinnern. Eine zu große Erwartung dürfen auch wir nicht hegen, das weiß Herr Stegk, aber wir hoffen, dass er doch Zuschriften bekommt, was vor allem in Bezug auf die erste Suchfrage möglich erscheint. Ostpreußen bleibt für den Landwirt die geliebte Heimat, und das nicht nur in der Erinnerung. Als er nach vierjähriger Gefangenschaft in Sibirien nach Deutschland heimkehren konnte, fand er zwar seine Eltern in Schleswig-Holstein wieder, konnte dort aber beruflich nicht Fuß fassen. Er zog nach Baden-Württemberg zu einem Kameraden aus der Gefangenschaft und arbeitete auf dessen Hof. Er blieb dort, heiratete und baute den kleinen Betrieb seiner Frau aus, wurde Vater von acht Kindern. Als die Familie 1990 die Landwirtschaft aufgab, „fühlte ich mich für den Ruhestand zu rüstig“, wie er schreibt. Schon lange hatte er auf die Öffnung zu seiner Heimat gewartet, es zog ihn oder vielmehr: Er zog mit bisher 13 Hilfstransporten aus dem Schwäbisch-Haller Bezirk in den Kreis Schlossberg. „Was ich beim ersten Betreten meins Heimatbodens gefühlt habe, kann ich gar nicht beschreiben, war es Freude oder waren es Tränen der Enttäuschung? Dieses kann man nur Menschen mitteilen, die das gleiche Schicksal erfahren haben!“ Und dafür ist unsere Ostpreußische Familie das richtige Forum. (Max Stegk, Suhlburg 5 in 74547 Untermünkheim.)


Bild: privat
Bischofsburg am Deutschen Tag 1920

Die Suchfrage von Frau **Silvia Sütterlin-Hunsinger** aus Hasel hat nichts mit Krieg und Flucht zu tun, aber sie wird nicht minder schwer zu lösen sein. Denn es handelt sich um eine Halbschwester ihrer Mutter, die schon im Kindesalter fort gegeben wurde und von der niemand sagen konnte oder wollte, wie ihr weiteres Leben verlief. Solche Schicksale berühren mich immer wieder sehr, denn es sind nicht wenige, die im Laufe meiner über 30-jährigen Arbeit für die Ostpreußische Familie an mich herangetragen wurden, und es gab da schon manche bittere Erfahrung. Die werden wir hier kaum zu fürchten haben, denn selbst wenn die Gesuchte noch leben würde, wäre sie heute über 80 Jahre alt. Sie hat wahrscheinlich über ihre Herkunft wenig oder nichts erfahren, oder diese geriet in Vergessenheit, wenn sie gute Pflege- oder Adoptiveltern gefunden hat. Die leibliche Mutter, also die Großmutter von Frau Sütterlin-Hunsinger, war **Frieda Emilie Schwarzstein**, *9. Oktober 1906 in Zinten, Kreis Heiligenbeil. Sie stammte aus einer kinderreichen Familie und arbeitete auf einem Gut als Zimmermädchen. Um 1930 bekam sie eine uneheliche Tochter, die wohl zuerst in der mütterlichen Familie aufwuchs. Frieda Schwarzstein heiratete im Mai 1933 **Franz August Riemann**. Das Paar lebte damals wahrscheinlich in Wernershof, denn dort kam im selben Jahr die zweite Tochter der jungen Frau, die Mutter von Frau Sütterlin-Hunsinger, zur Welt. Vier Jahre später wurde der gemeinsame Sohn **Werner** Riemann geboren. Der Stiefvater wollte das Kind, das nicht von ihm stammte, nicht mehr in seiner Familie haben, er hat wohl seine Frau gedrängt, es fort zu geben, was dann auch geschah. In welche Hände es gekommen ist, blieb unbekannt, es wurde anscheinend nicht mehr darüber gesprochen. Die jüngere Schwester hat einmal ihren Vater nach der Verschwundenen gefragt, doch der meinte, das würde niemanden interessieren. Und doch blieb sie für die Schwester unvergessen, wie die Suchbitte ihrer Tochter nun beweist. Mutter und Tochter hoffen, dass jemand aus unserem Leserkreis Hinweise auf den Verbleib der Halbschwester und Tante geben kann. Allerdings ist nicht einmal deren Vorname bekannt, der Nachname könnte durch Adoption geändert worden sein. Der Name des leiblichen Vaters des unehelichen Kindes ist nie genannt worden. Es ist anzunehmen, dass die Familie Schwarzstein aus der Gegend um Zinten stammt, es könnte sich vielleicht noch jemand an sie erinnern, Frieda hatte mehrere Geschwister und Halbgeschwister. Außerdem kommt das Umfeld des damals jungen Ehepaares in Frage. Da die zweite Tochter in Wernershof geboren wurde, dürfte Werner Riemann in den 30er Jahren auf dem im Kreis Samland gelegenen Gut gearbeitet haben, vielleicht gemeinsam mit seiner Frau. Das sind so die ersten Trittsteine, die ich legen kann – ob sie zu einer Spur führen? (Silvia Sütterlin-Hunsinger, Bündenfeldstraße 3 in 79686 Hasel, Telefon 07762/3976.)

In dem Schreiben von Herrn **Siegfried Dankert** aus Leipzig geht es nicht um Einzelschicksale, nicht um Namen aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis, nicht um ehemalige Nachbarn, sondern um die Klärung von Fragen, die aus gravierenden Erlebnissen in seiner Kindheit resultieren und ihn noch immer beschäftigten. Und die beziehen sich – wie sollte es sonst bei einem Königsberger Kind sein – auf die Flucht und die folgenden schlimmen Jahre im russisch okkupierten Nordostpreußen. Die Bombenangriffe auf seine Heimatstadt erlebte der Achtjährige nicht mit, er war mit seiner Mutter auf einen Gutshof bei Kreuzingen evakuiert worden und fühlte sich dort glücklich. Aber diese scheinbare Ruhe dauerte nicht lange, die Wehrmacht rückte ein, Mutter und Sohn mussten nach Königsberg zurück, wo ihr Wohnhaus Blumenstraße 6 noch stand. Unruhige Wochen begannen, bis die Mutter die Koffer packte und zusammen mit zwei anderen Müttern – Frau **Braun** und Frau **Köhler** – und deren Kindern zum Bahnhof zog und dort auch Platz in einem Zug bekam. Nach längerer Fahrt ins Ungewisse hieß es: Der Russe ist da! In Metgethen mussten die Frauen mit ihren Kindern den Zug verlassen. Was dann geschah, wissen wir alle, denn es war die Hölle. „Einzelheiten, die ein Kind mit acht Jahren erleben musste, lasse ich hier offen“, schreibt Siegfried Dankert. In einem Treck verließen sie den Ort des Grauens, kurz danach wurden alle Männer von den Russen herausgeholt und kamen nicht wieder. Der Treck endete für Frau Dankert und Sohn in Pronitten. Später versuchten die Frauen, Arbeit in Poßnitten zu finden, aber viele verhungerten, auch die Mutter von Siegfried, der zuerst nach Labiau und dann mit anderen elternlosen Kindern in ein Auffanglager in Königsberg kam. Letzte Station in der Heimat war ein Kinderheim in Pr. Eylau, ehe es mit Viehwagen in den Westen ging. Siegfried hatte das Glück, nach Lageraufenthalten seinen Vater wiederzufinden, der ihn nach Leipzig holte.

Soweit die etwas gekürzten Aufzeichnungen von Siegfried Dankert, aus denen die beiden Fragen hervorgehen, die der eigentliche Anlass seines Schreibens sind: Was geschah mit den Männern, die aus dem Zug geholt wurden? Wann war die Sowjetarmee in Metgethen? Ich kann ihm entsprechende Dokumentationen übermitteln, glaube aber, dass es ihm mehr daran gelegen ist, mit Zeitzeugen in Verbindung zu treten, die anhand von eigenen oder aus ihrem Lebenskreis übermittelten Erlebnissen die damaligen Ereignisse transparenter machen, vor allem, was seine erste Frage betrifft. Zur zweiten Frage: Es muss sich um den ersten Einfall der Russen in Metgethen Ende Januar 1945 handeln. Mitte Februar wurde in einem letzten Angriff der 1.ID der Einschließungsring um Königsberg noch einmal geöffnet, ehe er sich am 6. April dann endgültig schloss. (Siegfried Dankert, Weißdornstraße 74 in 04209 Leipzig.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Um mich in diese Zeit und Lage hineinzuversetzen, habe ich neben anderen Publikationen auch das Buch „Bärwalde“ von **Ursula Growitz** hervorgeholt, denn die Chronik dieses wenige Kilometer westlich von Metgethen gelegenen samländischen Dorfes bietet eine Fülle von Informationen, darunter auch akribische Aufzeichnungen über die russische Okkupation und die damit verbundenen Schicksale der Bevölkerung. Die Chronistin bat mich vor Erscheinen des Buches 2003, das Vorwort zu schreiben, ich habe es gern getan, denn ich konnte ihr damit – was ich damals nicht ahnte – einen ihrer letzten Wünsche erfüllen: Sie verstarb ein Jahr später. Ihr „Bärwalde“ ist für mich ein Beispiel für die vielen Dorfchroniken, die von ihren vertriebenen Bewohnern mit Liebe und Fleiß erarbeitet werden, selbst wenn es sich nur um eine Handvoll Häuser handelt wie in Bumbeln, das gerade mal 100 Seelen zählte. Trotzdem war es seinem Autor **Alfred Schiedat** wichtig, das Schicksal der Bewohner dieses nordwestlich von Gumbinnen gelegenen Dorfes zu schildern „mit ihrer Pflichterfüllung bis zum bittren Ende“ – so schreibt Frau **Gertrud Bischof**, die dieses vor 30 Jahren geschriebene Buch sucht. Ob es sich irgendwo im Kreis unserer Ostpreußischen Familie finden lässt? Frau Bischof würde sich sehr freuen. (Gertrud Bischof, Richard-Strauß-Straße 3a in 90455 Nürnberg.)

Was macht man, wenn man eine Karte mit nur einem Satz erhält: „Ich suche **Frank Abraham**, geb. 1925 in Westpreußen (Ostpr.?) Vater General und dekoriert“? Natürlich könnte man ihn so stehen lassen, aber jedes Fragezeichen warnt mich, ein versierter Redaktionskollege half mir und so bekamen wir eine ergiebige Vita des Generals mit allen Stationen seiner militärischen Laufbahn, die – wie mit „dekoriert“ angegeben – zu höchsten Auszeichnungen führte. General **Erich** Abraham, der 1971 in Wiesbaden verstarb, wurde 1895 in Marienburg geboren. Damals gehörte die Stadt zu Westpreußen. Wenn sein Sohn Frank dort ebenfalls das Licht der Welt erblickt haben soll, war das in Ostpreußen, denn 1925 gehörte nach dem Versailler Vertrag, der Westpreußen geviertelt hatte, der östlich von Weichsel und Nogat gelegene Teil zum Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen. Soweit also kein Fragezeichen mehr. Mehr können wir aber nicht tun, als zu hoffen, dass die Suchfrage unseres Schweriner Lesers eine positive Antwort findet. (**Joachim Gollnitz**, Ziolkowskistraße 19 in 19063 Schwerin, Telefon 0385/2000120.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Medienspezialist für VdG

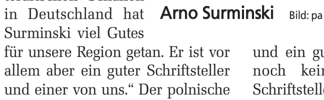
Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) hat jetzt einen „Medienspezialisten für Promotion und Kontakte“. Besetzt wurde die neu geschaffene Stelle mit Lukasz Bily. Dieser sieht seine Aufgabe außer in der „gesamten Konzeption und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit“ auch darin, „eine Zusammenarbeit mit uns bislang weniger bekannten Stiftungen oder Institutionen anzubahnen“.

Einen Schwerpunkt will der junge Mann auf die Arbeit im weltweiten Netz legen. So verwies er darauf, dass gerade im Internet die Minderheit stärker werden müsse, um junge Leute zu begeistern. Daher komme dem Internetportal der Deutschen Minderheit, dessen Start für dieses Jahr geplant ist, zentrale Bedeutung zu. Bily sieht seine Aufgabe auch darin, die Bündelung bislang zerstreuter Informationen zu koordinieren. *PAZ*

Für die Verdienste

Polnischer Sejmik ehrt Arno Surminski

Der Sejmik der Woiwodschaft Ermland und Masuren, sprich das Landesparlament des südlichen Ostpreußen, hat Arno Surminski mit der Auszeichnung „Für die Verdienste um die Woiwodschaft Ermland und Masuren“ geehrt. Die Ehrung erfolgte auf Vorschlag des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Zur Begründung hieß es seitens des Verbandsvorsitzenden Henryk Hoch: „Mit seinem literarischen Schaffen in Deutschland hat Surminski viel Gutes für unsere Region getan. Er ist vor allem aber ein guter Schriftsteller und einer von uns.“ Der polnische Professor Miroslaw Ossowski vom Institut für Germanistik der Universität Danzig lobt die Sejmik-Entscheidung: „Arno Surminski hat sich diese Auszeichnung verdient ... Sehr interessant ist ... sein Roman unter dem Titel ‚Vaterland ohne Väter‘, der von einer Generation der Kinder handelt, deren Väter aus dem Krieg nicht zurückkehrten. Würden mehr Polen seine Bücher lesen, könnten sie die Deutschen besser verstehen und hätten weniger Angst vor ihnen, und es würde nicht zu Missverständnissen kommen ... Surminski ist ein guter Mensch und ein guter Schriftsteller. Wohl noch kein anderer deutscher Schriftsteller schrieb so viel Gutes über die einst deutschen und heute polnischen Gebiete.“ *PAZ*


Arno Surminski Bild: pa

Keine Entspannung

Steigende Arbeitslosigkeit in Oppeln

Im ersten Monat dieses Jahres hat die Arbeitslosenzahl in der Woiwodschaft Oppeln fast die Marke von 54000 erreicht. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von knapp 14,5 Prozent. Die meisten Erwerbslosen sind in Neisse und Brieg registriert. In Brieg kletterte die Arbeitslosenquote auf 21,7, in Neisse gar auf 21,8 Prozent. Dagegen wirken die sechseinhalb Prozent in Oppeln geradezu paradiesisch.

Wie das zuständige Bezirksamt Oppeln mitteilte, hat zwar die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit mehr als einem Jahr Beschäftigungslosigkeit, die eine Anstellung hat finden können, zugenommen. Aber dafür hat insbesondere unter den Landbewohnern die Arbeitslosigkeit signifikant zugenommen – und unter den jungen Menschen. Mittlerweile sind fast sieben Prozent aller Auszubildenden ein Jahr nach Ausbildungsende arbeitslos gemeldet.

Nach wie vor ein nicht gelöstes strukturelles Problem stellt die hohe Frauenarbeitslosigkeit dar. So sind 57 Prozent der Langzeitarbeitslosen weiblichen Geschlechts.

> Mittel für Beschäftigungspolitik halbiert

Dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit steht auf der anderen Seite eine Reduzierung der für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gegenüber. Standen 2010 noch 109 Millionen Zloty (rund 27 Millionen Euro) zur Verfügung, so sind es dieses Jahr mit knapp 45 Millionen Zloty (etwa elf Millionen Euro) weniger als die Hälfte. *PAZ*

DFK-Vorstand verjüngt

Der Vorstand des Deutschen Freundeskreises (DFK) in Annengrund, Kreis Oppeln ist jünger geworden. Der langjährige Vorsitzende Gotthard Marek, Helmut Polewka und Gabriela Noglik verbleiben zwar im Vorstand, doch wurden auf der Jahresversammlung mit Michal Mehlich, Rita Gradaska und Karolina Jokiel neue, junge Gesichter in den Vorstand gewählt, wobei die beiden erstgenannten sogar gleich die Posten des Vorsitzenden und seines Stellvertreters übernahmen.

Ganz oben auf der Agenda sieht der neue Vorstand die Renovierung des Begegnungshauses. Des weiteren kündigte der neue Vorsitzende Mehlich an: „Wir möchten Nachmittage des deutschen Films für Kinder, Erwachsene und Senioren veranstalten. Außerdem planen wir deutsch-polnische Märchenstunden für Kinder und natürlich auch Feste.“ Auf der Wunschliste der Anschaffungen stehen ein Computer und ein CD-Player. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Beckmann, Magdalene, geb. Rüggemeier, aus Ebenrode, jetzt Am Hollensiek 17, 32312 Lübbecke, am 25. März

Kattenberg, Minna, geb. Riechert, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Stettiner Straße 6, 59558 Lippstadt, am 24. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Belusa, Maria, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Lohkoppelstraße 32B, 22083 Hamburg, am 26. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. Schramm, aus Wehlau, Grabenstraße, jetzt Langenfort, 22307 Hamburg, am 25. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Godau, Lisbeth, geb. Bublies, aus Neudamm, Kreis Samland, jetzt Steller Straße 55, 28259 Bremen, am 25. März

Preuß, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Am Buchholz 17, 56729 Wanderath, am 9. März

Schalwat, Minna, geb. Pein, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Hafenstraße 45, 25709 Marne, am 23. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nienburg, Willi, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Brandenberger Weg 2, 42555 Velbert, am 23. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Abramzik, Elfriede, geb. Rudnik, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Eisenbahnstraße 23, 64584 Biebesheim, am 20. März

Block, Ilse, geb. Medler, aus Norgau, Kreis Samland, jetzt Jürgenweg 57, 38640 Goslar, am 24. März

Gorski, Gertrud, geb. Schaefer, aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Stettiner Straße 13, 40668 Meerbusch, am 21. März

Lindner, Anna, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Mergelteichstraße 31, 44225 Dortmund, am 22. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Degenhardt, Hanna, geb. Rohrmoser, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Korte Blöck 39, 22397 Hamburg, am 25. März

Hofmeister, Marianne, geb. Posdziech, aus Neidenburg, jetzt Arlberger Straße 32, 47249 Duisburg, am 22. März

Junkereit, Emil, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, jetzt Holzschuherring 44, 91058 Erlangen, am 21. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Galensa, Herta, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Carl-Goerdeler-Straße 13, 28327 Bremen, am 18. März

Hermenau, Käthe, geb. Schwellnus, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hessenring 25, 63071 Offenbach, am 25. März

Karasch, Frieda, geb. Karpinski, verw. Nowitzki, aus Morgengrund, Kreis Lyck, jetzt Luisenstraße 2, 32312 Lübbecke, am 22. März

Staufenbeyl, Herta, geb. Knorr, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Am Vogelsang 14, 42929 Wermelskirchen, am 26. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brozio, Elfriede, geb. Mathiszik, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Königsbergweg 10 B, 56856 Zell (Mosel), am 24. März

Eickels, Hedwig van, geb. Podien, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, jetzt Klosterstraße 4, 50126 Bergheim, am 21. März

Julke, Herta, geb. Widder, aus Kirschdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neustadt 9, 17440 Lassan, am 24. Februar

Niski, Elfriede, aus Ortelsburg, jetzt Bonner Straße 4, 42697 Solingen, am 18. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Hebbelstraße 3, 25551 Hohenlockstedt, am 22. März

Hombosch, Ottilie, geb. Warda, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Stossdorfer Straße 2, 53773 Hennef, am 21. März

Prade, Margot, geb. Thurau, verw. Kroll, aus Heiligenbeil, Mühlenstraße 14, jetzt Im Feldbach 2, 34132 Kassel, am 22. Februar

Saborowski, Frieda, geb. Bobel, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Neißestraße 2, 58256 Ennepetal-Milspe, am 11. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Heiligenbeil, Große Kirchenstraße 1-2, jetzt Schwarzenbergstraße 14, 79183 Waldkirch, am 22. Februar

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Sudetenlandstraße 14 C, 24537 Neumünster, am 24. März

Bartoschewitz, Kurt, aus Lyck, Blücherstraße 5, jetzt Weiland 37, 38518 Gifhorn, am 22. März

Baum, Margarete, geb. Podworny, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Wellenkamp 3, 31224 Peine, am 21. März

Brunkow, Lina, geb. Lacinski, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 16, 16259 Wollenberg, am 21. März

Czaplinski, Kurt, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Klaushofer Weg 15, 90579 Langenzenn, am 13. März

Drygall, Anna, geb. Gronwald, aus Strobjehnen, Kreis Samland, jetzt Schulienstraße 54, 21762 Otterndorf, am 27. März

Hirschwitz, Robert, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Biegenstraße 51, 37235 Hessisch-Lichtenau, am 26. März

Jelonnek, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Charlottenburger Straße 19, 37085 Göttingen, am 9. März

Klein, Luise, geb. Kurapkat, aus Eimental, Kreis Ebenrode, jetzt Westenweg 3, 25704 Meldorf, am 23. März

Konietzke, Ursula, geb. Schultz, aus Lyck, Prostker Vorstadt, jetzt Maxburgring 6, 76887 Bad Bergzabern, am 23. März

Kondritz, Friedel, geb. Mill, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, jetzt Am Gärtnergrund 21, 18195 Tessin, am 19. März

Lolies, Oskar, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Gundelhardtstraße 39, 65779 Kelkheim, am 19. März

Marquardt, Anna, geb. Schulz, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Am Mühlenkamp 6, 21397 Barendorf, am 25. März

Mrosek, Rosa, geb. Podeswa, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Karl-Oldewurtel-Straße 13, 33659 Bielefeld, am 27. März

Petschull, Charlotte, geb. Sahm, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Neißestraße 9, 44287 Dortmund, am 23. März

Rudorf, Elfriede, geb. Bohl, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mozartweg 40, 59505 Bad Sassendorf, am 24. März

Schall, Erna, geb. Bednarzik, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Brückstraße 87bb, 41812 Erkelenz, am 23. März

Schweda, Wilhelm, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Käthe-Kollwitz-straße 6, 04416 Markkleeberg, am 23. März

Sembritzki, Wilhelm, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Biesenstraße 7, 47137 Duisburg, am 19. März

Skillendat, Franz, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, jetzt 24893 Taarstedt, am 27. März

Tulowitzki, Herta, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, jetzt Ziegeleistraße 9, 31275 Lehrte, am 27. März

Venohr, Rita, geb. Boguschewski, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Leineweberstraße 1a, 65191 Wiesbaden, am 24. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abrossat, Alfred, aus Schnekkenmoor im Gutsbezirk Forst, Kreis Elchniederung, jetzt Am Sandhügel 5, 46147 Oberhausen, am 27. März

Ballnus, Willi, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 46, 24819 Todenbüttel, am 22. März

Berghoff, Elisabeth, geb. Preikschat, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, jetzt Franz-Josef-Schneider-Straße 15, 53604 Bad Honnef, am 14. März

Breda, Erna, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kolibriweg 1, 12351 Berlin, am 26. März

Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 31, 24576 Hagen, am 29. Februar

Felgendreher, Kurt, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Elsternheide 3, 29308 Winsen/Aller, am 26. März

Gallmeister, Otto, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Nibelungenstraße 18, 64625 Bensheim, am 7. März

Hagermann, Margarete, geb. Brommecker, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlrain 12, 35578 Wetzlar, am 22. März

Hallmann, Erika, geb. Kroehnert, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Hartweg 37, 59602 Rüthen, am 24. März

Hamester, Käte, geb. Rehberg, verw. Hennig, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sachsenwaldstraße 12, 21493 Möhnsen, am 21. März

Hanitz, J. W., aus Tankenrade, Kreis Eutin, jetzt Krintenpad 1, 28355 Bremen, am 27. März

Hanzen, Toni, geb. König, verw. Labes, aus Hermsdorf, jetzt Waldstraße 10, 24768 Rendsburg, am 24. März

Herrmann, Karl, aus Bittkau, Kreis Treuburg, jetzt Saseler Redder 20, 24329 Grebin, am 22. Februar

Jührden, Margarete zu, geb. Schneidereit, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Brokforster Weg 40, 26133 Oldenburg, am 23. Februar

Kaminski, Hilde, geb. Rothgänger, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Kleinbusch 10, Haus Lore, 58730 Fröndenberg, am 26. März

Kantowski, Erika, geb. Platzek, aus Koslau und Steinhof, Kreis Sensburg, jetzt Steinstraße 6, 53859 Niederkassel, am 18. März

Kargoll, Irene, geb. Plotzizka, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Höher Weg 5, 58511 Lüdenscheid, am 22. Februar

Kiel, Hans P. aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Emser Straße 5, 10719 Berlin, am 21. März

Klein, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt In der Steingasse 35 A, 61440 Oberursel, am 25. März

Kowalzik, Grete, geb. Gollub, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Keltenstraße 19, 65719 Hofheim/Taunus, am 13. März

Kroll, Gustav, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Römerstraße 10, 67166 Ottenstadt, am 25. März

Lontke, Herta, geb. Günther, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Weißdornweg 3, 37574 Einbeck, am 23. März

Mallitzki, Hildegard, geb. Wirobski, aus Treuburg, jetzt Kirchstraße 10, 57518 Alsdorf, am 25. März

Morgenstern, Hildegard, geb. Jortzig, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Wolfgangstraße 7, 06366 Köthen, am 2. März

Nowosatko, Karl, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, jetzt Dresdner Straße 7, 59425 Unna-Königsborn, am 3. März

Schmitz, Marta, geb. Lendzian, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Meertal 6, 41464 Neuss, am 24. März

Thalhäuser, Emil, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bostonring 4, 71686 Remseck, am 26. März

Wahl, Elfriede, geb. Geipel, aus Neidenburg, jetzt Albanusstraße 21, 55128 Mainz, am 21. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauch, Waltraud, geb. Grieschat, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Moritz-Arndt-Straße 5, 17235 Neustrelitz, am 21. März

Block, Gertrud, geb. Bombor, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Bohnrüher Weg 100, 24360 Barkelsby, am 23. März

Bohn, Frieda, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Alte Landstraße 44, 25524 Itzehoe, am 22. März

Donat, Renate, geb. Konopka, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Torgauer Weg 8, 30627 Hannover, am 17. März

Freeden, Charlotte von, geb. Matschulat, aus Ebenrode, jetzt An der Nesselburg 2 A/W, 53179 Bonn, am 21. März

Gandyra, Edith, geb. Przyborowski, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Beckendorfer Straße 106, 21218 Seevetal, am 25. März

Gerull, Lieselotte, geb. Kewitz, aus Tapiau, Kirchenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Bugenhagenweg 26, 24768 Rendsburg, am 24. März

Gödde, Marianne, geb. Rindt, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Straße der Jugend 12, 06773 Gräfenhainichen, am 25. März

Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Wernerstraße 135, 59379 Selm, am 6. März

Heegemann, Käthe, geb. Nikolovius, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Erich-Ollenhauer-Straße 44, 42579 Heiligenhaus, am 3. März

Heitger, Bernhard, aus Stuhr, Kreis Wehlau, jetzt Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr, am 27. März

Kellermann, Margarete, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, jetzt Am Rasteberg 9, 38271 Baddekenstedt, am 28. Februar

Kessler, Heinz Günter, aus Lötzen, jetzt Schaarreihe 86a, 26389 Wilhelmshaven, am 21. März

Klesczewski, Ulrich, aus Markau, Kreis Treuburg, jetzt Waldstraße 36, 63065 Offenbach, am 16. März

Knackstädt, Inge, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Nördliche Ringstraße 153, 63225 Langen, am 24. März

Komm, Alma, geb. Fegletef, aus Schiewenau, Bonslack, Kreis Wehlau, jetzt Am Herrenkamp 17, 46539 Dinslaken, am 22. März

Kuhn, Erika, geb. Wochnowski, aus Neidenburg, jetzt Jägerstraße 78, 46286 Dorsten, am 27. März

Latossek, Otto, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Guizettistraße 4/4, 29221 Celle, am 21. März

Laudien, Gerhard, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 14, jetzt Grünewaldstraße 20, 96215 Lichtenfels, am 15. Februar

Lenz, Siegfried, aus Suleiken, Kreis Treuburg, jetzt Preußlerstraße 4, 220605 Hamburg, am 17. März

Lichtenstein, Elisabeth, geb. Machowski, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, jetzt Wimmersweg 60, 47807 Krefeld, am 19. März

Likus, Ursula, geb. Höfer, aus Gehlenburg (Bialla) Abbau, Kreis Johannisburg, jetzt Pommernstraße 15, 25486 Alveslohe, am 27. März

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 19. März, 20.05 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen – Wendepunkt an der Westfront.

Sonntag, 20. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 20. März, 14 Uhr, Phoenix: Franz Josef Strauß – Eine deutche Geschichte.

Sonntag, 20. März, 21 Uhr, 3sat: Der Schein trügt. Über Geld und Finanzmärkte.

Sonntag, 20. März, 21 Uhr, ntv: Mengeles Geheimnis.

Montag, 21. März, 21 Uhr, ARD: Fremde Heimat (2/2).

Montag, 21. März, 21 Uhr, HR: Die Flucht (2/2). Mit Maria Furtwängler.

Montag, 21. März, 22.45 Uhr, BR: Hitlers braune Bataillone (2/2).

Dienstag, 22. März, 14.15 Uhr, HR: Nationalparks im östlichen Europa: Kiskunsag – Ungarn.

Dienstag, 22. März, 22.45 Uhr , HR: Als der Osten noch Heimat war (2/3): Schlesien.

Mittwoch, 23. März, 20.05 Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

Mittwoch, 23. März, 20.15 Uhr, arte: Hitlers Polizei.

Mittwoch, 23. März, 21.45 Uhr, 3sat: Geld, Moral und Freiheit. Doku.

Donnerstag, 24. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Fliegen heißt Siegen. Die verdrängte Geschichte der Deutschen Lufthansa.

Donnerstag, 24. März, 22.45 Uhr, RBB: Bismarck – Kanzler und Dämon.

Freitag, 25. März, 20.15 Uhr, WDR: Unser Wirtschaftswunder (1/2).

Freitag, 25. März, 21 Uhr, Eins Plus: Bilder einer Landschaft. Rund um das Donau-Knie.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.–13. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Lojewski, Siegfried, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Kirchenstraße 13, 69429 Waldbrunn, am 15. März

Meier-Solgk, Roswitha, geb. Luft, aus Lötzen, jetzt Brabanter Straße 16, 80805 München, am 23. März

Mix, Irmgard, geb. Roß, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Morseweg 13, 23556 Lübeck, am 27. März

Mühleisen, Elfriede, geb. Weituschat, aus Rindfließ, Kreis Lyck, jetzt Töpferstraße 22, 99734 Nordhausen, am 25. März

Müller, Ruth, geb. Masuhr, aus Treuburg, jetzt Bengelsdorfstieg 4, 22179 Hamburg, am 27. März

Murach, Wilma, geb. Arndt, aus Roddau Perkuiken, Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Flachsmarktstraße 31, 32825 Blomberg, am 24. März

Padberg, Horst, aus Ortelsburg, jetzt Pastorenstraße 8/36, 32657 Lemgo, am 21. März

Riedel, Hildegard, geb. Gebert, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Rudenberger Straße 8, 79822 Titisee-Neustadt, am 22. März

Ritzkat, Ella, aus Ströhlen, Kreis Ebenrode, jetzt Rosengarten 1 A, 33605 Bielefeld, am 21. März

Sakowitz, Reinhold, aus Neidenburg, jetzt Schillerstraße 7, 32545 Bad Oeynhausen, am 27. März

Schmidt, Charlotte, geb. Legien, aus Rantau, Kreis Samland, jetzt Nockwinkel 82, 45277 Essen, am 25. März

Schnitzler, Erika, geb. Sdunek, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Weinsbergstraße 176, 50823 Köln, am 26. März

Schulewski, Ernst, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Seilerstraße 60, 31655 Stadthagen, am 24. März

Schwermer, Walter, aus Bieberswalde, Hassenhügel Kolonie, Kreis Wehlau, jetzt Ratzeburger Allee 104, 23562 Lübeck, am 26. März

Senf, Erich, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Kleiberweg 72, 22547 Hamburg, am 24. März

Sprengel, Klaus, aus Holländerei, Kreis Wehlau, jetzt Oldenburger Straße 97, 26871 Papenburg, am 22. März

Steinert, Karl-Heinz, aus Treuburg, jetzt Sudetenstraße 4, 96253 Untersiemau, am 27. Februar

Sültemeyer, Else, geb. Roziewski, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Osterhahlen 1, 32427 Minden, am 16. März



Tetzlaff, Günther, aus Treuburg, jetzt Fuchsweg 22, 21354 Bleckede, am 19. März

Thiel, Erich, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Ostpreußenweg 19, 33689 Bielefeld, am 21. März

Zander, Irmgard, geb. Kurbjuhn, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Fürstenbrünnchen 25, 51429 Bergisch-Gladbach, am 22. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baader, Irmgard, geb. Kannenberg, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Mönkhofer Weg 64a, 23562 Lübeck, am 19. März

Barzik, Ruth, geb. Sewitz, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Wacholderweg 19, 47804 Krefeld, am 24. März

Beneke, Gertrud, geb. Pattschull, aus Heiligenbeil, Wolf-Weg 14, jetzt Rettbrook 1, 26160 Bad Zwischenahn, am 12. März

Biberneit, Grete, geb. Niederstraßer, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, jetzt Österstraße 4, 25709 Fahrstedt, am 21. März

Borkowski, Siegfried, aus Schielasken/Hallenfelde, Kreis Goldap, jetzt Johannes-R.-Becher-Straße 48 A, 39218 Schönebeck, am 23. März

Bouwer, Erna, geb. Pertek, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Museumsturm 4, 48529 Nordhorn, am 24. März

Dargies, Gerhard, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, jetzt Sachsenstraße 24, 73431 Aalen, am 25. März

Denda, Gerhard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Haydnstraße 36 B, 27474 Cuxhaven, am 23. März

Dudek, Otto, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Schorlemer Straße 38, 59302 Oelde, am 22. März

Erbuth, Reinhold, aus Bolken, Kreis Treuburg, jetzt Rubinkamp 15, 30916 Isernhagen, am 15. März

Gayko, Georg, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Güterstraße 17, 75177 Pforzheim, am 25. März

Gehlhaar, Dieter, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Dornierstraße 31, 53125 Bonn, am 22. März

Grützmacher, Helmut, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Hermann-Ferres-Straße 25, 06188 Niemberg, am 23. März

Grunwald, Irmgard, geb. Peel, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Günne 3, 39393 Ottleben, am 26. März

Haack, Inge, aus Tapiau, Rohsestraße, Kreis Wehlau, jetzt Drosselkamp 18, 25335 Elmshorn, am 27. März

Hinz, Gerhard, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Alte Marsch 18, 21149 Hamburg, am 21. März

Hoppe, Erika, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, jetzt Scheunenstraße 10, 17139 Malchin, am 22. März

Jaschinski, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Rablinger Landstraße 53 C, 28197 Bremen, am 21. März

Kapellen, Erna, geb. Führer, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Funke-Straße, 44649 Herne, am 24. März

Kleine, Ewald, aus Dielingen, jetzt Zum Rott 11, 49078 Osnabrück, am 26. März

Kregeloh, Christel, geb. Kuberka, aus Watzum, Kreis Samland, jetzt Rudolf-Maschke-Platz 6, 78647 Trossingen, am 22. März

Kurbjuhn, Otto, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Alte Gärtnerei 12, 01809 Dohna, am 12. März

Lintig, Sigrid von, geb. Knappke, aus Randau, Kreis Ebenrode, jetzt Gartenstraße 59, 46562 Voerde, am 27. März

Lothar, Käthe, geb. Joswig, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Ringstraße 51, 99198 Gispersleben, am 24. März

Mandel, Hans-Jürgen, aus Treuburg, jetzt Wolfsgarten-Straße 1-3, 64546 Mörfelden-Walldorf, am 16. März

Möller, Christel, geb. Titt, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Am Entenplatz 25, 49419 Wagenfeld, am 21. März

Mrotzek, Kurt, aus Suleiken, Kreis Treuburg, jetzt Posener Straße 8, 26316 Varel, am 27. Februar

Olschewski, Gerhard, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Am Heidbleeck 8, 31311 Uetze, am 2. März

Paick, Alfred, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Bäderstraße 12, 23743 Grömitz, am 2. März

Polkowski, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Grünewaldstraße 3, 78239 Rielasingen-Worblingen, am 26. März

Potrafke, Hildegard, geb. Wegner, aus Kernhall, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Thorner Straße 17, 28832 Achim, am 26. März

Rolke, Edith, geb. Klimaschewski, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Am Hörsumer Tor 5, 31061 Alfeld, am 2. März

Rosowski, Siegfried, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, jetzt Johann-Diedrich-Möller-Straße 25, 22880 Wedel, am 21. März

Rudz, Else, geb. Malinka, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Schulte-Hinsel-Straße 43, 45277 Essen, am 14. März

Salewski, Gertrud, geb. Seyda, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Brandenburgstraße 3, 29225 Celle, am 21. März

Schönwald, Heinz, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Walter-Barth-Straße 13, 04318 Leipzig, am 27. Februar

Skrey, Vera, geb. Hansl, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, jetzt Robert-Blum-Straße 33a, 07545 Gera, am 23. März

Vogel, Alfred, aus Schwanis, Kreis Heiligenbeil, jetzt Eichenstraße 31, 29348 Eschede, am 27. März

Waschull, Fredy, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Triehorst 3, 24214 Noer, am 16. März

Weiher, Irma, Heckmann, Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Ahrensfeld 11, 25451 Quickborn, am 25. März



Schneider, Armin, aus Fasten, Kreis Sensburg, und Frau **Sigrid**, geb. Sieberling, aus Schönebeck, jetzt Johannes-Robert-Becher-Straße 69, 39218 Schönebeck, am 25. März

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonderausstellung zum „Jahr der Taufe“ in der Dekade der Reformation: „Ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen“. Die Taufe als Ritual zwischen Brauchtum und Sakrament“

Eine Ausstellung in Kooperation mit dem evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Lüneburg. Die meisten Bundesbürger sind heutzutage noch getauft. Aus christlicher Sicht ein wichtiges Sakrament. Erinnerungen an die eigene Taufe haben nur die, welche abweichend von protestantischer und katholischer Sitte nicht als Säugling getauft wurden. Die Taufe ist verbunden mit weißen Kleidern, mit Taufgeschenken, Taufsprüchen und -bibeln, einer oftmals aufwendig zelebrierten Feier. Mit der Taufe wird man zum Christen. Wie kam es zu diesem Ritus, wie sieht ein solcher Ritus ggf. bei anderen Religionen aus? In der „Dekade der Reformation“, kurz vor dem 500-jährigen Jubiläum der Lutherschen 95 Thesen, will das Ostpreußische Landesmuseum den Fokus auf eines der wichtigsten Feste sowohl aus theologischer wie aus volkskundlicher Perspektive richten.

16. April bis 23. Oktober 2011 (Ausstellungseröffnung – Freitag, 15 April, 19 Uhr).

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch im Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Die Kreisgemeinschaft trauert um **Dr. Helmut Nickstadt**, geboren am 20. Mai 1930 in Lauknen, Kreis Labiau/Ostpreußen, später wohnhaft in Seckenburg, gestorben am 28. Februar 2011 in Hannover. Sein letzter Wohnort war Wunstorf. Er verstarb nach langer und schwerer Krankheit, begleitet von seinen nächsten Angehörigen und Freunden. Die ihm während dieser Zeit auf vielfältige Art und Weise entgegengebrachte Verbundenheit, insbesondere auch durch Landsleute der Kreisgemeinschaft, war auch zugleich Ausdruck von tiefer heimatlicher Geschlossenheit, die er sich durch sein Wirken als stellvertretender Kirchspielvertreter von Seckenburg erworben hat. So war er einer der ersten Landsleute, die nach der Perestroika die Heimat aufsuchten und Kontakte zu der dortigen Bevölkerung aufnahmen. Bei den in Folge entstandenen Hilfsprojekten für die Marktflecken Seckenburg und Rauterskirch sowie für das Krankenhaus Heinrichswalde war er durch sein immerwährendes Engagement maßgeblich beteiligt. Hierbei lag ihm die Verständigung, gepaart mit seiner ausgesprochenen Liebe zur Heimat, sehr am Herzen. Sein Rat und seine Tatkraft werden uns sehr fehlen. Er wird bei allen, die das Glück hatten, ihn näher gekannt zu haben, unvergessen sein. Im Namen des Vorstandes und aller ehrenamtlicher Mitarbeiter,

Manfred Romeike
Kreisvertreter



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@ freenet.de

Sonnabend, 19. März, Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster, Brachenfelder Straße 23 (unweit Rathaus). Herzliche Einladung zum 1. „Tag der offenen Tür“ im Jahr 2011. Ausstellungseröffnung **„Kunst aus unserer Patenstadt Neumünster – Fotokunst von Michael Ermel“**. Der Fotograf und Künstler Michael Ermel wird zur Eröffnung um 15.15 Uhr anwesend sein. Ab 16.15 Uhr werden Edelgard und Horst Lessing, Neumünster, ihren Vortrag zum Thema **„Nach Ostpreußen, von Ostpreußen – Die Vertriebenen- und Fluchtbewegungen einer Familie“** halten. Die Ausstellung Fotokunst von Michael Ermel wird bis zum 10. Juni zu sehen sein.

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Gerd Bandilla geehrt – Bei dem Treffen des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ am 19. Februar 2011 in Bad Pyrmont wurde Gerd Bandilla im Namen des Kreisausschusses für seine 25-jährige Tätigkeit als Kreisvertreter geehrt. Stellvertretender Kreisvertreter Siegmar Czerwinski sprach ehrende Worte und überreichte ein Geschenk. Ehefrau Else erhielt als die treu an seiner Seite Stehende einen Blumenstrauß.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Vorstand – Um personelle Lücken rasch zu schließen und den Vorstand arbeitsfähig zu machen hat die Stadtvertretung einigen Veränderungen im Vorstand ihre Zustimmung erteilt. Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Vorsitzender (komm.) Hans Dzieran, Schatzmeister Manfred Gesien, Beirat Erwin Feige, Beirat Alfred Rubbel, Beirat Manfred Urbschat. – **Neuerscheinung:** Wie bereits auf unserer Homepage www.tilsit-stadt.de angekündigt, hat die Stadtgemeinschaft eine neue Broschüre mit dem Titel „Als Tilsit verloren ging“ herausgegeben. Vor 66 Jahren mussten die Tilsiter den Verlust ihrer Heimatstadt erleben. Die Stadt fiel am 20. Januar 1945 in sowjetische Hand. In der Broschüre wird der Frage nachgegangen, wie es zum Verlust der Stadt am Memelstrom kam. Sie beschreibt auf 40 Seiten mit zahlreichen Karten und Fotos den Fall der Stadt aus militärhistorischer Sicht. Damit wird ein bisher vernachlässigtes Kapitel Tilsiter Vergangenheit aufgearbeitet und eine Lücke in der Stadtgeschichte geschlossen. Das Heft ist auf Spendenbasis erhältlich und kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit auf der genannten Homepage oder unter der E-Mail-Adresse flogni2@freenet.de angefordert werden.

Trakehner erfolgreich

Neumünster – Bereits bei der ersten Prüfung der diesjährigen VR Classics waren zwei gekörte Trakehner-Hengste topplatziert: Im FEI-Prix St. Georges der Kleinen Tour ritt Alexandra Bimschas den zehnjährigen Karolinger TSF auf Platz zwei. Anna-Lena Kracht und der ein Jahr jüngere Kasimir v. Ivernel/Charly Chaplin (Z: Petra Wilm) wurden Fünfte. In der FEI-Inter I am folgenden Tag verbesserten sich beide Trakehnerhengste noch: Kasimir und Anna-Lena Kracht belegten Platz zwei, Karolinger TSF und Alexandra Bimschas rangierten knapp dahinter.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

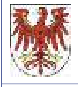


Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt –Sonnabend, 2. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen Tilsit-Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, Tilsit-Stadt bei Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.

Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 7. April, 14 Uhr, „Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Referat „Landleben in Ostpreußen“. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 771 2354.



Gumbinnen – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr, Café Stresemann, Stresemannstraße 90, 10965 Berlin. Anfragen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oberhavel – Sonnabend, 19. März, 10 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus in Oranienburg: Hauptversammlung der Kreisgruppe Oberhavel. Schwerpunkt der Tagesordnung: Neuwahl des Kreisvorstandes. Zu dieser wichtigen Versammlung bittet der Vorstand um zahlreiches Erscheinen. Mit Ihrer Anwesenheit dokumentieren Sie die Treue zur Heimat. Terminvorankündigung: Gemäß Arbeitsplan findet am 16. April um 14 Uhr das alljährliche Frühlingsfest mit Modenschau in der Gaststätte Niegisch in Schmachtenhagen statt.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Donnerstag, 31. März, Hotel zur Post: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Bericht des Vorsitzenden, 5. Ressortberichte, 6. Kassenbericht, 7. Kassenprüfungsbericht, 8. Aussprache, 9. Entlastung des Vorstandes, 10. Ergänzungswahl (Kassenführer und Kassenprüfer), 11. Wahl eines Ehrenmitgliedes, 12. Verschiedenes. Die Punkte 1–3 der Tagesordnung finden im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt. Sodann folgen die satzungsgemäßen Regularien der Punkte 4–12. Anträge zur Mitgliederversammlung sind bis zum 24. März an die Geschäftsstelle zu richten! Zum Abschluss wird die Bremer Autorin Truxi Knierim, die bereits im November 2009 einen Vortrag gehalten hatte, erneut mit Sagen und Geschichten aus dem Werk der Danziger Märchenfrau Elsa Faber von Bockelmann, aber auch aus eigenen Werken, vortragen.

Bremerhaven – Blumen für **62 Jahre Mitgliedschaft**. Auf der Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Heimatkreis Elbing wurde Lisbeth Westphal für 62 Jahre Treue zur Landsmannschaft mit einem Blumengruß geehrt. Vorsitzende Marita Jachens-Paul, die selbst seit 30 Jahren im Vorstand tätig ist, davon die letzten 12 Jahre als Vorsitzende, konnte 33 Mitglieder begrüßen, die bei den **turnusmäßigen Wahlen** folgende Vorstandsmitglieder (wieder-) wählten: 1. Vorstizende Marita Jachens-Paul; stellvertretende Vorsitzende Barbara Sandmann und Klaus Eichholz; Kassenwart Wolfgang Paul; stellvertretender Kassenwart Jürgen Sandmann; Schriftführerin Barbara Sandmann; stellvertretender Schriftführer Jürgen Sandmann; Kassenprüfer, Gretel Lingk und Gisela Andres. Vertreterin Westpreußen Edeltraut Hahn. Vertreter Elbing, Klaus Eichholz; Delegierte zur Landesgruppe: kraft Amtes Marita Jachens-Paul, Barbara Sandmann, Wolfgang Paul. Ersatzdelegierte: Jürgen Sandmann, Klaus Eichholz. Festausschuss: Ella Till, Gretel Lingk, Stefanie Flotow. Alle Wahlen erfolgten einstimmig ohne Gegenkandidaten. Die Wahlleitung hatte der Landesvorsitzende Bremen, Helmut Gutzeit, übernommen, der die Grüße der Ostpreußen-Landesgruppe überbrachte. Gutzeit gratulierte Barbara und Jürgen Sandmann zur Verleihung der Goldenen Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen für „hervorragende Verdienste um Geschichte, Kultur und Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen“, Die obligatorischen Berichte der Vorstandsmitglieder einschließlich des Kassenberichtes wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Entlastung erfolgte einstimmig. 12 Mitglieder aus Bremerhaven werden vom 27. bis 29. Mai nach Erfurt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen fahren. Die Delegiertentagung des Landesverbands findet am 20. Mai in Bremerhaven statt. Auf dem nächsten Kulturnachmittag am 25. März im Barlachhaus soll der Film „Sail 2010 in Bremerhaven“ gezeigt werden. Nach Abschluss der Jahreshauptversammlung gab es ein zünftiges Bockwurstessen.



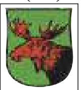
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, **Delegiertenversammlung** der Landesgruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Alle Bezirks- und Gruppenleiter mit ihren Delegierten sind herzlich eingeladen.

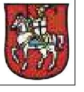
Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt vom 27. bis 29. Mai. Es sind ein paar Plätze frei geworden! Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai um 7.30 Uhr, Hamburg-Kirchenallee (gegenüber dem Hauptbahnhof). Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai, 16 Uhr. Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: pro Person im DZ 154 Euro, EZ-Zuschlag 40 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang zu den Sehenswürdigkeiten mit einem Stadtführer oder eine Besichtigung des Mariendoms zu Erfurt unter fachkundiger Führung. Abendbuffet am Anreisetag. Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Auskünfte und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.



Elchniederung – Mittwoch, 6. April, 15 Uhr, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hoheweide, U-Bahn Christuskirche: Kulturnachmittag. Nach dem Kaffee soll in einer gemütlichen Runde mit Vorträgen, frohen Liedern und Musik der Frühling angelockt werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Entritt: 2 Euro.



Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar.



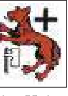
Osterode – Sonnabend, 19. März, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Einladung zum gemeinsamen Frühlingssingen mit Musikbegleitung. Eintritt frei. Gäste sind mit oder ohne Kappe herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 10. April, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Dr. Hella Lembke und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai, Litauen. An der Orgel: Gernot Fries. Im Anschluss: Gespräch im Gemeindesaal bei Tee und Gebäck. Die St. Johanniskirche ist per S-Bahnlinien S3 und S31 (Station Harburg-Rathaus) in 10 Minuten Fußweg zu erreichen. Pkw-Stellplätze vorhanden.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. März, 15 Uhr: Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an…“

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonntag, 2. April, 14 Uhr, AWO Seniorentreff am Bauerbergweg 7: Die Heimatkreisgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen sollen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden verbracht werden. Vortrag zur Patienten-Verfügung und Vorsorge-Vollmacht. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt zu erreichen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Vortrag 5 Euro. Anmeldung bei Lm. K. Wien, Telefon (040)30067092 bis Freitag, 1. April.



Insterburg – Mittwoch, 6. April, 13 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 12, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Heimatgruppe. Zum heiteren, kulturellen Frühlingsprogramm sind Gäste und neue Mitglieder herzlich willkommen! Rückfragen bei: Manfred Samel, Telefon und Fax: (040) 587585.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 25. März, 15 Uhr, Soziales Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Jahreshauptversammlung, Jahresrückschau und –ausblick und Offenes Singen „Komm doch, lieber Frühling…!“



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

LANDESGRUPPE

Kassel – Dienstag, 5. April, 14.30 Uhr Restaurant „Alt Süsterfeld“, Eifelweg. Ab 15 Uhr zeigt Herr Kl.-D. Leder, LM Schlesien, in einem Dia-Vortrag westpreußische Stadtansichten.

KREISGRUPPE

Dillenburg – Mittwoch, 30. März, Café Eckstein, Königsberger Straße: **Monatsversammlung** der Kreisgruppe Dillenburg. Nach dem Kaffeetrinken wird Wolfgang Post aus Herborn einen Diavortrag über seine Wanderfahrt durch das Memelland und das nördliche Ostpreußen halten. Gäste sind herzlich willkommen. – Bei der letzten Monatsversammlung gab der Vorsitzende Lothar Hoffmann zunächst einen kurzen **Rückblick über das vergangene Jahr**. Wie immer stand in den ersten Monaten die Erinnerung an Flucht und Vertreibung im Vordergrund. Nach dem Kaffeetrinken las Urte Schwidrich zwei Schmunzelgeschichten vor. In „Der geschenkte Fastnachtskrapfen“ fahren die Eltern mit dem Pferdeschlitten in die Stadt zum Einkaufen. Mutter besorgt zum Schluss noch eine Mandel (15 Stück) Fastnachtskrapfen beim Bäcker. Auf der Rückfahrt kippt der Schlitten in einer Schneewehe um, die Krapfen fallen aus der Tüte in den Schnee und gefrieren bei der Kälte sofort. Sie werden mühsam – ohne nachzuzählen – eingesammelt. Zuhause werden sie, noch gefroren und voller Schnee, auf einen Teller gelegt und dann sofort gegessen. Dabei stellt sich heraus, dass einer zuviel dabei ist. Die Kleinste der Familie beißt gerade in den gefrorenen – Pferdeapfel! – Der „Schlittenhund“ ist der große Hofhund, den der Bauernsohn vor seinen Schlitten spannt, um damit zum Rodelberg zu fahren. Der Hund zieht vor allem nach der Abfahrt den Schlitten wieder den Berg hinauf. Der Nachbarjunge behauptet, sein Kater könne das auch. Er baut aus einer Zigarrenkiste einen Schlitten mit den Kanten einer Blechdose als Kufen. Weil er selber für den Kater zu schwer ist, bindet er seinen Teddybären auf den Schlitten. Als sie so zum Rodelberg kommen, sieht der Schlittenhund den Kater und jagt ihn durch die Gegend, bis sich der Kater auf einen Baum flüchtet, samt Schlitten und Teddy. Dann legte Herbert Schulz eine CD mit lustigen Geschichten in ostpreußischem Dialekt auf. Anschließend las Urte Schwidrich noch Betrachtungen über die Vorteile des Kachelofens, der einser Zuhause in Ostpreußen so gemütlich machte, teils in ostpreußischer Mundart. Zum Schluss wurde bekannt gegeben, dass Treffpunkt für den Ausflug nach Bad Ems am Mittwoch, dem 27. April, um 10 Uhr, beim Café Eckstein sein wird. Weitere Zusteigemöglichkeiten gibt es in Herborn und Sinn. Die Rückkehr wird gegen 19 Uhr sein.

Wiesbaden – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 55, Wiesbaden: Jahreshauptversammlung und Vortrag des früheren Vorsitzenden Horst Dietrich „Wird Königsberg mehr und mehr zu Königsberg?“ Zu der vorgeschriebenen Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) lädt der Vorstand mit folgender Tagesordnung herzlich ein: 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellung der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorsitzenden, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Punkten 3 und 4, 7. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2010, 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil und dem Vortrag ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – herrschte bei der gut aufgelegten und farbenprächtige Narrenschar, als sie von der stellvertretenden Vorsitzenden Helga Kukwa mit einem dreifach „Ostpreußen helau“ zum närrischen „Kreppelkaffee-Nachmittag“ begrüßt wurde Bereits zuvor hatte der eigens aus Berlin angereiste Stimmungsmacher Nico Hollmann das Publikum mit flotten Schunkelliedern in Schwung gebracht. Das vom Vorsitzenden Dieter Schetat zusammengestellte dreistündige Programm konnte sich wieder sehen lassen. Zündende Büttenreden der Wiesbadener Karnevalsprofis reichten von Stefan Fink, dem Sitzungspräsidenten der Kolpingfamilie Wiesbaden-Zentral, in der Rolle des „Handkäs'–Königs“ über Jo Mauer, Sitzungspräsident der „Käuzchern“, der sich so seine Gedanken als „Werdender Senior“ machte, bis zu den legendären „Gartenzwergen“ des Karneval-Clubs Wiesbaden mit ihren „politischen und unpolitischen Glossen“ und dem legendären Lied von dem jungen Mädchen „Amanda“. Aus eigenen Reihen trug Familie Budau (Elbing), ihres Zeichens leidenschaftliche Fastnachter, wesentlich zum tollen

Programm bei. Als Protokoller ließ Hans-Georg Budau das Jahr Revue passieren mit dem Resümee „Ick wunder mich über jarnuscht mehr“. Mit Sohn Mathias und Peter Bender stand er mit der Gesangsgruppe „Old Daddies“ nochmals auf der Bühne. Und Mathias Budau erfreute bei seinem zweiten Auftritt mit Dr. Markus Hübenthal das Publikum mit Stimmungsliedern zum Klatschen und Mitsingen. Auch die beiden Damen der Familie begeisterten das Auditorium. Tanja FaulhaberBudau klagte unter dem Motto „Mutter sein ist ganz schön schwer“, und Re-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

nate Budau setzte noch einen gesanglichen Höhepunkt mit Otto Reuters „Nehm'n Se'n Alten". Präsentiert wurde das närrische Geschehen vom Vorsitzenden der Pommerschen Landsmannschaft Stadtrat Manfred Laubmeyer. Alle Akteure erhielten ihren verdienten Beifall und wurden mit dem „flüssigen Hausorden" der Landsmannschaft ausgezeichnet, den typisch ostpreußischen Spirituosen „Bärenfang" und „Machandel".



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Jahreshauptversammlung. Der Vorstand würde sich über das Erscheinen vieler Mitglieder freuen. – Vom 28. bis 29. Mai fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Abfahrt ist am 28. Mai um 7 Uhr ab Braunschweig. Preis pro Person 129 Euro, Einzelzimmerzuschlag 18 Euro. Eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel Quality in Gotha. Weitere Informationen und Anmeldung bei Horst Neumann, Telefon (0531) 338640. Es sind noch Plätze frei!

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Hannover – Freitag, 25. März: Jahreshauptversammlung im Ruderclub, Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah). Neuwahlen stehen an. Um Anregungen und Vorschläge wird gebeten. **Terminänderung:** Das Frühlingsfest der LO und der Pommerngruppe findet am Freitag, 8. April statt. Treffpunkt: Ihme-Terrassen. – Für die Fahrt zum Bundestreffen der LO nach Erfurt vom 27. bis 29. Mai sind nur noch wenige Plätze frei. Gegebenenfalls beim Busunternehmen nachfragen, Telefon (05132) 584089. Auch für den Ausflug am 24. Juni zum Spargelessen und zum Backtheater in Walsrode sind noch Plätze frei. Bitte melden bei R. Kulikowski, Telefon (05101) 2530.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

KREISGRUPPE

Düsseldorf – Mittwoch, 30. März, 18 Uhr, GHH/Foyer Eichendorff-Saal: Ausstellungseröffnung „Wer war Eduard von Simson?" 18.30 bis 20 Uhr: GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Singen der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. Leitung Radostina Hristova. – 19 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Filmvorführung „Polin. Spuren der Erinnerung". – Donnerstag, 31. März, GHH / Konferenzraum: Lesung mit Frank Schablewski „Paul Celan – I. Schmuhell".

Essen – Auf der Jahreshauptversammlung wurde beschlossen, das Versammlungslokal zu wechseln. Die Kreisgruppe Essen trifft sich ab dem 18. März nicht mehr in der Stern Quelle, Schäferstraße 17, sondern in der Gaststätte „Gastronomie St. Elisabeth", Dollendorfstraße 51, 45144 Essen. Die Gaststätte ist mit der Straßenbahn 109, Haltestelle „Kieler Straße" gut zu erreichen. Von der Haltestelle bis zur Gaststätte sind maximal 5 Minuten zu laufen.

Gütersloh – Montag, 21. März, 15 – 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Info: Ursula Witt (05241) 29211.

Köln – Dienstag, 5. April, 14 Uhr, Kolpinghaus International, St. Apernstraße 32: Heimatnachmittag. Umfangreiches Ostpreußenprogramm „Frühling im Land" mit Gedichten, Geschichten und Liedern. Höhepunkt der Veranstaltung wird ein Diavortrag der Fotojounalistin Marianne Neumann über das Thema „Von Rügen nach Memel und weiter ins Memelland" sein. Vorbereitung auf die VHS-Fahrt im August. – Freitag, 15. April, 18.30 Uhr, Kolpinghotel International, St. Apern, Helenenstraße 32: X. Preußische Tafelrunde. Vortrag: Königin Luise, Auguste, Wilhelmine, Amalie zu Mecklenburg Strelitz von Prof. Dr. phil. Wolfgang Stribrny, 55566 Bad Sobernheim. Musikalische Umrahmung mit zeitgenössischer Musik, Piano: Frau Brummer, Flöte: Herr P. Riemer. Essen zur Wahl auf eigene Kosten, bitte anmelden: 1. Ein Pfund Spargel „bürgerlich" mit zerlassener Butter und Salzkartoffeln, zirka 18 Euro; 2. Kalter Bratenteller mit Remoulade und Bratkartoffeln, 13,50 Euro; 3. Paniertes Schnitzel mit Rahmchampignons, Kroketten und kleinem Salat, 13,50 Euro; 4. Großer Salatteller mit Ei, Schinkenstreifen, Käse, Tomaten, Gurken und Brot, 12,50 Euro. Zu allen Gerichten Suppe und Dessert. Anmeldungen: D. Taruttis, Telefon (0221) 791616, montags und donnerstags (0221) 22126645, Mobil (0177) 5649427.



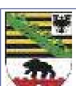
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

KREISGRUPPE

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Osterfeier.

Weiden – Die Kreisgruppe traf sich zur **Jahreshauptversammlung im Gemeindezentrum** Kreuz Christi. Der 1. Vorsitzende Hans Poweleit begrüßte viele Mitglieder und Gäste und dankte Frau Ilse Stark für ihre Unterstützung. Er stellte danach das weitere Jahresprogramm vor. Geplant sind eine Osterfeier, eine Muttertagsfeier, ein Gartenfest, ein Erntedankfest und eine Vorweihnachtsfeier. Poweleit verwies auch auf den Maibaumaufbau und das Gartenfest des Heimatrings Weiden. Er betonte, dass sich die Kreisgruppe Weiden durch besonderen Zusammenhalt auszeichne und sich die Mitglieder und Gäste bei den Versammlungen wohlfühlen. Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte den Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern. Der 2. Vorsitzende Norbert Uschald lud die Landsleute zum Bundestreffen der Landsmannschaft am 28. und 29. Mai nach Erfurt ein. Er sprach das Streitthema Egerer Stadtwald an und informierte die Anwesenden über den Einspruch der Bundesrepublik gegen das Regensburger Gerichtsurteil zur Aufhebung der Treuhandschaft des Bundes. Im Anschluss daran feierte man noch Fasching. Ingrid Uschald stieg in die Bütt und trug heitere Gedanken vor. Frau Schober, Edith Poweleit, Ingrid und Anita Uschald hatten mit Küchel und Kuchen zur Verköstigung beigetragen. Die Kinder Katharina, Barbara und Andreas Uschald trugen ein Zirkuslied vor und Norbert Uschald spielte Stimmungslieder. Ilse Stark ließ noch mit Hilfe eines Kassettenrekorders Faschingslieder erklingen. Nach dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich mit guten Wünschen bis zum 3. April.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 5. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – 16.30 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Vorstandssitzung.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – Ausstellungseröffnung „Frühlingspoesie" in Jakobi, Freitag, 18. März um 19.30 Uhr Gemeindehaus Jakobi, Knooper Weg 53. Das „Frühlingspotpourri" wird von Kirsten und Julian Redlin, (Gesang) und Thomas Walther (Klavier) vorgetragen. Bis 22 Uhr ist Verkauf. Rechtzeitig zum Frühlingsanfang präsentiert die Arbeitsgemeinschaft „HILFE für EUCH" ihre Handarbeiten aus Ostpreußen. Da blüht es zart auf Kissen und Decken, Bändern und Beuteln. Für frische Tücher in Küche und Bad aus Leinen oder bestickt ist ebenso gesorgt wie für praktische Schürzen und Topflappen. Zarte Filethäkelei und filigrane Weißstickerei gibt es und viele, viele Geschenkartikel für jeden Geldbeutel. Warme handgestrickte Socken und Sachen für Kinder erweitern die Auswahl. Auch Honig und Bernstein aus Ostpreußen, selbstgemachter Bärenfang und köstliches Marzipankonfekt werden angeboten. Die Handarbeiten wurden in einem Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekt in Ostpreußen von Frauen gefertigt, die damit für ihre Familien ein Zubrot erarbeiten. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die ausnahmslos ehrenamtlich arbeiten, bringen den Frauen auf ihren Versorgungsfahrten die vorbereiteten Materialien, nehmen fertige Arbeiten mit zurück und bieten sie auf Ausstellungen im norddeutschen Raum an. Der Erlös geht an die Frauen und ihre Familien sowie an mehrere hundert weitere Bedürftige, die die Arbeitsgemeinschaft seit Jahren betreut.

Mölln – Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Quellenhof Mölln: Vortrag von Brigitte Hildebrand über „Die tragische Geschichte der Dekabristen im zaristischen Russland". Junge Adlige und Offiziere hatten eine Verschwörung gebildet und eine Verfassung verlangt. Es kam zu einem Aufstand, der im Dezember 1825 („Dekabristen" vom russischen Wort „Dekabr" für Dezember) auf Anordnung des Zaren niedergeschlagen wurde. Die Ausführungen von Brigitte Hildebrand werden sehr interessant sein, so dass die Gäste sich auf einen spannenden Vortrag freuen können. Zu dieser Veranstaltung sind auch wieder Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln herzlich eingeladen. Gleichzeitig wird auf die Jahreshauptversammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) am Freitag, dem 25. März, 15 Uhr im Quellenhof hingewiesen.

Schwarzenbek – Traditionelles ostpreußisches Wurstessen. Die Erinnerung an die Heimat hielten die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Gaumenfreuden wach. Am Freitag, dem 25. Februar, trafen sich 60 Personen in Schröders Hotel zum traditionellen Wurstessen. Seit vielen Jahren gibt es heiße Leber- und Grützwurst, Bauchfleisch mit Senf, Sauerkraut, Erbsenpüree und Spirkel, vorweg eine heiße Wurstsuppe. Bei guter Stimmung und Vorträgen von Mitgliedern über alte Zeiten in Ostpreußen konnte Herr Thater den Bürgervorseher Karsten Beckmann mit Gattin sowie Gäste der Pommerschen Landsmannschaft und dazu noch vier neue Mitglieder begrüßen. Leider konnten einige ältere Mitglieder nicht teilnehmen.

Uetersen – Auf der **Jahresversammlung** der Uetersener Ost- und Westpreußen-Gruppe am 11. Februar um 15 Uhr im Haus „Ueterst End", Kirchenstraße 7, konnte der Vorsitzende Joachim Rudat 30 Mitglieder und Gäste begrüßen. Nach erfolgter Totenehrung, bei der sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben hatten, bat Joachim Rudat um Genehmigung des Protokolls vom 5. Februar, das er zuvor vorgelesen hatte. Dem wurde entsprochen. Es folgte eine kurze Unterbrechung für die Gratulation der Mitglieder, die seit der zurückliegenden Adventsfeier Geburtstag hatten. Außerdem bedankte sich der Vorsitzende bei den fleißigen Vorstandsmitgliedern und Helfern für ihren Einsatz seit der letzten Jahresversammlung mit einem kleinen Präsent. Anschließend gab der Schriftführer Dietrich Müller in seinem Jahresbericht einen Überblick über die Aktivitäten des Vereins und wie viele Besucher dar-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

an teilgenommen hatten. Der Kassenbericht der Schatzmeisterin Ingrid Becker ergab eine gute Kassenlage. Einige Mitglieder seien allerdings mit ihrer Beitragszahlung in Verzug. Leider erklärte sie, dass sie das Amt der Schatzmeisterin aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterführen könne. Nach diesem Schock war keiner aus der Versammlung bereit, dieses Amt zu übernehmen. Daraufhin wurde die stellvertretende Kassenführerin Ursula Engelhorn gebeten, die Kassengeschäfte bis zum Jahresende weiterzuführen. Dazu war sie bereit. Den Prüfungsbericht der Kassenrevision für das Vereinsjahr 2010 gab Walter Gerlach. Nach Prüfung der Kassenunterlagen mit Erna Heidecke in der Wohnung der Schatzmeisterin stellten sie eine ordentliche Kassenführung fest. Die Kassenlage ist gut, so dass der Verein seinen finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen kann. Daher wurde für die Kassenführerin und den Vorstand Entlastung beantragt. Dem wurde seitens der Versammlung einstimmig entsprochen. Da in diesem Jahr nach der neuen Satzung keine Wahlen anstanden, kam man zu den letzten beiden Punkten der Tagesordnung: Vorlage und Erläuterung des Jahresprogramms und Verschiedenes. Wortmeldungen hierzu erfolgten nicht. Nach Beendigung der vorstehenden Tagesordnung gab es eine Pause mit Kaffee und Kuchen. Im Anschluss sahen alle noch einen alten Video-Film aus Ostpreußen, der vor dem letzten Krieg entstand. – „Die Rolle der westlichen Alliierten bei der Flucht und Vertreibung“ hatte Herr Frank-Rainer Seelert aus Bassum das Thema seines Vortrags vor der Kreisgruppe genannt, dem fast 50 Mitglieder und Gäste gebannt lauschten. Bei „Vertreibung“ denkt wohl jeder Ostdeutsche zuerst an Sowjets und Polen, die er meist unmittelbar in dieser Eigenschaft erlebt hat. Der Vortragende wies aber darauf hin, wie viele Völkerverschiebungen, Umsiedlungen, Vertreibungen, Massenwanderungen in Europa im vorigen Jahrhundert stattfanden, wobei Vertreiber und Opfer oft wechselten. Bezogen auf die Vertreibung der Deutschen lieferte Churchill, der sich der polnischen Exilregierung in seinem Land verpflichtet fühlte, die ergiebigsten Methoden, deren Nutznießer die UdSSR, Polen und Tschechen waren. Mit vielen Details zeigte der Vortragende die Entwicklung auf, die unter anderem durch die „Atlantik-Charta“ im Februar 1944 veranlasst wurde. Darin wurde der Verzicht auf territoriale Veränderungen durch die Westmächte gegeben, was sich aber als Theorie erwies. Gegen die von Churchill vorgeschlagene Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands protestierten die USA, die nur der Abtrennung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens zustimmten. Über die Curzon-Linie als polnisch-russische Grenze wurde diskutiert, später über die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze, die die USA ablehnten. Stalin sah die Entscheidung gelassen, da seine Armee durch den raschen Vormarsch sowieso schon in Gebieten stand, aus denen die meisten Deutschen geflohen waren. Angst bereitete den Flüchtlingen jetzt die sowjetische Propaganda. Die „Potsdamer Konferenz“ im Juli 1945 betonte, dass „die Überführung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten ordnungsgemäß und human“ zu erfolgen habe. Zu dieser Zeit war aber die „wilde“ Vertreibung schon in vollem Gange (vollgestopfte Güterzüge, die von Polen ausgeplündert wurden). Furchtbare Verbrechen haben sich bei Flucht und Vertreibung abgespielt, die heute keiner mehr erwähnt. Die USA haben wohl versucht, zur Mäßigung zu mahnen, die treibende Kraft war Großbritannien, dem ein wirtschaftlich starkes Deutschland schon lange ein Dorn im Auge war. – Die in dem Vortrag aufgedeckte Entwicklung wirkte erschütternd und bedrückend. Lebhafte Diskussionen hielten die Zuhörer noch lange beieinander. Der Wunsch nach schriftlicher Darlegung der Zusammenhänge zur Weitergabe an die nächste Generation wurde erneut geäußert. Herrn Seelert ist für diesen Vortrag sehr zu danken.

Zu Kaisers Zeiten geboren

»Trakehner Urgestein« Fritz Alshuth feierte in Bad Oldesloe seinen 100. Geburtstag

Als im Jahr 2007 der Trakehnenverein erstmalig nach dem Zweiten Weltkrieg in Trakehnen das 275-jährige Gründungsjubiläum des ehemaligen Hauptgestüts feiern konnte, war unter den Gästen aus ganz Europa auch der damals 96-jährige Studiendirektor Fritz Alshuth. Trotz seines hohen Alters war es ihm ein persönliches Bedürfnis, erneut an den Ort seiner Kindheit und Jugendzeit zurückzukehren und an jener Festveranstaltung teilzunehmen. Fritz Alshuth ist Trakehner Urgestein. Am 12. März 1911 wurde er noch zu Kaisers Zeiten im preußischen Hauptgestüt Trakehnen als Sohn des dort amtierenden Oberrentmeisters, Waldemar Alshuth, geboren.

Mit Herz und Seele ist er seiner Heimat, jenem viel gerühmten Heiligtum der Pferde, verwurzelt geblieben. Im Januar 1990, der Kalte Krieg war endlich beendet, war er einer der Ersten aus dem Westen, der sich per Schiff nach Memel und von dort mit dem Taxi nach Trakehnen auf den Weg gemacht hatte. Er erinnert sich: „Viele Bauten waren nur noch als Ruinen erkennbar, so der große Getreidespeicher, der Hauptbeschälerstall, einzelne Paddocks und der legendäre Boxen- und Jagdstall.“ Trotz aller Bitternis darüber hatte er w u n d e r b a r e Kindheits- und Jugenderlebnisse wieder vor Augen: „Wir, meine Eltern, Geschwister und ich, wohnten im Haus der Gestütskasse. Diese lag zwischen dem Alten Hof und dem Neuen Hof oberhalb des Flüsschens Rodopp. Das durchdringende Wiehern der Hengste ist mir heute noch im Ohr. Von meinem Elternhaus aus konnte ich jahrelang den Hauptbeschäler Ararad beobachten.“ In Trakehnen war zu jener Zeit Reiten für jeden Jungen eher eine willkommene Kür als eine Pflicht. So hatte Fritz Alshuth zunächst seine ersten Reitstunden bei Gestütswärter Urbansky an der Longe. Später erhielt er regelmäßig Reitunterricht und durfte dann als Jungendlicher an Geländeritten und Reitjagden teilnehmen. Sattelmeister Kiaulehn war für ihn ein guter und strenger Lehrmeister. „So mancher herrliche Ausritt führte von Bajohrgallen, wo die gemischtfarbene Herde stand, über das Gelände mit Reitdamm und Judenbach an den Gurdszer Eschen vorbei. Auf diese Weise lernte ich auf wunderbare Weise die Gefilde meiner Heimat kennen.“

Reiten: eher Kür als Pflicht für ostpreußische Jungs

Als Gymnasiast musste er zusammen mit anderen Fahrschülern morgens um sieben Uhr die zwischen Post und Hotel Elch wartende „Glaskutsche“ im Winter und im Sommer die „Linie“, bespannt mit zwei schnellen Pferden, erreichen, die sie zum Bahnhof Trakehnen brachten, um von dort aus mit der Bahn nach Gumbinnen zu gelangen. Seinem langjährigen Schulfreund Hans Graf Lehndorff, Sohn des damaligen Landstallmeisters, begegnete Fritz Alshuth später wieder in Berlin, als er dort Germanistik und Musik studierte.

Seine erste Anstellung als Studienassessor hatte Alshuth am Bismarckgymnasium in Sommerfeld in der Niederlausitz. Gleich zu Beginn des Krieges 1939 wurde er als Infanterist eingezogen. Den Krieg erlebte er an der Front in Polen, in Frankreich, in Griechenland und in Russland. Ende 1942 wurde Fritz Alshuth wegen einer schweren Erkrankung aus dem Kriegsdienst entlassen. Flucht und Vertreibung blieben Alshuth mit seiner Familie gegen Ende des Krieges nicht erspart. Von Sommerfeld waren sie zunächst nach Potsdam gelangt. Von dort ging es dann im August 1945 weiter nach Mecklenburg, um dort die Eltern im Remonteamt Perlin zu treffen, wohin die Trakehner Gestütsverwaltung mit einem Teil der Trakehner Pferde geflüchtet war.


Fritz Alshuth: Der Jubilar erinnert sich oft an die Heimat. Bild: H.W.

Seiner Heimat und den Trakehnern stets verbunden

Auf einem Handwagen befand sich die gesamte Habe der Familie, obenauf die drei kleinen Kinder, während die Eltern ihn zogen und schoben. Nach mehr als 200 Kilometern erreichten sie Ende September ihr Ziel. Es war ein freudiges Wiedersehen mit den Eltern, weiteren Familienmitgliedern sowie Landstallmeister Dr. Ehlert und seiner Familie. Die nächsten vier Monate arbeitete Alshuth als Melker bei einer Kuhherde, welche die Russen requiriert und zu einer Herde zusammengetrieben hatten. Ende Januar 1946 ergab sich die Gelegenheit, legal in den Westen überzusiedeln. Eine gefahrvolle Irrfahrt im Güterwagen brachte die Familie Alshuth schließlich nach Henstedt nördlich von Hamburg. An den Schulen wurden Lehrer gebraucht. So fand Franz Alshuth sehr schnell eine Anstellung als Deutsch- und Musiklehrer am Theodor-Mommsen-Gymnasium in Bad Oldesloe, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1976 gewirkt hat.

Über viele Jahre hinweg hat er regelmäßig den Trakehner Hengstmarkt in Neumünster besucht. In treuer Verbundenheit zu Trakehnen war Fritz Alshuth 1993 Gründungsmitglied des Trakehnervereins. Besonders eindrucksvoll sind seine „Erinnerungen an Trakehnen“, die er für seine Kinder und deren Nachkommen aufgeschrieben hat. Die Liebe zur Musik und zum Musizieren auf dem Klavier hat ihn in seinem Lebensmut bis zum heutigen Tag immer wieder bestärkt. Am 12. März hat der Jubilar in Bad Oldesloe im Kreis seiner drei Kinder, zwölf Enkel und sieben Urenkel und deren Familien zusammen mit zahlreichen Freunden und ehemaligen Schülern den 100. Geburtstag festlich begangen. *Horst Willer*

Ein Eltern-teil; Weltmacht (Abk.); das Einziehen der Luft; Feier, Party (ugs.); balgen, raufen; Pflanze mit fleischigen Blättern; Verfassungsurkunde; poetisch: Qualm, Dampf, Dunst; Arbeitsgruppe; Mannschaft; Roman von Émile Zola; ein Streupulver; weibliches Haustier; Ausdehnungsbegriff; Landstreitkräfte; Leichtathlet; Segelschiff; tief eintreiben (Pfahl); Verpackungsgewicht; die Position ermitteln; Ausruf des Staunens; Widerwille; Nichtfachmann; diebischer Vogel; früher als; Teigware; Handpflege; Körperteil von Fischen; Situation; das junge Getreide; Pfleger von Grünanlagen; begründeter Anspruch; Kultbild der Ostkirche; Schlussstellung, Sieg im Schach; Höhenlage; Bildungsstand; engl.-amerik. Längenmaß; wie im Rausch gehen; unermesslich; stark basische Verbindung; Äbtissin; spanischer Tenor (José); Rempler beim Eishockey; junges Rind; Musik: an keine Tonart gebunden; Scheitelpunkt; Anzeige, Inserat; Senkblei; Vulkan in der östlichen Türkei; achte Stufe der diaton. Tonleiter; männliche Anrede; gleichförmiger Ablauf im Leben; meist ungiftige Schlange; Wettkampfstätte; Manege; russ. Währungseinheit; dänische Stadt auf Fünen; ausdruckslos blicken; westafrik. Binnenstaat; Peddigrohr; rechter Nebenfluss der Donau; Sondervergütung; Riese d. griechischen Sage; Vorlesung an Hochschulen; unverfälscht; Grünfläche im Dorf; Campingartikel; Hahnenfußgewächs; unzuverlässig, illoyal; Vortrag; Abhandlung; erstes sichtbares Zeichen; Adelsprädikat; ein Marder; englisches Bier; umgeknickte Heftecke; ungebundene Form der Sprache; Gebirge zwischen Europa u. Asien; Ruhemöbelstück; regsam und wendig; Aufgeld; ein Balte; große Menge; Fischfett; Zitterpappel; Brutstätte; blassroter Farbton; Widersacher, Feind; Strudelwirkung; erfahren, bewandert; kurz für in dem; Auerochse; Körnerfrucht; griechischer Liebesgott; musikalisches Werk; auf diese Weise; römischer Kaiser; Schafrasse; Gewinn, Ausbeute

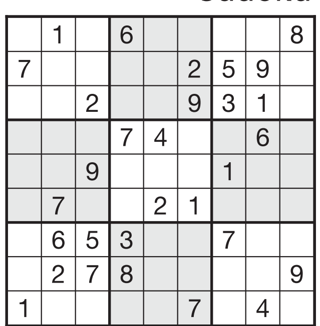
PAZ11_11

Sudoku

	1		6					8
7					2	5	9	
		2			9	3	1	
			7	4			6	
		9				1		
	7			2	1			
	6	5	3			7		
	2	7	8					9
1					7		4	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



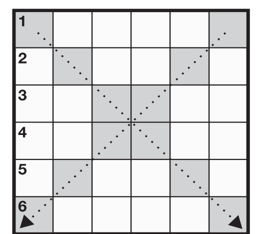
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen.

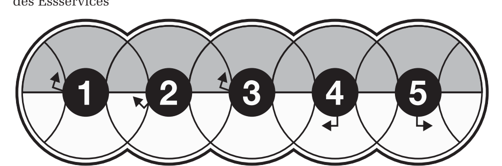
1 seelischer Schock
2 Unterkante des Daches
3 Zeichenkunst
4 Lenkvorrichtung
5 Hahnenfußgewächs
6 Rennpferd

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine schwingende Membran im Ohr.

1 starkes Schiffstau, **2** Jahreszeit, **3** Kürbisgewächs, **4** Rasensportler, **5** Teil des Essservices





So ist's richtig:

A F A C B T T H
MUTTER GEHER EINMASTER
SE TARA A OHA A LAIE
RAMMEN VOR D MANIKUERE
H GAERTNER BA U F L
FLOSSE TAUMELN IMMENS
ALKALI E D CHECK A IT
GE ANNONCE H I OKTAVE
ZENIT CB ALLTAG NATTER
HERR O RUBEL OA
R RATTAN BONUS
NIGER ARGUS DA T
UNTREU A AKELEI
ANSATZ VON CE
PROSA N ESELSOHR
E AGIL LETTE
FUELLE TA E T N
VERSIERT GEGNER
RA E REIS EROS
CALIGULA OPUS SO
T MERINO ERTRAG

Diagonalrätsel: 1. Trauma, 2. Traufe, 3. Grafik, 4. Steuer, 5. Akelei, 6. Traber – Trauer, Affekt

Kreiskette: 1. Trosse, 2. Sommer, 3. Melone, 4. Golfer, 5. Teller – Trommelfell

Sudoku:

9	1	4	6	5	3	2	7	8
7	3	6	1	8	2	5	9	4
5	8	2	4	7	9	3	1	6
3	5	1	7	4	8	9	6	2
2	4	9	5	3	6	1	8	7
6	7	8	9	2	1	4	5	3
8	6	5	3	9	4	7	2	1
4	2	7	8	1	5	6	3	9
1	9	3	2	6	7	8	4	5

Quo vadis Heimatstube?

35 Museumsleiter und -betreuer nahmen am zweiten Treffen des BKM-geförderten Beratungs-Projekts teil

Fünfunddreißig Leiter und Betreuer von schlesischen Heimatsammlungen versammelten sich Anfang März im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott, um über die Zukunft ihrer Einrichtungen zu beraten. Es ist die zweite Begegnung im Rahmen des vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderten Projektes zur „Beratung der Betreiber schlesischer Heimatstuben“.

Die Gefahr ist heute deutlicher denn je, dass die seit den 1950er Jahren in engagierter Kleinarbeit zusammengetragenen Sammlungen mit kulturellen, religiösen und alltäglichen Erinnerungsstücken sowie Dokumenten, Büchern, Gemälden und auserwählten Objekten aus der Heimat keine erfreuliche Zukunftsperspektive haben. Das liegt zum einen daran, dass die häufig ehrenamtlich tätigen Betreuerinnen und Betreuer altersbedingt abtreten und die Nachfolge geregelt werden muss. Zum anderen stehen viele Heimatstuben in Anbetracht der abnehmenden Besucherzahlen und der wachsenden Sparzwänge vor dem Problem der Raumsicherung. Immer weniger Kommunen sind bereit, die benötigten Räume weiterhin zu den bisherigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.

Nicola Remig, die Museumsleiterin des Gastgeberhauses, betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass man mit der Heimatstubentagung die Teilnehmer dahingehend unterstützen will, die Fülle der schlesischen Kulturgüter möglichst an ihren Sammlungsorten behalten zu können. Angedacht ist eine Vermittlerfunktion zwischen den Verantwortlichen für die Heimatstuben und den zuständigen Vertretern der jeweiligen deutschen Standortgemeinden. Im Interesse der Aufrechterhaltung und des Weiterwirkens der Heimatsammlungen ist es erforderlich, dass ihre öffentliche Wahrnehmung und die Kontaktpflege insbesondere zur mittleren und jungen Generation verbessert werden.

Existenzgefahr wegen abnehmender Besucherzahlen

Großer Beratungs- und Informationsbedarf besteht auch darin, praxisbezogene Anleitungen in rechtlichen und versicherungstechnischen Fragen zu bekommen. Gerade angesichts der akuten Problematik sei es – so die Historikerin Dorothee Herbert – dringend erforderlich, dass alle Beteiligten eng zusammenarbeiten. Es gilt zu verhindern, dass wertvolles schlesisches Kulturgut verloren geht. Einen interessanten Programmpunkt bestritt Silke Findeisen, die im Haus Schlesien seit mehr als 10 Jahren für die Schwerpunkte Bibliothek, Archiv und Sammlung zuständig ist. In ihrer Präsentation ging es vorrangig um Fragen rund um den Themenblock „Der rote Faden: Inventarisierung und Dokumentation“. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Bestände ihrer Heimatstuben einen beträchtlichen kulturhistorischen und zeitgeschichtlichen Wert haben, der viel höher einzustufen ist, als der bloße Erinnerungswert für die Betroffenen.



Haus Schlesien: Teilnehmer der Beratungsveranstaltung erhalten praktisches Wissen. Bild: D.G.

Zur Debatte stand allerdings, ob die Registrierung, Inventarisierung und detaillierte Beschreibung der einzelnen Sammlungsstücke handschriftlich, mit der alten Schreibmaschine oder gar mit dem Computer erfolgen soll. Da Letzteres nicht nur PC-Fitness voraussetzt, sondern auch mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, müssen so manche Betreiber der Einrichtungen noch überlegen, inwiefern sie diese „Hürde“ nehmen können.

Bei einer Führung durch die aktuelle Sonder- und Dauerausstellungsbereiche des Museums für schlesische Landeskunde zeigte Nicola Remig, wie Kulturgut und Erinnerungsstücke didaktisch bestens aufgearbeitet werden können. Die Haus Schlesien-Mitarbeiterinnen Alexandra Marquetant und Silke Findeisen begleiteten die Arbeitsgruppen und verwiesen auf Möglichkeiten für objektorientierte oder historisch orientierte Präsentationen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als große Chance

Ein weiterer Themenblock des Heimatstuben-Treffens stand unter dem Motto „In die Zukunft schauen“ und bezog sich auf Kooperationen der Heimatstuben mit deutschen und polnischen Institutionen. Dr. Gregor Ploch, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen, stellte Beispiele von grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit polnischen Institutionen vor.

Hans Joachim Nitschke, zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg, bot Einblicke in die mühselige Entstehung eines erfolgreichen Kooperationsprojektes, die in der zweisprachigen Ausstellung „Exodus des Bartschtals – Vertreibungen, Umsiedlungen und Neuanfang von Deutschen und Polen“ gipfelten. Die guten Gespräche und Kontakte zwischen den ehemaligen und jetzigen Bewohnern der Region rund um das Bartschtal waren nicht selbstverständlich. Sie sind durch viel persönliches Engagement und auch aufgrund einiger glücklicher Umstände zustandegekommen. *Dieter Göllner*

Erwin kann wieder hören

Die Fördergesellschaft Ostpreußenhilfe e.V. verhilft Menschen zu neuer Lebensqualität

Das ist unmeeglich! Ich kann wieder heeren!“ trompetet es in „scheenstem Ostpreußisch“ aus dem Telefonhörer. „Ich bin’s, Erwin. Alle Leute im Dorf sagen schon: Der Erwin kann wieder heeren!. Ich kann alles verstehen, was sich die Menschen erzählen, und wieder mitreden. So ein Glückstag, scheener als jeder Geburtstag! Ich kann das nicht fassen. Dank, Dank an alle Menschen, die mir ein neues Leben beschert haben!“

„Das war auch für mich ein glücklicher Tag“, berichtete Gisela Peitsch in der Jahresversammlung der Fördergesellschaft „Ostpreußenhilfe e.V.“. Auslöser dafür war ein Hörgerät, das das Hilfswerk dank großzügiger Unterstützung treuer Spender beschaffen konnte. Und die 1. Vorsitzende berichtet von weiteren besonderen Hilfen: Eine ständige Betreuung für eine schwerkranke, bettlägerige Frau, die bis dahin allein im Haus aushalten musste. Geld für eine sofortige lebenserhaltende Operation.

Lebensmittelpakete und Geld für Kohlen

Menschen, die wieder sehen oder gehen können, durch entsprechende Hilfsmittel. „Ich hatte nur noch vier Kartoffeln“, schrieb eine bettelarme, kranke alte Frau. „Und nun hatte ich durch Euer Lebensmittelpaket die schönsten Weihnachten seit Kriegsende und Nahrung für lange.“ „Als das Geldgeschenk kam, habe ich mir sofort reichlich Kohlen schon für den nächsten Winter gekauft. So frieren wie jetzt möchte ich nicht wieder.“

„Mit Tränen in den Augen schreibe ich diesen Brief, lese ich“, so Gisela Peitsch. „Ich finde keine Worte für die große Mühe und das große Herz, um uns eine Freude und zugleich Hilfe zu machen. Das baut uns auf, dass noch jemand an uns denkt. Und wir vertrauen auf unseren Gott, der Euch segnen möge und alle, die helfen.“

„Das lesen und hören wir immer wieder: Ein Glaube, der bei uns selten geworden ist! Not lehrt beten. Unsere christliche Antwort darauf heißt: Nächstenliebe. Ja, wir denken weiter an die nun meistens hinfällig gewordenen Landsleute im alten deutschen Osten. Und die vielen Spender in der ganzen Bundesrepublik sorgen dafür, daß die Verlassenen in der Heimat nicht ganz verlassen sind. Besonders danken wir für oft über drei Jahrzehnten Treue, so dem Landfrauenverein Nenndorf und der Karl Ditze-Stiftung, Hamburg.“ *EB*

50 Jahre Zahnarzt

Helmut Kondritz wurde 100 Jahre alt

Am 13. März wurde Dr. med. dent. Helmut Kondritz 100 Jahre alt. Er feierte goldenes Approbationsjubiläum in Buchholz i. d. Nordheide. Am 14. Dezember 1934 erhielt er in Königsberg die Berechtigung zur Berufsausübung eines Zahnarztes. 1935 promovierte er zum Dr. med. dent. Kondritz wurde 1911 in Klein Lensk, Kreis Neidenburg, geboren. Dieser Zipfel Ostpreußens wurde nach dem Ersten Weltkrieg ohne Abstimmung an Polen abgetreten. Der Vater, von Beruf Lehrer, erhielt eine Stelle im Kreis Pr. Holland. Helmut Kondritz machte in Marienburg / Westpreußen Abitur, studierte Zahnheilkunde in Königsberg und Wien. 1935/36 folgte ein Jahr Wehrdienst. 1937 übernahm er die Praxis von Dr. Gande in Elbing. 1939 wurde Dr. Kondritz wieder Soldat, zunächst Truppenoffizier im IR 45, später wechselte er in den Sanitätsdienst. Zuletzt war er Stabsarzt (Z.). Ab 1945 war er am Krankenhaus in Harburg Chefarzt bzw. Leitender Krankenhausarzt. Seit 1976 ist er im Ruhestand. Seine Frau Gertrud Kondritz, geb. Horn, aus Elbing machte 1944 Abitur in Königsberg und studierte ebenfalls Zahnheilkunde. Ihr Studium schloss sie nach dem Krieg in Hamburg ab und promovierte zum Dr. med.dent. Das Ehepaar lebt heute in Buchholz in der Nordheide. *EB*

Wenn das Langhorn trötet

Hirtenmuseum im Frankenstädtchen Hersbruck feiert Jubiläum

Spätestens dann, wenn in Hersbruck das laute Patschen der Ringelpeitschen, das Tröten des Langhorns und die Laute der Schalmei auf der Straße zu hören sind, wissen die Bewohner des Frankenstädtchens: Heute ist Hirtentag! Zum 80. Mal fand nun der traditionelle Hirtentag statt. Seit 1931 ist dort der Treffpunkt der Rinderhirten des Hersbrucker Landes.

Der Berufsstand der Hirten wachte über den früher wichtigsten Besitz der Menschen: die Nutztiere. Deshalb waren die Hirten bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts bei den jeweiligen Gemeinden angestellt.

Aktive Hirten kamen noch bis zum Jahr 1967 am Dreikönigstag zu ihrem „obersten“ Festtag. Dazu brachten sie viele alte Gegenstände für das Museum mit, zogen durch die Stadt und erzählten in geselliger Runde aus ihrem Leben.

Aus geselligem Treffen entwickelte sich das Museum

Aus diesem Treffen entwickelte sich der „Hirtentag“, den der damalige Museumsleiter, der Maler Ernst Pflaumer, ins Leben rief. Seit 1973 wird dieser Brauch als Museumsfest weitergeführt, bei dem es traditionelle Volksmusik, altes Brauchtum und regionale Schmankerl gibt.

Das Museum befindet sich in einem ehemaligen Ackerbürgerhaus aus dem 16. Jahrhundert. Im denkmalgeschützten Fachwerkensemble, dem Eisenhüttlein, werkelten bereits seit Jahrhunderten die Handwerker im Hersbrucker Altstadtkern. Entstanden war die Idee eines Heimatmuseums bereits im Jahre 1905. Der Bäckermeister und Landwirt Johann Paul Holzmann überließ 1926 der Stadt seinen Bauernhof gegen eine Leibrente. Zehn Jahre später konnte darin das Museum eröffnet werden, in dem heute noch die originale Wohnstube erhalten ist.

Unabhängig davon hatte der Landwirt, Baustoffhändler und Stadtrat Rudolf Wetzer bereits ab 1925 begonnen, Gegenstände der Hirtenkultur zu sammeln. Er war es auch, der 1931 die Hirten der Umgebung zum ersten Hirtentreffen nach Hersbruck einlud. Bereits beim zweiten Treffen 1932 waren über 60 Hirten anwesend und brachten 48 der heute im Museum erhaltene Stükke mit. Darunter waren Schellenbögen, ein Horn, Bücher, handgeschriebene Gedichte, die Hirtenrufe sowie ein selbstgebasteltes Hochrad.

Mit dieser Sammlung ist das Deutsche Hirtenmuseum heute das einzige Spezialmuseum in Deutschland zum Hirtenwesen. Kleidung, Gerätschaften und kunsthandwerkliche Arbeiten von Hirten aus aller Welt geben Einblicke in einen der ältesten Berufe der Welt. Viele Weidetiere tragen Glocken und Schellen um den Hals. Die farbig bemalten hölzernen Schellenbögen waren besonders in Franken verbreitet und sind in ihrer Vielfalt im Museum ausgestellt. Die Bögen waren Eigentum des jeweiligen Hirten und wurden an die Eigentümer der Tiere gegen Entgelt verliehen. Zudem wurde im Museum eine komplette Schellenschmiede aufgebaut. In handschriftlichen Kurierbüchern haben die Hirten ihr Wissen über die Heilkräfte der Natur für Mensch und Tier aufgezeichnet. Pflanzliche Rezepturen, aber auch den einen oder anderen Zauberspruch kann man hier nachlesen.

In der Heimatabteilung sind alte Spielsachen, Lithografien sowie eine Zinnsoldatensammlung zu sehen. Diese umfasst heute etwa 10000 der ursprünglich 55000 Soldaten – der Rest verschwand nach dem Zweiten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten.

Der gesamte Bestand des Museums wird im Laufe der nächsten Jahre nach modernsten museumsdidaktischen Grundsätzen neu präsentiert. Als erste Abteilung wurde nach einer umfassenden Renovierung die Dauerausstellung „Mensch und Tier“ auf 250 Quadratmetern eröffnet. Die informative und unterhaltsame Abteilung führt in die vielschichtige Thematik des Verhältnisses zwischen Mensch und Tier ein. Medienstationen mit Kurzfilmen zur Stallhaltung, Fütterung, Schlachtung sowie zur Käse- und Lederherstellung werden durch Mitmach-Stationen wie unter dem Motto „Wer ist stärker – Sie oder die Kuh“ ergänzt.

Zudem bietet das Museum ein pädagogisches Programm an, das für Vorschul- und Schulkinder Themen wie „Unser tägliches Brot“, „Von der Kuh zur Butter“, „Was ist Leder?“ oder „Vom Schaf zum Anzug“ verständlich darstellt. Mehrere Sonderausstellungen im Jahr runden das Angebot ab – so wird bis zum 15. Mai unter dem Motto „Die süße Verführung“ Wissenswertes um die Herstellung von Zucker, Kakao und Schokolade präsentiert.

Sonderausstellung über »süße Verführung« Schokolade

Auch das Schaf-Fest am ersten Sonntag im Mai ist schon Tradition. Seltene Schafrassen gibt es ebenso zu sehen wie Vorführungen vom Filzen, Spinnen, Weben und Färben mit einem großen Handwerkermarkt rund um Wolle, Leder und Fell.

Manfred E. Fritsche

Das Deutsche Hirtenmuseum, Eisenhüttlein 7, 91217 Hersbruck, ist Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet, Eintritt 3 / 1 Euro.



Hirtenmuseum: Informationen über einen Berufsstand Bild: Fritsche

IN KÜRZE

Glück geht über drei Ecken

Das Glück eines Einzelnen überträgt sich auf bis zu drei Knoten eines sozialen Netzwerks, zeigt die Statistik. Glück strebt offenbar danach, sich auf mehrere zu verteilen. Unglück hingegen bleibt bei sich. Das klingt mystisch, ist aber statistisch nachzuweisen, wie ein amerikanisches Forscherteam herausgefunden hat. „Wir haben festgestellt, dass der emotionale Zustand einer Person mitunter von den gefühlsmäßigen Ereignissen anderer Leute, die diese Person nicht einmal kennen muss, abhängt. Diese Leute können zwei bis drei Ecken von einem Individuum entfernt sein“, erklärt Nicholas Christakis von der Harvard Medical School. Mehr als zwei Jahre werteten Christakis und sein Kollege James Fowler die Daten von rund 5000 Personen aus, die über 20 Jahre lang die wichtigsten Ereignisse in ihrem Leben wie etwa Heirat, Geburt eines Kindes, Krankheit, Scheidung, Tod eines Angehörigen festgehalten haben. Positive Ereignisse können sich der Untersuchung zu Folge von einem Individuum auf einen Freund und von dort wiederum auf einen Freund von diesem Freund übertragen. Dabei gilt offenbar: Je näher die miteinander sozial verbundenen Menschen zueinander leben, desto „ansteckender“ ist das Glück.

Konkret zeigte sich, dass der Ehepartner beziehungsweise die Ehepartnerin der betreffenden Person eine um acht Prozent höhere Aussicht auf Glück hat, ein Freund oder eine Freundin, der oder die weniger als eineinhalb Kilometer entfernt wohnt, erfährt eine um 25 Prozent größere Chance auf Glück, und der Nachbar beziehungsweise die Nachbarin, der oder die direkt neben der betreffenden Person wohnt, hat sogar eine um 34 Prozent höhere Möglichkeit. *C. W.*

Eine Frau mit vielen Gesichtern

Zum 100. Geburtstag der unvergessenen Brigitte Horney

Man kennt ihr Gesicht noch aus Fernsehserien wie „Der Kommissar“ oder „Derrick“. Zum Publikumsliebling aber wurde die am 29. März 1911 in Berlin-Dahlem geborene Brigitte Horney erst im reifen Alter. 1980 spielte sie sich als Tante Polly in der deutsch-kanadischen Fernsehverfilmung von „Tom Sawyer und Huckleberry Finn“ in das Herz der jugendlichen Zuschauer. Neun Jahre (1981 bis 1988) verkörperte sie in „Jacob und Adele“ die weibliche Hauptrolle und wurde zum absoluten „Muss“ am Fernsehabend der „älteren Semester“. Als mopsfidele Rentner besuchten die Protagonisten Jacob und Adele eine Diskothek, ein andermal betätigten sie sich als Detektive und unternahmen viele Reisen. Schließlich wurde Brigitte Horney für eine der weiblichen Hauptrollen in der Fernsehserie „Das Erbe der Guldenburgs“ ausgewählt, die in mancher Hinsicht als die deutsche Antwort auf „Dallas“ und „Denver Clan“ angesehen wurde und sehr erfolgreich war. Drei Tage nach dem Abdrehen der zweiten Staffel der „Guldenburgs“ starb Brigitte Horney am 27. Juli 1988. Das Drehbuch der dritten Staffel musste daher vollkommen umgeschrieben werden.

Schon als kleines Kind erkrankte Brigitte Horney an Tuberkulose und musste mehrfach in der Schweiz behandelt werden. Dennoch konnte sie eine umfassende Allgemeinbildung erwerben. Ihre vermögenden Eltern ermöglichten ihr außerdem den Besuch von Schauspiel- und Tanzschulen, unter anderem bei Mary Wigman. Nach einigen Theaterauftritten in Würzburg, Berlin, Zürich und Göttingen erhielt sie 1930 ihre erste Filmrolle in „Abschied“ unter der Regie von Robert Siodmak. Später übernahm sie Engagements in patriotischen Filmen wie „Ein Mann will nach Deutschland“, „Der Katzensteg“ (nach Hermann Sudermann), „Feinde“, „Ziel in den Wolken“, „Aufruhr in Damaskus“ und „Der Gouverneur“. Dort verkörperte sie resolute, selbstbewusste Frauen, die dann, wenn die Lage kritisch wurde, ihren „Mann stehen“ konnten und zudem eine gewisse erotische Ausstrahlung verbreiteten. So war Horney in den 30er Jahren eine sehr gefragte Darstellerin. In den Jahren 1934, 1938 und 1939 wirkte sie jeweils in vier Filmen mit. Während der nationalsozialistischen Herrschaft verließ sie Deutschland nicht, machte aber Freundschaften weder von politischer Gesinnung noch von ethnischer oder religiöser Herkunft abhängig. 1940 heiratete sie Konstantin Irmen-Tschet, einen gebürtigen Russen, der bei dem Propagandafilm „Hitlerjunge Quex“ als Kameramann mitgearbeitet hatte. Die Ehe wurde 1954 geschieden.


Jacob und Adele: Brigitte Horney feierte an der Seite von Carl-Heinz Schroth TV-Erfolge. Bild: ZDF

1943 gehörte Brigitte Horney zu dem Aufgebot der Schauspieler, die in „Münchhausen“, dem vierten deutschen Farbfilm überhaupt, mitspielen durften. Mit diesem 6,5 Millionen Reichsmark teuren Streifen, dessen Drehbuch Erich Kästner mit Genehmigung von Josef Goebbels schreiben durfte, feierte die Ufa ihr 25-jähriges Bestehen. Trotz allem gab es für Brigitte Horney nicht den Durchbruch zum „großen Star“.

Nach Kriegsende konnte sie ab 1948 unangefochten ihre Karriere fortsetzen und in einigen bekannten Kinofilmen mitwirken. „Nacht fiel über Gotenhafen“, 1959 unter der Regie von Frank Wisbar aus Tilsit gedreht, und „Das Erbe von Björndahl“, 1961 unter der Regie von Gustav Ucicki entstanden, waren die bekanntesten Streifen, die auch heute einem breiten Publikum bekannt sind. Gelegentlich werden sie in den 3. Fernseh-Programmen wiederholt.

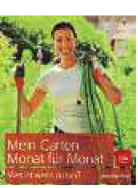
Nach dem Tod ihrer Mutter, der Psychoanalytikerin Karen Horney, zog Brigitte Horney nach Boston, um deren Lebenswerk und deren Poliklinik weiterzuführen. Sie erwarb die dortige Staatsbürgerschaft und heiratete den Kunsthistoriker Hanns Swarzenski, der seit 1948 in der Gemäldeabteilung des „Museum of Fine Arts“ in Boston tätig war und durch seine Bekanntschaft mit bedeutenden Künstlern wie Max Beckmann, Alexander Calder und Henry Moore der Abteilung für zeitgenössische Skulptur einige wichtige Werke vermitteln konnte.

Das „Metropolitan Museum of Art“ in New York vergibt jährlich ein „Hanns Swarzenski und Brigitte Horney-Swarzenski Forschungsstipendium“ an junge Kunsthistoriker. *Hans Lody / os*

Der Garten wartet

Neue praktische Ratgeber erschienen

Im April erwartet Gartenfreunde wieder die beliebte Pelargonien-Ausstellung in der Kleinen Orangerie des Schlosses Charlottenburg. Während der Ausstellung geben Experten in der Gartensprechstunde Tipps für prächtige Blüten. Doch schon jetzt kribbelt es den Gartenfreunden und Hobbygärtnern in den Fingern. Der lange und klirrend kalte Winter hat sie „ausgebremst“. Gehölze hätten schon längst beschnitten werden müssen. Für Rosen ist allerdings der Monat April der günstigste Zeitpunkt, die Rosenschere zu zücken, um abgestorbene Zweige zu kürzen. Wie das geht, das hat Sebastian Fuchs in einem handlichen und gut verständlichen Ratgeber zusammengefasst. Er schreibt natürlich nicht nur über Rosen, sondern gibt Tipps, wie der Garten Monat für Monat zeitgerecht gepflegt werden kann. Auch die Pflanzen auf Balkon und Terrasse hat er nicht vergessen. Sogar Gemüsegärtner kommen auf ihre Kosten. – Ein Gartenbuch, das Schritt für Schritt praktische Anleitungen gibt und viele Hintergrundinformationen bereit hält.



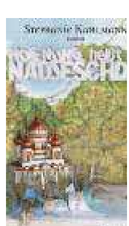
Blumenbeete sind der Mittelpunkt eines prachtvollen Gartens. Nicht immer aber hat der Hobbygärtner Zeit, diese Pracht zu pflegen. Ein Ratgeber von Ute Bauer hält Tipps parat, wie man ideale Blumen für den jeweiligen Standort findet und welche Pflanzkombinationen Freude bereiten. Pflanzpläne und Grafiken erleichtern die Anlage und zeigen die Vielfalt der Möglichkeiten. „Pflegeleichte“ Pflanzen wie Stauden, Gräser oder Gehölze sind robust und ideal für Hobbygärtner, die nicht allzu viel Zeit arbeitend im Garten verbringen wollen, sondern die Pracht auch genießen wollen. *os*



Sebastian Fuchs: „Mein Garten Monat für Monat – Was ist dann zu tun?“, blv, München 2011, 160 Seiten, broschiert, 14,95 Euro

Ute Bauer: „Mein schöner Blumengarten – Pflegeleichte Beete – einfach gestalten“, blv, München 2011, 122 Seiten, broschiert, 14,95 Euro

Die Pelargonien-Ausstellung „Blüten und Düfte der Pelargonien“ ist vom 20. bis 24. April täglich von 11 bis 17 Uhr im Schloss Charlottenburg, Kleine Orangerie, Berlin, zu sehen, Eintritt: 2 / 1 Euro. Die Gartensprechstunde in der Pelargonien-Ausstellung findet am 23. April von 10 bis 12 Uhr statt.



Versöhnung muss folgen

Spurensuche in Ostpreußen

Bei Stephanie Kuhlmanns Roman „Hoffnung heißt Nadjeschda“ ist der Titel sozusagen Programm. In ihrem teils fiktiven, teils autobiographischen Roman berichtet die Autorin von einer Frau namens Sarah, die sich auf die Reise zum Geburtsort ihres Vaters macht, um sich den Schauplatz der lieb gewonnenen Geschichten einmal persönlich anzuschauen.

Waldhausen heißt heute Bjereschkowskoje und liegt im heute russischen Teil Ostpreußens. Voller Euphorie macht sich Sarah mit ihrem Mann Georg auf die Reise, immer auf den Spuren der Vergangenheit ihres Vaters. Aber schon bald muss sie erkennen, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Denn auch wenn sie von den Orten der Kindheit ihres Vaters wie verzaubert ist, so sind auch der Verfall der Häuser und historischen Gebäude sowie die allgegenwärtige Armut nicht zu übersehen.

Doch Sarah lässt sich nicht entmutigen. Gespannt und voller Erwartungen macht sie sich mit Georg in einem verwilderten Waldstück auf die Suche nach dem Elternhaus ihres Vaters. Als die beiden kurz davor sind, die Suche abzubrechen, meint Sarah jedoch etwas zu spüren: „Die vertrockneten Blätter rascheln unter meinen Schuhen. Ganz in der Nähe ruft er wieder, der Kukkuck. Ich gehe noch ein paar Schritte weiter in den Wald und bleibe dann wie vom Blitz getroffen stehen ... Erst sehe ich nur ein paar Ziegelsteine zwischen den Blättern liegen, dann geht es Schlag auf Schlag. Erdhügel, ein bemoostes Treppengeländer. Auf den Hügeln liegen dunkelgrüne und weiße Kacheln, die an unterschiedlichen Stellen abgesplittert sind. Es ist wie auf einem Schlachtfeld ... Die Kindheit meines Vaters liegt zerbrochen vor meinen Füßen.“

Die Kindheit des Vaters vor den Füßen

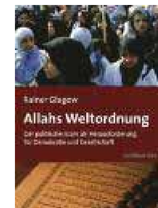
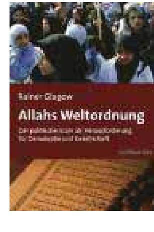
Stephanie Kuhlmann gelingt es in ihrem Roman „Hoffnung heißt Nadjeschda“, den Leser für Ostpreußen zu begeistern. Einerseits durch die Tatsache, dass dieses Gebiet noch heute vielen Deutschen, die vor nun mehr sechs Jahrzehnten die Flucht antreten mussten, sehr viel bedeutet. Aber andererseits auch durch ihre junge und unverbrauchte Sichtweise, mit welcher sie das Land und vor allem die Leute, deren Gastfreundlichkeit und Herzlichkeit, dort wahrgenommen hat.

In dem Roman der gebürtigen Hamburgerin vermischen sich persönliche Erlebnisse und Eindrücke mit fiktiver Handlung. Dabei wird deutlich spürbar, wie sehr es Stephanie Kuhlmann am Herzen liegt, mit ihrem Roman die Wichtigkeit der „deutsch-russische Verständigung“ hervorzuheben. Denn wohin Sarah und Georg sich auch wenden, ob es die flotte Kellnerin im Restaurant ist, der quirlige Fremdenführer oder die leidenschaftliche Restauratorin, sie stoßen überall nur auf Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft.

Obwohl die Traurigkeit der Geschichte immer noch durchschimmert, richtet die Autorin ihre Aufmerksamkeit nicht auf die dunkle Zeit der Vertreibung und Umsiedlung der Menschen, sondern strebt eine hoffnungsvolle Zukunft an, eine Zukunft der fortwährenden Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschen und Russen. Wie der Titel schon andeutet, ist dies ein Buch über Hoffnung, denn Hoffnung heißt Nadjeschda. *Vanessa Ney*

***Stephanie Kuhlmann, „Hoffnung heißt Nadjeschda“**, Bod, Norderstedt 2010, broschiert, 280 Seiten, 19,80 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.

Horrorszenario Emirat Almanya

Orientalist spielt mit dem Gedanken, was passiert, wenn der Islam obsiegt

Arthur Schopenhauers Verdikt von vor gut 150 Jahren scheint höchst aktuell: Der Islam ist die „traurigste und ärmlichste Gestalt des Theismus“, der Koran „ein schlechtes Buch“, aber „hinreichend, eine Weltreligion zu begründen“, obwohl man darin „keinen einzigen wertvollen Gedanken entdecken“ könne. Dem würden heute zahlreiche Autoren zustimmen, die erst in ihren Schlüssen auseinander streben: Die einen prophezeien, dass der Islam eines nahen Tages an seiner Kulturlosigkeit und dogmatischen Enge „untergehen“ wird – die anderen sagen, der Islam habe sich seit rund 600 Jahren zielstrebig zu dieser religiös getarnten Gewaltideologie entwickelt, die nun die ganze Welt unterjochen möchte.

Zur zweiten Gruppe gehört Rainer Glagow (*1941), Orientalist mit langjähriger Berufserfahrung in islamischen Ländern, der am 26. Juli 2010 verstarb. Posthum erschien sein Buch „Allahs Weltordnung“, das aus der derzeitigen Fülle von Islam-Büchern herausragt. Es beginnt mit einem Horror-Szenario aus dem „Emirat Almanya“, zu dem Deutschland Ende des 21. Jahrhunderts durch die Dummheit deutscher Multikulti-Gutmenschen und die Feigheit deutscher Politiker geworden ist. Anders als Frankreich, Polen oder Russland, die „nationale Traditionen“ noch ehrten und unkontrollierte Immigration von Muslimen frühzeitig einschränkten, war Deutschland unter die Herrschaft der Muslime geraten, verfiel zur „Konföderation von ethnisch und religiös-politisch geprägten Kantonen“, wo nur noch eine „beträchtlich geschrumpfte“ Zahl von Deutschen lebten, die „Rudimentärdeutsch“ sprachen und mittels „Scharia“ und Terror geduckt wurden.

Polemiker und Kenner des Islam zugleich

Auf diesen einführenden Seiten erweist sich Glagow als fesselnder Polemiker, die nachfolgenden historischen Ausführungen zur Entstehung des politischen Islam zeigen ihn als soliden Sachkenner. Mit souveräner Ruhe erläutert er, dass der Islam nicht von Anfang an seine „Janusköpfigkeit“ aufwies als Religion und alleinverbindliche Rechts-, Sozial- und Politikordnung, aber durch den ihm immanenten Minderwertigkeitskomplex gegenüber Juden und Christen immer stärker einer aggressiven Orthodoxie anheimfiel, die jeden Gedanken an Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung des Individuums ablehnt, ja als Gotteslästerung verbietet. Das Resultat ist laut Glagow verheerend: „Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber die meisten Terroristen sind Muslime.“

Mit diesem Islam ist kein Dialog oder Kompromiss möglich: „Islamische und westliche Kultur leben in der gleichen Zeit, aber die Bewusstseinsebenen beider Systeme bewegen sich in unterschiedlichen Zeitaltern. Postmoderne stößt auf Mittelalter.“ Im 13. Jahrhundert geriet der Islam in die „Sackgasse“, in der er nach wie vor steckt, während gleichzeitig „das christliche Abendland seinen jahrhundertelangen wissenschaftlich-kulturellen Aufschwung begann“.

Die politischen Erschütterungen, die aus dem eskalierenden Zwiespalt zwischen islamischem Primitivismus und abendländischem Fortschritt resultieren, erläutert Glagow unter dem Stichwort „Einwanderung“, der er gerade für Deutschland verheerende Folgen zuschreibt. In früheren Jahrzehnten haben CDU- und SPD-Politiker sich unisono gegen das ungebremste Hereinströmen von Muslimen ausgesprochen. Heute, da sie zu Millionen angekommen sind, Integration verweigern und deutsche Sozialsysteme plündern, praktizieren deutsche Politiker eine spezifische Doppelbödigkeit: vollmundige Erklärungen, die Tatkraft und Entschlossenheit suggerieren und Feigheit vor konkreten Schritten: Je krimineller Ausländer sind, desto größer ihre Chance, niemals ausgewiesen zu werden. Das ist Deutschland, das nach Glagows Ansicht nur noch als mahnendes Exempel für die EU taugt, die verfiele, wenn sie den „Beitritt des islamisch-asiatischen Großstaates Türkei“ zuließe. *Wolf Oschlies*

***Rainer Glagow: „Allahs Weltordnung – Der politische Islam als Herausforderung für Demokratie und Gesellschaft“**, Edition D21, Holzheu Verlag, Mering 2010, 14,80 Euro*

Heitere Gelöstheit des Herzens

Herrliche Prosa der ostpreußischen Autorin Frieda Jung

„Ja, ich habe ein paar Lieder gesungen – aber lange nicht so schön wie die Lerche da draußen in der blauen Luft!“, bekannte Frieda Jung, als ihr 60. Geburtstag 1925 im Insterburger Rathaussaal begangen wurde. Die bescheidene Frau, die sich selbst als eine „schlichte Frau“ sah, „die mit ihren grauen Haaren noch immer die Menschen für gut hält, die hin und wieder gern ein wenig plattdeutsch spricht und fest an die Gottesschrift in Bibel, Wald und Sternen glaubt“, konnte auf ein Leben voller Schicksalsschläge zurückblicken.

Geboren am 4. Juni 1865 als Tochter eines Lehrers in Kiaulkehmen, Kreis Gumbinnen, verlor sie früh den Vater. Ihre Ehe mit einem ungeliebten Mann wurde nach einem Jahr geschieden; ihr einziges Kind verlor sie früh. Im harten Kampf um die Existenz bewährte sie sich – als Erzieherin und Gesellschafterin wirkte sie in vier verschiedenen Haushalten, bis sie als freie Schriftstellerin ein Auskommen fand. In Buddern, Kreis Angerburg, baute sie sich 1912 ihr Dichterheim auf, das sie allerdings im Ersten Weltkrieg bereits wieder verlassen musste. Auf Lesungen im mitteldeutschen Raum machte sie Freunde der Dichtkunst auch außerhalb Ostpreußens auf ihr Werk aufmerksam. Ihre Lyrikbände „Gedichte“, „Mairegen – Gottessegen“, „Freud und Leid“, „Gestern und heute“ sowie der nach ihrem Tod erschienene Band „Auch ich hab' mit dem Schmerz zu Tisch gesessen“ durften in keinem ostpreußischen Haushalt fehlen. Ihre Kindheitserinnerungen, die sie 1910 unter dem Titel „In der Morgensonne“ veröffentlichte, fanden einen großen Leserkreis. Sie schildert darin ihre frühen Lebensjahre in dem Schulhaus von Kiaulkehmen, die geprägt waren von finanziellen Einschränkungen. Dennoch blitzt aus fast jeder Zeile ein ursprünglicher Humor. So ist eines der schönsten Familienbücher der ostpreußischen Literatur entstanden. Nachzulesen jetzt in der Neuausgabe.

Als Frieda Jung am 14. Dezember 1929 in Insterburg starb, ging mit ihr eine Dichterin, die „Verse von letzter Lauterkeit“ geschaffen hat, wie Martin A. Borrmann es einmal ausdrückte: „Sie trösten durch ihre fast heitere Gelassenheit und Gelöstheit die Herzen derer, die, wie die Dichterin selbst, Schweres erlebt haben.“ Doch nicht nur Jungs Verse sind es wert, gelesen zu werden, auch die herrliche Prosa hat mehr als ein Augenmerk verdient. *Silke Osman*

***Frieda Jung: „In der Morgensonne. Kindheitserinnerungen“**, Husum Verlag, 167 Seiten, brosch., 7,95 Euro*



Das Böse schlechthin

»NS sells«: Eine weiteres Stück »Aufarbeitungsliteratur«

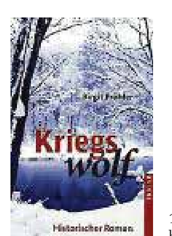
„NS sells“! Geradezu viktorianische Prüderie legen öffentliche Bibliotheken an den Tag, wenn es darum geht, originale Dokumente aus dem Nationalsozialismus zugänglich zu machen. (Versuchen Sie einmal, die Arbeit „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ von Reichsbankpräsident Walter Funk von 1943 auszuleihen!) Dagegen werden wir verschwenderisch mit einer Aufarbeitungsliteratur beglückt, die unter der Formel „XX unterm Hakenkreuz“ unendlich fortgeschrieben wird und vor allem junge Geisteswissenschaftler mit eher trüben Berufsaussichten als Karriereeinstieg lockt. Als neuester Beitrag der Reihe „Der Schuh im Nationalsozialismus – Eine Produktgeschichte im deutsch-britisch-amerikanischen Vergleich“, eine voluminöse Studie von 876 Seiten, mit der die Wirtschaftshistorikerin Anne Sudrow (* 1970) 2009 an der TU München promoviert wurde.

Im Prinzip kann die Gegenüberstellung nationaler Unterschiede im Umgang mit dem Produkt Schuh und damit verbundener Wissenschaft, Forschung, Produktion und dem Konsum, auch und gerade unter den Extrembedingungen des Krieges, durchaus erhellende Einsichten vermitteln. So fragt Sudrow berechtigt: Welchen Stellenwert hatten angesichts kriegsbedingter Rohstoffklemmen die staatlich geförderten Notschuhprogramme, die im Deutschen Reich auch die gezielte Entwicklung synthetischer „Ersatzmaterialien“ einschloss? Und weiter: Welchen Handlungsspielraum nutzte eine 1938 gegründete „Prüf- und Forschungsstelle Schuh- und Leistenbau“, die „eine Vervollkommnung der Fußbekleidung ... nach gesundheitlichen und zweckbedingten Gesichtspunkten“ (Satzung) anstrebte? Über die „Arbeitsgemeinschaft Schuhe“, ein Konsortium aus Vertretern von Forschung, Handwerk und Industrie, war die „Forschungsstelle“ unter anderem mit einer 1940 eingerichtete „Schuhprüfstrecke“ im KZ Sachsenhausen befasst, wo Häftlinge zum Testlaufen der durch die „Arbeitsgemeinschaft“ erarbeiteten Konzeptschuhe (Synthesematerialien, neue Modelle, Formen) eingesetzt wurden. Ein Kapitel deutscher Industrieforschung, auch wenn man bei dessen Behandlung methodisch der Autorin oft nicht folgen mag. Denn zwei gravierende Schwächen erschweren durchgängig die Lektüre: Die unübersehbare Voreingenommenheit der Autorin und der rahmensprengende Umfang der Studie, geprägt von Redundanzen und einem langatmigen Stil. Schnell wird auch klar, dass es der Autorin weniger um eine sachliche Darstellung von Fakten geht, als um das bekannte politische Ritual der moralischen Ächtung des Nationalsozialismus als das schlechthin Böse. Dabei ist nicht dieser Sprung in die Moraltheologie das Problem, sondern das Verfahren der Autorin, ihr Urteil nicht aus ihren Recherchen zu entwickeln, sondern am Beispiel der Schuhwirtschaft lediglich zu exemplifizieren. Das 1937 von den Nationalsozialisten eingerichtete „Reichskommissariat für Altmaterialverwertung“, das als Pionierprojekt eines staatlichen Engagements für Nachhaltigkeit gelten kann, wird von Sudrow mit einer Bevorzugung „minderwertiger“ Ersatzmaterialien in Verbindung gebracht und einer qualitativ überlegenen Produktionsdrosselung bei den Briten gegenübergestellt.

Dieses Mal stehen Schuhe im Zentrum

Dass in der Schuhforschung während der NS-Zeit keineswegs nur der Einfluss einer politischen Kamarilla zum Tragen kam, sondern ernsthaft an ein Bemühen um Fußgesundheit angeknüpft wurde, das im Kaiserreich geboren, über die Weimarer Republik weitergetragen wurde, sucht man in dieser hochideologischen Arbeit vergebens. Wer sich die Mühe macht, Spreu von Weizen zu trennen, kann allein aufgrund des Umfangs Funde machen. *Nike Breyer*

***Anne Sudrow: „Der Schuh im Nationalsozialismus“**, Wallstein, Göttingen 2010, geb., 876 Seiten, 69 Euro*



Preußischer Held

Roman um von Seydlitz

Die 1973 geborene Literaturwissenschaftlerin Birgit Fröhler beschloss bereits im Alter von elf Jahren, einen Roman über Friedrich Wilhelm von Seydlitz (1721–1773), einer der bedeutendsten Kavallerieführer Preußens, zu schreiben. Die Geschichten über den tollkühnen preußischen General begeisterten sie so langfristig, dass sie 25 Jahre später von der Idee immer noch begeistert war und den vorgenommenen Roman auch schrieb.

Autorin ist von dem tollkühnen General begeistert

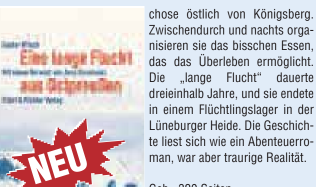
„Kriegswolf“ ist das Ergebnis, dem man anmerkt, dass von Seydlitz auch heute noch ein Held für die Autorin ist. Ambitioniert schildert sie den beruflichen Werdegang des verwegenen Reitersmanns im Verlauf der schlesischen Kriege, der, obwohl er Friedrich dem Großen auch Widerworte gab, das Ansehen des Königs genoss.

Fröhler verknüpft das Kriegshandwerk des Generals mit einer Liebesgeschichte und mysteriösen Ereignissen um den Oberstleutnant und Menschenschinder Schütz. Dieser kreuzt immer wieder den Weg von v. Seydlitz, ob nun im realen Leben oder in seinen Träumen.

Trotz aller Leidenschaft, die die Autorin in ihr Werk legt, will der Funke jedoch nicht wirklich überspringen. Hierfür müsste der Leser gewillt sein, in v. Seydlitz den Überhelden zu sehen und die Traumszenen zu akzeptieren. *Bel*

***Birgit Fröhler: „Kriegswolf“**, Triga, Gründau-Rothenbergen 2010, broschiert, 301 Seiten, 12,80 Euro*

Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen

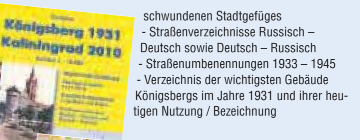


Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht" dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

€ 19,95

Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010



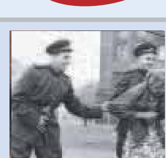
Maßstab 1 : 10.000
aktueller Plan Kalinngrads und neu gezeichneter Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kaliningrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.
Russische Straßennamen im Plan Kaliningrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen
Nebenkarten Amalienau/Rathshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges
- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung

Karte
75 x 50 cm,
gefalzt
15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067

€ 5,95

Wulf D. Wagner, Heinrich Lange
Das Königsberger Schloss, Bd. 2

Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 2. Von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung (1740-1967/68). Das Schicksal seiner Sammlungen nach 1945. Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preußischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrschersitze Nordosteuropas. Band 2 der Gesamtdarstellung zeichnet die Geschichte des Schlosses von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung 1968 nach und dokumentiert das Schicksal der Sammlungen nach 1945. Der Band beginnt mit der Huldigung Friedrichs des Großen 1740. Der weitere Weg der Schlossnutzung etwa als Residenz des russischen Gouverneurs im Siebenjährigen Krieg, als Wohnung der königlichen Familie 1806-1809 oder als Sitz von Behörden, in denen u. a. Heinrich von Schön und Joseph Freiherr von Eichendorff wirkten, vergegenwärtigt die wechselvolle Geschichte. Das 18. und 19. Jh. sind sowohl durch Verfall wie durch großartige Umbauentwürfe gekennzeichnet, die z. T. erstmals publiziert werden. Die Krönung Wilhelms I. 1861, für die F. A. Stüler das Schloss umbaute, steht im Zentrum der Ereignisse.

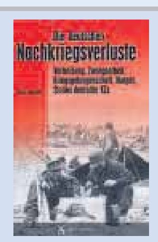




Nach Ende der Monarchie 1918 diente das Schloss als überregional bedeutendes Museum mit einer hervorragende Sammlung von Expressionisten und Gemälden von Lovis Corinth. Im zweiten Teil des Bandes wird die Zerstörung des Schlosses vom Bombenangriff 1944 bis zur letzten Sprengung 1968 anhand einer einzigartigen Fotodokumentation nachgezeichnet. Ein abschließendes Kapitel gilt dem Schicksal der Sammlungen seit Kriegsbeginn 1939 - Möbel, Gemälde und die berühmte Silberbibliothek haben sich bis heute erhalten. Gesamtdarstellung mit bisher unveröffentlichtem Bildmaterial.
Geb., Großformat, 608 Seiten, Farbabbildungen: 71, S/W-Abbildungen: 671
Best.-Nr.: 7075, € 89,00



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste
Geb., 144 Seiten
mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6636, € 14,95

Marion & Michael Grandt
Das Handbuch der Selbstversorgung
Überleben in der Krise
Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7073, € 19,95

Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Von Königsberger Klopsen bis zur Rußer Milchpunsch
Möchten Sie richtige Königsberger Klopse probieren, sich für Rußer Milchpunsch begeistern, Markstörtchen backen und den Geschmack von Sauerkraut (Kumst) mit Sahne kennenlernen? Sahne, Schmand und Quark sind in der ostpreußischen Küche nämlich außerordentlich beliebt . Man merkt den Rezepten an, dass die Autorin sie wirklich kennt, mit diesen Gerichten aufgewachsen ist und dass sie auch heute noch zu ihrem Kochrepertoire gehören. Praktische Tipps, Kombinationsmöglichkeiten und Varianten werden bei fast jedem Gericht mit aufgeführt.Gebundenes Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
durchgehend mit historischen Fotos bebildert. Neuauflage des Titels: Spezialitäten aus Ostpreußen aus dem Verlagshaus Würzburg, Rautenberg Verlag
Best.-Nr.: 7085, € 9,95

Ingo von Münch
„Frau komm!"
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90

PMD
Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

mit seinen persönlichen Erinnerungen, diesem Dokumentarbericht zugrunde liegt. Der gesamte Ablauf des Kampfes vor, in und um Schlesien ist hier in klarer Gliederung dargestellt. Dabei wird nicht nur über das Geschehen an der Front, sondern auch über die Ereignisse im Hinterland und über die Schrecken der Flucht berichtet. Im Anhang finden sich unter anderem die Namen der am Kampf beteiligten Einheiten sowie wichtige Zeitdokumente mit Lageskizzen.

Hans von Ahlfen
Der Kampf um Schlesien 1944 / 1945
Ein authentischer Dokumentarbericht
Der Verfasser dieser groß angelegten, systematischen Darstellung über die Kriegsereignisse in ganz Schlesien, Generalmajor Hans von Ahlfen, hat dort selbst gekämpft. Durch mühevolle Forschungen, durch Befragungen vieler Persönlichkeiten – von Oberbefehlshabern der Armeen bis zu Bataillonsführern, von hohen Verwaltungsbeamten bis zu einfachen Flüchtlingen – sowie durch das Studium neu erschlossener Quellen konnte er das ergänzende authentische Material erarbeiten, das, zusammen

Geb., 285 Seiten
(mit 10 militärischen Lageskizzen) +
16 Bildseiten
Best.-Nr.: 7086

€ 19,80

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

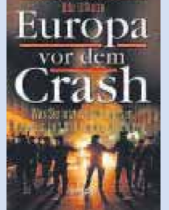
Wir machen Musik!



Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich hab den Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn ich hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a

36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074

€ 12,95



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr. 7081, € 19,95

Josef Wimmer
Ich war dabei…
...das ist eine von vielen Fragen, die sich Josef Wimmer im Laufe seiner Militärzeit stellte. In seiner spannenden Autobiographie gibt er freimütig und in ungeschönter Offenheit tiefen Einblick in sein ungewöhnliches Soldatenschicksal und bietet gleichzeitig ein sehr breites Spektrum höchst interessanter Informationen.Im Alter von nur 17 Jahren meldete sich Josef Wimmer freiwillig zum Militär - und wurde als Pionier mit einer ihm fremden, brutalen Realität konfrontiert. Als einer der allerersten deutschen Soldaten, die am 1. September 1939 in Polen einmarschierten, war er auch einer der letzten Heimatfront-Kämpfer bis kurz vor dem Ende des Krieges - dazwischen lagen noch Einsätze an sieben weiteren Fronten: Polen, Nordfrankreich, Krim, Stalingrad, Kuban, Italien, Normandie, Ardennen und die Heimatfront waren die ungewöhnlich vielen Stationen des Josef Wimmer. Glaube, Hoffnung, Kampf, Erfolg, Elend, Hunger, Kälte, Krankheit, Schmerz, Gefangenschaft, Verzweiflung und eine große Liebe sind sein Resümee aus fünf Kriegsjahren. In Zusammenarbeit mit dem international bekannten Schriftsteller für Militärhistorie, Helmut Konrad Frhr. von Keusgen, entstand ein vielseitig ausgerichtetes Buch, das gleichermaßen eine Autobiographie darstellt, wie auch - mit Ausnahme der ungewöhnlich vielen Fronteinsätze - ein "ganz normales" Soldatenleben in der Wehrmacht reflektiert und gleichzeitig Einblick in das alltägliche Leben in Deutschland bietet. Wie derzeitige Nachrichtenmeldungen wird immer wieder, parallel zu Josef Wimmers Erlebnissen, die aktuelle Kriegslage "eingeblendet" und somit fast der gesamte Kriegsverlauf im europäischen Raum sehr anschaulich vermittelt sowie Hintergründe und Zusammenhänge leicht verständlich erklärt.

Geb, 15 x 21,5 cm, 352 Seiten, 120 S/w-Fotos & Abblgn. sowie 1 Generalplan
Best.-Nr.: 7083

€ 25,00

Erich Murawski
Der Kampf um Pommern
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert-harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Absetzbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben deutschen auch sowjetische Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk von großer militär- und landesgeschichtlichen Bedeutung!



Geb., 512 Seiten, gebunden, Hardcover, 16 Seiten Bilder, zahlreiche militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7078

€ 24,80



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80

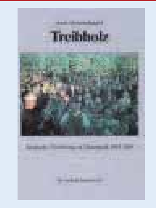
Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlingslager in Oksböl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95

Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Vom Wissen über die „Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich
Der Massenmord an den Juden war ein ungeheures Verbrechen und gilt immer noch als historisches Ereignis von einzigartiger Tragweite. Bereits mit den Nürnberger Prozessen begann die wissenschaftliche Auseinandersetzung, jedoch erweist sich die Erforschung mancher Teilgebiete als unzulänglich. Es bleiben nach wie vor wesentliche Lücken und Fragen, die nicht gestellt, oberflächlich behandelt oder willkürlich interpretiert werden. Vor allem aber bleiben die entscheidenden Fragen: Was hat der Durchschnittsdeutsche, der Beamte, der Soldat über den Holocaust erfahren, wann und wie viel? Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred de Zayas identifiziert in diesem Buch die Rolle der Geheimhaltung im Dritten Reich, insbesondere des Führerbefehls Nr. 1 vom 11. Januar 1940 als entscheidend für die Durchführung des Völkermordes. In jüngster Zeit wird von einigen Historikern behauptet, dass der Holocaust ein offenes Geheimnis gewesen sei. Den Beweis haben sie nicht erbracht, denn Mosaiksteine – Gerüchte, Feldpostbriefe, Auslandssender – sind kein Wissen. Mit Verallgemeinerungen und Pauschalurteilen wird indes die Kollektivschuldthese gestützt, die stets eine ernste Verletzung der Menschenrechte darstellt. Der Autor würdigt nicht zuletzt auch die Motive der Mitglieder des deutschen Widerstandes, die in vielen Fällen wegen ihres Teilwissens über den Holocaust den Staatsstreich wagten. Dieses Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen. De Zayas setzt sich mit den Forschungsergebnissen anderer Wissenschaftler bis Ende 2010 kritisch auseinander.



Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082

€ 26,90



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst — 11/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Somalische Piraten in Nöten

Haradere – Wohin bloß mit dem Diebesgut? Vor dieser Frage stehen derzeit somalische Piraten, denn ihre Häfen sind inzwischen überfüllt mit gekaperten Schiffen. Derzeit sollen sie 33 Schiffe und rund 700 Besatzungsmitglieder in ihrer Gewalt haben. Sicherheitsbehörden spüren den Druck der Freibeuter konkret an dem Umstand, dass diese eine erhöhte Verhandlungsbereitschaft an den Tag legen und bereit sind, geringere Lösegelder, als zuvor gefordert, zu akzeptieren. *Bel*

Prostitution nur fürs Finanzamt

Warschau – Aus Sicht der polnischen Finanzämter hat die Prostitution in Polen massiv zugenommen. Doch dieser Eindruck beruht auf dem Wunsch der überprüften Steuerzahler, keine Steuern zahlen zu müssen, und da Prostitution die einzige steuerfreie Verdiensttätigkeit ist, wird diese als Einkommensquelle genannt. Da sich dieser „Trick" rumgesprochen hat, verlangt der Fiskus nun Nachweise über die Tätigkeit. *Bel*

ZUR PERSON

Das Gesicht der Katastrophe

Was zum Teufel ist hier los? Zwei Stunden lang wurde dem Büro des Ministerpräsidenten nichts mitgeteilt." Mit diesen Worten zitiert die japanische Nachrichtenagentur Kyodo Ministerpräsident **Naoto Kans** Empörung über den Kraftwerksbetreiber Tokyo Electric Power Co. (Tepco). Der 64-jährige Kan steht vor seiner größten Bewährungsprobe als Krisenmanager. Zwar hat Kan seine Handlungsfähigkeit bewiesen und umgehend einen Krisenstab gebildet; er ist jedoch auf das Können der Nukleartechniker angewiesen.

Erst im Juni 2010 hatte Kan den Sitz an der Spitze der Regierung übernommen. Als Abgeordneter des Shugiin (des Unterhauses) und Vorsitzender der Demokratischen Partei wollte er die Wirtschaft ankurbeln und das Land aus der ökonomischen Krise führen. Doch unpopuläre Sparmaßnahmen wie die Erhöhung der Umsatzsteuer von fünf auf zehn Prozent ließen seine Beliebtheit sinken. Politische Querelen und der Spendenskandal um Außenminister Seiji Maehara hätten Kan beinahe seinen Sessel gekostet.



Kans politische Karriere ist von Höhen und Tiefen geprägt. Der Physiker und Patentanwalt wurde 1996 Gesundheits- und Sozialminister. Als er einen Skandal um verseuchtes Schulessen aufdeckte, war er der beliebteste Politiker Japans. Im selben Jahr war er an der Gründung der Demokratischen Partei beteiligt. Wegen parteiinterner Streitigkeiten und eines Sex-Skandals um eine ehemalige Fernsehmoderatorin wurde er 1999 als Vorsitzender nicht wiedergewählt. 2002 wurde er jedoch erneut Vorsitzender, trat 2004 wegen eines Skandals um versäumte Einzahlungen ins Rentensystem jedoch abermals zurück. 2009 berief Premierminister Yukio Hatoyama Kan zum Wirtschafts- und Finanzminister. Am 4. Juni 2010 wurde er Hatoyamas Nachfolger. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Heiße Wolken

Wie wir den Japanern wirklich helfen, was plötzlich alles unsichtbar ist, und wie Renate Künast der Natur beim Herrschen hilft / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Nicht nur in Japan machen die Kühlsysteme schlapp. Auch in Deutschland glüht es. Wehe dem, der in Gesprächen durchblicken lässt, dass er seinen Verstand trotz allem weiter auf gewöhnlicher Betriebstemperatur hält. Es gibt eben Phasen, da ist Hysterie der einzige gesellschaftlich akzeptierte Gemütszustand.

Das gilt offenbar vor allem für uns Deutsche. In Japan lebende Landsleute berichten über das Internet von ihren Eindrücken aus Tokio: Die Japaner, erfährt man da, bewiesen eine bewundernswerte Ruhe, von der sich sogar die Ausländer in der japanischen Metropole alle anstecken ließen – mit einer ethnischen Ausnahme. Na, raten Sie mal!

Berliner Apotheken melden einen deutlich gestiegenen Absatz von Jodtabletten. Die Leute haben lange genug N24 gesehen, um das heranschmauchende Inferno fast schon riechen zu können. Aber helfen die Pillen gegen die „nukleare Wolke" überhaupt? Am liebsten würde man abhauen. Bloß wohin? Wer das Maßband um den Globus schlingt, wird feststellen, dass Japan in östlicher Richtung etwas näher ist. Also ab nach Westen? Aber nicht doch: Von dort soll sie ja kommen, die „Wolke".

Also doch Jodtabletten. Ärzte warnen zwar vor ernsten gesundheitlichen Schäden, welche die Überdosierung von Jod in der Schilddrüse anrichten könne. Aber was wissen die schon vom Atomtod? Außerdem: Irgendetwas müssen wir doch tun! Und zwar jetzt! Haben wir nicht schon viel zu lange gewartet?

Bei den Kundgebungen und Mahnwachen fordern Demonstranten: „Akw sofort abschalten – aus Solidarität mit den Japanern!" Es wird die Anwohner der ramponierten japanischen Meiler enorm beruhigen, wenn sie erfahren, dass wir unsere Kraftwerke runterfahren. Oder Stefan Mappus abwählen. Oder beides. Augenscheinlich erfordern außergewöhnliche Situationen wie diese nicht nur besondere Maßnahmen, sie entfalten auch eine ganz außergewöhnliche Logik.

Die Kanzlerin hat sich in diese Logik schnell eingefunden und schießt ihre eigene Atompolitik ohne Wimpernzucken über den Haufen. Alte Reaktoren wie Krümmel bei Hamburg sollen rasch vom Netz. Der lieferte in den vergangenen Jahren eh kaum noch Strom. Außerdem will Angela Merkel seit dem 11. März nicht mehr in der Nähe des Wortes „beherrschbares Restrisiko" gesehen werden. Denn was soll das schon bedeuten: In Norddeutschland gibt es keine Erdbeben, und Tsunamis auch nicht. Kann das jemand garantieren? Was würde denn passieren, wenn sich die Eurasische Platte von der Plattdeutschen Platte losreißt, das Elbtal samt Hamburg in einer gewaltigen Subduktionsfalte verschwindet und Krümmel von einem monströsen Alster-Tsunami hinfortgespült wird? Wer will für diesen Fall die Verantwortung übernehmen? Niemand! Da haben wir's.

> Selbst Friedbert Pflüger traut sich wieder raus und nimmt finster Rache an der CDU

Die deutsche Anti-Akw-Lobby weist unterdessen jegliche Triumphgefühle hinsichtlich der japanischen Tragödie weit von sich. Volker Beck nannte dahingehende Unterstellungen „zynisch" und noch schlimmer. Freuen über Fukushima? Beck besteht darauf, dass in seiner Brust, ach, nur eine Seele wohnt. Alles andere wäre für einen Grünen-Politiker auch völlig überdimensioniert: Wo die Moral zu Hause ist, da gibt es keine Schatten.

Andere profitieren vom Drama weitaus offenherziger. Für Muammar al-Gaddafi ist es ein Geschenk wie weiland die Suezkrise für den Kreml. Als 1956 zwei verglühende Kolonialmächte alle Aufmerksamkeit der Welt in die Levante lenkten, nutzte Moskau den Kameraschatten, um den Freiheitsdrang der Ungarn blutig zu zertrampeln. Hinter den Qualmsäulen von Fukushima nun versucht der Libyer, den Aufstand seines Volkes zu zermalmen.

Auch die jüngste Wucherung der Euro-Rettungsschirme versank fast in den Alarmsirenen Nippons. Wer will in so einem Moment denn noch von Geld reden? Keiner, und das ist gut so, nicht gerade für unser Geld, dafür umso mehr für die Schirme und ihre Spanner.

So ganz nebenbei hat die Bundeskanzlerin die deutschen Garantien für bankrottbedrohte Euro-Länder von rund 150 auf 200 bis 250 Milliarden Euro hochgeschraubt. Als sie den Deutschen ihren Erfolg bekanntgab, hatte das fernöstliche Fiasko gerade erst seinen Anfang genommen, es war am Tag nach jenem schwarzen Freitag. Keiner konnte da schon vorhersehen, welche Ausmaße das Debakel bald annehmen würde. Daher fürchtete Merkel noch, dass ihre Steuerbürger genau hinsehen würden und suchte händeringend nach hübschen Tarnvokabeln, mit denen sie den nächsten Schritt in die Transferunion zu Lasten der Deutschen wegsabbeln könnte. Sie fand etwas wirklich Entzückendes: Statt von der Aufstockung der Rettungsprogramme zu sprechen, sang die Kanzlerin von deren „Ertüchtigung". Klingt das nicht erfrischend und dynamisch?

Selbstredend ging Angela Merkel nicht mit leeren Händen aus den Verhandlungen: Unsere europäischen Partner schenkten der Deutschen einen herrlichen Knallbonbon. Draußen steht groß „Pakt für den Euro" drauf, etwas kleiner folgen allerhand strenge Verpflichtungen zu Sparsamkeit und so weiter für die klammen Euro-Länder. Jawohl, für ihre weiteren Milliarden haben die Deutschen eine Reihe von „vielversprechenden" Zusagen bekommen! Viel zu versprechen fällt Politikern also nicht nur hierzulande recht leicht.

Wenn sich demnach Griechenland und Co. erdreisten sollten, ihre Zusagen zu Reformen und Sparsamkeit und so weiter nicht einzuhalten, dann ... ja, was dann eigentlich? Nichts eigentlich. Es sind keinerlei Sanktionen für Schuldensünder vorgesehen, die den „Pakt für den Euro" nur dazu nutzen, um auf Kosten anderer Länder weiterzuschlampen. Überflüssig zu erwähnen, dass Angela Merkel die Beschlüsse des sogenannten Sondergipfels als glänzenden deutschen Erfolg verkauft hat. Bevor die Deutschen aufschreien konnten, brach in Japan die Hölle los.

Der Strudel des Entsetzens verschlang auch den Ärger über „E 10". Er versank so tief im Hintergrund, dass sich der verantwortliche Urvater der verhassten Spritpansche, der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin, heute in Sachen „Energiewende" sogar wieder ganz nach vorn trommeln durfte.

Kaum einer konnte Fukushima bislang so erfolgreich für eigene Auftritte nutzen wie Trittin. Nur Renate Künast hat ihn noch übertroffen, als sie sich dramatisch ins Gewand der großen Mutter Erde warf und sprach: „Nicht wir herrschen über die Natur, die Natur herrscht über uns!" So reden Hohepriesterinnen, die mit Mächten auf Du und Du sind, von denen wir kleinen Würstchen uns gar keine Vorstellung machen. Dabei nutzen sie ihre intimen Kenntnisse gern dazu, um die unabweisbaren Ratschlüsse der Herrscherin „Natur" in ihrem eigenen Sinne zu interpretieren. Die Natur fordert also, dass wir unsere Akw dichtmachen. Bald will die Natur bestimmt auch, dass Renate Künast Regierende Bürgermeisterin von Berlin wird.

Dass die Natur bisweilen zu Streichen aufgelegt ist, davon kann Friedbert Pflüger ein Lied singen: Als Kofferträger von Richard von Weizsäcker wähnte er sich dem Licht der Macht schon ganz, ganz nahe. Statt aufzusteigen in den Olymp, irrlichterte er aber bloß 20 Jahre lang durch die zweiten Reihen der CDU, bis ihn der Berliner Landesverband 2008 vom Hof der Partei in den Wald des Vergessens jagte.

Dort sann er seitdem auf Rache. Nun ist die Stunde gekommen, sein Mütchen zu kühlen. Niedergestreckt vom japanischen Knall windet sich die Union unter der Laufzeitverlängerung. Da heißt es: Nachtreten! Also schreibt Pflüger im „Spiegel", wie seine Partei die „Gefahren der Kernkraft verharmlost" hat. Ach, man muss gar nicht Hohepriesterin sein, um auf seine Kosten zu kommen. Auch ein Würstchen hat so seinen Spaß.

MEINUNGEN

***Jan Fleischhauer** wundert sich in seiner Kolumne „Der Schwarze Kanal" auf „Spiegel online" darüber, dass die wenigen Opfer der **Akw-Unfälle** in Japan hierzulande **viel mehr Aufmerksamkeit** erhalten als die Tausende von **Tsunami-Toten**:*

„Es kommt eben offenbar darauf an, woran man stirbt, um das Mitgefühl der politisch schnell erregbaren Kreise zu wecken. Über die Toten, die jetzt vor der Küste von Sendai treiben, verliert bei den Atomkraftgegnern kaum jemand ein Wort ... Offenbar taugt nur der Strahlentod, um in der Opferhierarchie ganz nach oben zu gelangen."

***Josef Joffe** wundert sich in der „Zeit" (10. März) darüber, dass niemand aufgeschrien hat, als der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip **Erdogan** sich in Düsseldorf dazu verstieg, **„Islamophobie" mit Antisemitismus** auf eine Stufe zu stellen. Er hat nur eine Erklärung:*

„Die kommentierende Klasse hat Erdogan den Ausfall durchgehen lassen, vielleicht, weil sie zu sehr mit Guttenberg beschäftigt war oder an einer anderen Front im Kulturkampf fechten wollte."

*Der in Japan lebende Internet-Blogger **Matthias Reich** lobt die **Disziplin der Japaner**:*

„Es ist der absolute Wahnsinn, wie diszipliniert man in Japan mit der aktuellen Lage umgeht. In diesem Punkt ist Japan der Gipfel der Zivilisation."

Die alltäglichen Tage

Wisst ihr, dass in ein paar Tagen
Welttag ist der Poesie?
Und tags drauf steht eingetragen:
Wassertag – welch Ironie!

Pi-Tag hat's ja grad gegeben –
für die Kreiszahl, die ihr kennt,
doch der Frauentag soeben,
war der minder transzendent?

Tage gibt es für Verbraucher,
Drogen, Lepra, Polio,
Hepatitis, Passivraucher,
Diabetes sowieso.

Dann für Nieren und Ernährung,
Krebs, Gesundheit, AIDS und Ei –
aber für gesunde Währung
ist kein Tag im Jahre frei.

Tag der Arbeit gibt's stattdessen,
arbeitsfrei – und ähnlich klar
soll am Spartag man vergessen:
Zahltag ist das ganze Jahr.

Menschenrechte und Migranten
haben jeweils Tage ganz,
und weil oft wo Reifen brannten,
ebenso die Toleranz.

Detto Lehrer und Studenten,
ferner Sprachen und Musik
und als Trost für Abonnenten
das Theater samt Kritik.

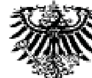
Je ein Tag ist auch für Erde,
Umwelt, Tierschutz und, wie trist,
für die Wüste – trotz Beschwerde,
dass da mein Geburtstag ist.

Tage gibt es fast für alles,
täglich muss ein Welttag sein,
doch das Gros des Tageschwalles
passt halt nicht ins Versmaß rein.

Und der Maiden Traum
bis heute
ist ihr Tag der Tage zwar –
selbst wenn längst schon vorm
Geläute
vielerlei im Gange war ...

Pannonicus

Preußische Zeitung

Unabhängige Zeitung  für Deutschland

Jahrgang 14 – Folge 1 | 19. März 2011 | Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Gott in die atheistische Wüste gebracht

Mit westlicher Hilfe bauen Schönstätter Marienschwestern im Königsberger Gebiet Sozialstationen, Kinderheime und Kirchen auf

Als vor 20 Jahren die ersten Schönstätter Marienschwestern nach Königsberg kamen, schlug ihnen bittere Not entgegen. Das ganze Ausmaß der kommunistischen Verwüstung in Landschaft und Menschenseelen zeigte sich erst nach und nach.

Ein vom internationalen Hilfswerk „Kirche in Not“ gestellter Campingwagen diente anfangs als erste Anlaufstelle für Gottesdienste und Hilfsangebote. Dass einmal ein katholischer Erzbischof die Gemeinden besuchen könnte, galt damals als unvorstellbar, weil noch keine katholischen Diözesen in Russland existierten. Sie wurden erst zwischen 1991 und 2002 durch Papst Johannes Paul II. errichtet.

Für die katholischen Christen war es daher ein großes Fest, als am 1. Advent 2010 der Moskauer Metropolit, der aus Italien stammende Erzbischof Paolo Pezzi (50), anreiste. Zum ersten Mal kam der Geistliche, um das Sakrament der Heiligen Firmung an sieben Erwachsene und neun Jugendliche zu spenden. Diese 16 Personen waren vorher gründlich durch Kaplan Vitalij Spitsyn und die Schönstätter Marienschwester Gisela auf ihren wichtigen Tag vorbereitet worden, der ihnen die Gabe des Heiligen Geistes vermitteln sollte. 230 Gottesdienstbesucher erlebten einen großen Festgottesdienst, ein „familienhaftes Gemeinschaftserlebnis“, wie die Teilnehmer hinterher berichteten. Denn der feierliche Gottesdienst führte die sonst getrennten Litauer, Russen, Polen und Russlanddeutschen zusammen.

Nach der Firmung begann Erzbischof Pezzi mit der offiziellen „Visitation“ der Pfarrgemeinde in Königsberg, die inzwischen auch 16 Filialen im weiteren Umkreis gebildet hat. Gemeindegruppen konnten ebenso wie einzelne Christen mit dem Metropoliten persönlich sprechen. Pezzi lobte dabei besonders die schwierige Aufbauarbeit während der letzten 20 Jahre und zeigte sich erfreut, wie lebendig das Gebetsleben der Christen ist. Insgesamt haben sich in den letzten Jahren zehn Gebetsgruppen mit einigen hundert Teilnehmern gebildet.

Ohne die Arbeit der Schönstätter Missionsschwestern wäre dieser Aufbau allerdings unmöglich gewesen. Sie schwärmten in den vergangenen Jahren in die benachbarten Dörfer und Städte aus, um dort katholische Christen ausfindig oder Menschen mit dem Christentum bekannt zu machen. Priester aus anderen Ländern kamen ihnen zur Hilfe und mussten oft lange Wege zurücklegen, um nach den Jahrzehnten der kommunistischen Unterdrückung und Verfolgung für die wenigen übrig gebliebenen Katholiken wieder christliche Seelsorge, die Sakramente und Gottesdienste anzubieten.

Oft aber trafen die Schwestern zunächst auf die schiere Not der Menschen. Im gesamten Königsberger Gebiet begegneten sie Personen unterschiedlichsten Alters, die weit unterhalb der Armutsgrenze, unter menschenunwürdigsten Bedingungen lebten. Besonders erschüttert zeigten sich die Marienschwestern vom Schicksal vieler Straßenkinder in Königsberg, die ihre zerrütteten Familien und alkoholabhängigen Eltern oder Elternteile verlassen hatten und nun allein lebten. Sie schlugen sich mit Betteln und Stehlen durch.

Um einen Ausweg aus diesem Teufelskreis zu finden, begannen die Marienschwestern, Kinderheime für Sozialwaisen zu errichten. Im Samland, das an die Stadt Königsberg angrenzt, wurden im Jahr 1998 mehr als 70 solcher Heimplätze für verwahrloste Kinder benötigt. Der Plan, im Dorf Fuchsberg ein Waisenhaus in einem leerstehenden Kindergarten der ehemaligen Kolchose zu eröffnen, scheiterte allerdings zunächst am fehlenden Geld der öffentlichen Verwaltung. Schließlich ermöglichten zweckgebundene Spenden aus dem Westen den Umbau des alten Kolchose-Kindergartens. Zunächst zogen dort 25 Kinder in ihr neues Zuhause ein. Einige von ihnen weigerten sich in den ersten Wochen, ein warmes Essen zu sich zu nehmen, da sie bisher nur Brot gegessen hatten. Später konnte dieses Heim durch weitere Spenden erweitert werden, sodass 15 weitere Plätze entstanden.

Die Gemeinschaft „Lumen Christi“ aus dem bayerischen Maihingen unterstützt seit 1995 die soziale und pastorale Arbeit der Schönstätter Marienschwestern. Aus der Überzeugung, dass Glaube und sozialer Einsatz zusammen gehören, sehen die beiden Gemeinschaften ihre Hauptaufgabe darin, vor allem zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten beizutragen. Dies führt nicht zuletzt auch zu einer höheren Akzeptanz der katholischen Kirche im Gebiet von Königsberg, der von Seiten der öffentlichen Verwaltung wie von der russisch-orthodoxen Kirche Skepsis entgegenschlägt. Die von ihrer staatskirchlichen Tradition geprägten orthodoxen Christen sahen anfangs die neue „Konkurrenz“ nicht gern und versuchten, sie abzuwehren.

Im Laufe der Jahre hat sich aber ein besseres Einvernehmen zwischen den Christen verschiedener Konfessionen entwickelt. Dazu trug auch die katholische Sozialstation bei, die sich einen guten Ruf in der Stadt erarbeitet hat. Sie ist dafür bekannt, dass sie Menschen ohne Rücksicht auf die Weltanschauung oder Nationalität hilft. Die Armenküche, die vom Malteser Hilfsdienst aus Osnabrück finanziert wird, versorgt täglich etwa 150 Bedürftige mit einem warmen Eintopf. In der Kleiderkammer werden Arme und Obdachlose neu und kostenlos eingekleidet. Inzwischen schicken auch die Behörden viele Bedürftige in die Station. Jährlich über 20 große Transporte mit gebrauchten Kleidern und Nahrungsmittel aus Deutschland ermöglichen es darüber hinaus, auch staatliche Kinderheime, Sozialämter, Schulen, Krankenhäuser und Behinderteneinrichtungen zu beliefern.



Da, wo Neu-Katholiken leben, darf eine Kapelle für das tägliche Gebet nicht fehlen: Marienschwester (r.) Bilder (2): KNA, T. Lohnes/dapd

Auch zwei katholische Pfarrgemeinden konnten wieder zu neuem Leben erweckt werden. Die Gemeinde St. Adalbert wird vorwiegend von polnischen Christen besucht. In der Gemeinde „Zur heiligen Familie“ sind vorwiegend Litauer, Russen und Russlanddeutsche zu Hause. Die beiden katholischen Gemeinden benutzen gemeinsam eine Kirche aus Fertigteilen, die zuvor bereits elf Jahre im bayerischen Sonthofen stand. Sie wurde von ehrenamtlichen Helfern 1993 nach Königsberg transportiert und dort wieder aufgebaut.

Das Engagement der christlichen Mitarbeiter ist enorm. Keiner von ihnen hat eine reguläre kirchliche Stelle, die bezahlt würde. Die Missionsschwestern, Mitarbeiter und Priester aus verschiedenen Ländern und Sprachgebieten begnügen sich mit dem Nötigsten. Die drei Schönstätter Marienschwestern werden von ihrer Niederlassung im thüringischen Friedrichroda unterstützt. Eine Mitarbeiterin und Ärztin der Gemeinschaft „Lumen Christi“ gab 1998 für den Dienst in Königsberg ihre Arztpraxis in Deutschland auf, um im Rahmen der Sozialstation die Armen medizinisch zu versorgen.

Unterstützt wird die soziale und pastorale Arbeit auch durch das päpstliche Kindermissionswerk in Aachen. Wenn am 6. Januar Kinder durch Dörfer und Städte ziehen und die Häuser segnen und dabei Geld sammeln, landen die Erlöse auch in Königsberg. Das Kinderheim in Fuchsberg und andere Waisenhäuser im Kreisgebiet hätten sonst nicht entstehen und unterhalten werden können.

Da die Sommerferien in Russland drei Monate lang sind, versuchen die Marienschwestern und ihre Mitarbeiter eine Reihe von Angeboten in dieser Zeit zu machen. Im letzten Jahr konnten zur großen Freude der Kinder zwei Ferienwochen in Lipki angeboten werden. Die Kinder nutzten dabei begeistert den schönen Kinderspielplatz, der ebenfalls mit Hilfe des Kindermissionswerks Aachen entstanden ist. Wenn die Schule im September wieder beginnt, gestaltet sich das „Einsammeln“ der Kinder zum Religionsunterricht oft recht mühsam. Eine Tafel Schokolade, die beim ersten Kindergottesdienst des Schuljahres verteilt wird, gilt als Lockmittel. Bei vielen Kindern löst das oft erstaunte Fragen aus: „Nur für mich?“ Auch das Teilen will dann erlernt werden.

Ganz anderen Herausforderungen sehen sich die kleinen christlichen Gemeinden bei den Kirchengebäuden gegenüber. In Groß Skaisgirren steht eine wunderschöne alte ostpreußische Kirche. Hätten sich die Marienschwestern nicht schon 1992 ihrer angenommen, wäre sie heute wahrscheinlich wegen Baufälligkeit abgerissen oder eine Ruine. Die kleine Gemeinde dort ist sehr stolz auf ihr Gotteshaus, wo neben dem Gottesdienst auch alle anderen Veranstaltungen wie Unterricht, Gesundheitsberatung und kleine Feiern stattfinden. Doch die allfälligen Reparaturen für eine Wasserpumpe wie im letzten Winter überfordern die Gemeinde. Auch die Heizkosten sind von der geringen Kollekte der Dorfbewohner niemals aufzubringen. *Hinrich E. Bues*

Preußen

Mögt ihr den preußischen Staat zerschlagen,
Preußen wird hoch aus den Trümmern ragen.
Einer schon wollte uns Preußen stehlen,
doch Preußen lebt zu tief in den Seelen.
Preußen ist weder Volkstum noch Rasse,
Preußen ist Haltung und niemals Masse.
Preußen ist Pflicht nach Immanuel Kant,
Preußen ist Treue zu Volk und Land,
dienen der Sache, bis in den Tod und:
Griff zu den Waffen erst in der Not.

Generaloberst Eberhard von Mackensen am 13. März 1947 in italienischer Kriegsgefangenschaft, drei Wochen nach dem oktroyierten Auflösungsdekret für den Staat Preußen durch den alliierten Kontrollrat

Was können wir heute von Preußen lernen?

- Frühzeitige Reformen verhindern Revolutionen, die immer auch das Gute der alten Zeit beseitigen und meist mit vielen unschuldigen Opfern verbunden sind.
- Die Obrigkeit sollte ihre Rechte in erster Linie zur Erfüllung von Pflichten nützen; nicht nur Adel verpflichtet, sondern auch Amt, Bildung und Besitz.
- Nur strikte Sparsamkeit des Staates schafft die für den Staatshaushalt notwendige Steuermoral.
- Wahre Autorität ergibt sich nie in erster Linie „kraft Geburt“ oder „kraft Amtes“, sondern beruht immer kraft Leistung oder Charisma.
- Meinungspluralismus ist unverzichtbarer Teil eines freiheitlichen Rechtsstaates, Wertepluralismus schafft ein gemeinschaftsfeindliches Klima, macht die Menschen orientierungslos und damit verführbar durch falsche Propheten.
- Die Pflege von Traditionen ist der emotionale Kick für eine staatliche Gemeinschaft.
- Der Staat kann durch geistige Kräfte ersetzen, was er durch materielle und territoriale Einbußen verloren hat.
- Toleranz darf nicht mit Gleichgültigkeit oder Beliebigkeit verwechselt werden.
- Jeder Einzelne muss genauso wie der Staat soziale Verantwortung für die Gemeinschaft tragen.
- Niederlagen können einen Sinn haben, wenn die richtigen Schlüsse für die Staatszukunft daraus gezogen werden.

Entnommen aus „Was hat uns Preußen heute noch zu sagen“, Schriftenreihe der Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) Schleswig-Holstein 2001 von Dr. Heinz Burneleit (†), viele Jahre Chefjustitar bei Daimler, Ostpreuße und 20 Jahre Mitglied in der Ostpreußischen Landesvertretung und Uwe Grewe, Journalist und Vorsitzender der OMV (†2005)

Statistiken vernebeln zunehmend die Realität

»Klima«-Experten verallgemeinern bei ihren Studien extrem – Politik folgt Empfehlungen trotzdem blind / Von Wolfgang Thüne

Metaphern spielen in der modernen Welt mit ihren vielen abstrakten Begriffen ohne unmittelbare sinnliche Anschauung wie Zeit, Wahrheit, Freiheit, Geschichte, Staat eine immer größere Rolle. Mit Metaphern werden anschauliche Bilder für abstrakte Dinge entworfen, die sich grundsätzlich jeder Veranschaulichung entziehen. Als Hilfsmittel nutzt man dabei Ähnlichkeiten oder Analogien aus der realen Welt. So wird die prinzipiell unanschauliche, weil mit keinem unserer Sinne erfassbare Idee „Klima“ behelfsmäßig durch das uns vertraute Wetter veranschaulicht.

Das „Klima“ ist in der Tat ein anhand des Wetters auf statistischem Wege entstandenes Konstrukt. Mit dem Begriff „Klima“ soll das „mittlere Wetter“ an einem Ort versinnbildlicht werden. „Klima“ ist der Platzhalter für eine Idee, die sich nicht auf einen „Gegenstand der Erfahrung“, sondern nach Immanuel Kant (1724–1804) auf die „Totalität aller möglichen Erfahrungen“ bezieht. Nach Hans Blumenberg (1920–1996) schließt jegliche Rede über die Idee „Klima“ die Notwendigkeit einer „metaphorischen Fremdbestimmung“ ein. Nach Blumenberg gilt: „Der Begriff endet in der Mystik, die Metapher im Mythos.“ Daher gehen die meisten Klimadispute ebenso ergebnislos aus wie das „Hornberger Schießen“. Mangels Wissen schlägt sich die Masse auf die Seite der Mehrheit der staatlich protegierten Klimaexperten.

Wer also, wie die „Klimaskeptiker“, nur mit der Metapher „Klima“ gegen die Metapher „Klima“ der Klimaexperten ankämpfen will, steht auf ziemlich verlorenem Posten. Dies gilt insbesondere dann, wenn man sich ausschließlich statistischer Waffen bedient und auf einen Kampf in dem von den Klimaexperten vernebelten „Treibhaus“ einlässt. Auch das „Treibhaus“ ist eine Metapher für ein geschlossenes System oder „Gedankengebilde“, in dem sich die Klimaexperten mit der Politik und den Medien kommunikativ nahezu perfekt global vernetzt haben. Offensichtlich wird dies bei den jährlichen Weltklimakonferenzen oder „Klimagipfeln“ der Vereinten Nationen.

Das Verbindungsglied zwischen Wetter und Klima ist die Statistik, deren Anfänge Volkszählungen waren, wie in Babylon etwa 3800 oder in Ägypten etwa 3000 vor Christus. Die erste Volkszählung in Deutschland gab es 1449 in Nürnberg. Das Statistische Amt des Deutschen Reiches wurde 1872 gegründet. Das Wort Statistik leitet sich von den lateinischen Wort „statistikum“ ab und bedeutet „den Staat betreffend“. Der aus Elbing stammende Gottfried Achenwall (1719–1772) begründete 1749 die Statistik als „Lehre von den Daten über den Staat“. John Sinclair (1754–1835) gab ihr die heutige Bedeutung, das allgemeine Sammeln und Auswerten von Daten. Im Laufe der Zeit hat sich aus der beschreibenden über die mathematische schließlich eine Hypothesen generierende, zutiefst spekulative Statistik entwickelt. Es wird also nicht mehr nur die Verteilung eines Merkmals beschrieben und über statistische Korrelationen eine Verbindung zwischen der Erfahrung oder Empirie und der Theorie hergestellt, sondern es wird versucht zu ergründen, was an der Verteilung eines Merkmals bemerkenswert oder ungewöhnlich ist. Ist wenig oder kein Wissen über einen Forschungsgegenstand wie das „Globalklima“ vorhanden, dann inszeniert man Expertengespräche und erfindet nicht vorhandene Ursachen und Zusammenhänge wie zwischen CO_2-Gehalt der Luft und der „Globaltemperatur“. Man nennt diese allein an Ideen, aber nicht an Realitäten gebundene Forschung Explorative Forschung (exploratory research).

Ein „Kind der Statistik“ ist die Soziologie, die von Auguste Comte (1798–1857) begründet wurde. Die Soziologie untersucht das Zusammenleben von Menschen. Ihr Forschungsgegenstand ist der Gefährte (lat. „socius“) als Gemeinschafts- oder Gesellschaftswesen, kurz „das Soziale“. Herrschen in einer Gesellschaft Frieden und Zufriedenheit, dann spricht man von einem guten sozialen oder gesellschaftspolitischen Klima. Dies ist ein Zustand allgemeiner Zuneigung zwischen den diversen sozialen Klassen und Schichten. Das Wort „Klima“ hat hier seine ursprüngliche griechische Bedeutung „Neigung“. Herrscht Armut und begehren große Teile der Bevölkerung dagegen auf, so kann dies für ein Regime zu einer Klima- oder Neigungskatastrophe, zum Sturz führen. So wie die Soziologie sich nicht um den einzelnen Menschen kümmert, so die Klimatologie nicht um das Wetter.



Beliebte Metapher: Für ein bildhaftes Verständnis wird oft vom Treibhauseffekt gesprochen. Bild: mauritius

Ein Produkt der Statistik ist die fiktive Gestalt „Normalbürger“. Sie gibt es realiter nicht, weder als „Otto Normalverbraucher“ noch als „Max Mustermann“. Dieser Normalbürger ist ein rein rechnerisches Konstrukt. „Der Deutsche“ hat eine Lebenserwartung von 80,1 Jahren, ist 1,70 Meter, wiegt 87,35 Kilo, ist 0,4234 mal verheiratet und 0,823 mal geschieden, hat 1,4 Kinder und 0,7 Haustiere, trinkt 2,1 Liter Bier und so weiter. Doch „der Deutsche“ ist statistisch eine „die Deutsche“, wobei „die Deutsche“ nur 1,65 Meter und 13 Zentimeter kleiner ist als „Er“. Dafür hat „Sie“ eine um 5,16 Jahre höhere Lebenserwartung als „Er“. Zerlegt man das Konstrukt Normalbürger in seine Einzelteile, dann ist nichts mehr normal im Sinne von natürlich. Jeder Mensch ist ein Individuum und damit weder normal noch unnormal. Jeder Mensch ist einzigartig, kein statistisches Wesen. Den Normalbürger mit Normalgewicht, Normalgröße, Normalmaß gibt es nicht, wie allein schon die verschiedenen Konfektions- und Schuhgrößen zeigen. Als normal wird gerne derjenige von den Machthabern angesehen, der sich ohne Widerspruch dem Zeitgeist anpasst. Ein guter Demokrat ist dann Jeder, der sich gehorsam den Mehrheitsmeinungen fügt.

Wenn die Soziologie auch den als Normalbürger („common man“) deklariert, der zum Durchschnitt der Bevölkerung gehört, so ist dieses konstruierte Wesen dennoch nicht wesenhaft, wenn auch für gewisse politische Ideologien eine fiktive Idealvorstellung. Es ist dann eine politische Machtfrage, was herrschende Mehrheiten für normal erklären, für normal halten. Wer von dieser willkürlichen Normalitätsdefinition abweicht, der wird als anormal, zum Außenseiter erklärt. Normalität ist kein Begriff der Statistik. Normalität bezieht sich auf ein ideologisches, politisch gewolltes Modell der Vollkommenheit. Normalität weist darauf hin, was wir theoretisch sein sollten. Es ist kein Ziel, wonach die meisten Menschen streben. Die Macht setzt Normen, auch über ihre Wortgewalt! Hugo von Hofmannthal (1874–1929) drückte es wie folgt aus: „Für gewöhnlich stehen die Worte nicht in der Gewalt der Menschen, sondern die Menschen in der Gewalt der Worte.“

Es ist die Gewalt der Worte und die Gewalt der Ängste, die zu dem besonders in den Medien wie auf den weltpolitischen Bühnen zelebrierten Klimaschutz-Enthusiasmus geführt haben. Dieser vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften grassierende Enthusiasmus ist auf ungenügendes naturwissenschaftliches Grundwissen zurückzuführen. Schon Benjamin Franklin (1706–1790) hatte erkannt: „Der Enthusiasmus ist das Kind der Unwissenheit.“ Deswegen sind Kinder und Jugendliche eine politisch auserwählte Zielgruppe, aus der sich Stoßtrupps fanatischer Klimaschützer formieren lassen. Auch die Klimatologie ist ein abstraktes „Kind der Statistik“ und bewegt sich außerhalb des persönlichen Erfahrungshorizonts. Das „Klima“ als durchschnittlicher Zustand der Atmosphäre an einem Ort ist nicht erfahrbar. Sind auch die meteorologischen Einzelwerte messbar und damit erfahrbar, der errechnete Mittelwert ist es nicht.

> Schon Prognosen über das Wetter sind schwer, wie will man da das »Klima« für die nächsten Jahrzehnte vorhersagen?

Die Anfänge der empirischen Klimatologie gehen auf Alexander von Humboldt (1769–1859) zurück. 1817 veröffentlichte er eine Arbeit „Von den isothermen Linien und der Verteilung der Wärme auf dem Erdkörper“. Er orientierte sich an einer Arbeit von Edmund Halley (1656–1742) aus dem Jahre 1693. Halley hatte gezeigt, dass die Dauer der Tätigkeit der Sonne die Wirkung von der Schiefe oder Neigung der Strahlen ausgleichen könnte. Im ersten Band des „Kosmos“ definiert Humboldt 1844 „Klima“ wie folgt: „Der Ausdruck Klima bezeichnet in seinem allgemeinsten Sinne alle Veränderungen in der Atmosphäre, die unsere Organe merklich affizieren: die Temperatur, die Feuchtigkeit, die Veränderungen des barometrischen Druckes, den ruhigen Luftzustand oder die Wirkungen ungleichnamiger Winde, ...“. Humboldt dachte noch dynamisch-empirisch, er war noch nicht erstarrt in theoretischen Schemata. Als physikalischer Geograph wäre er nie auf die abstruse Idee gekommen, eine „Globaltemperatur“ zu berechnen und ihr ein „Globalklima“ anzudichten, das unsere Sinne affizieren und vom Menschen gesteuert werden könne. Im Gegenteil, Humboldt warnte eindringlich: „Aus unvollständigen Beobachtungen und noch unvollständigeren Induktionen entstehen irrige Ansichten von dem Wesen der Naturkräfte, Ansichten, die, durch bedeutsame Sprachformen gleichsam verkörpert und erstarrt, sich, wie ein Gemeingut der Phantasie, durch alle Klassen der Nation verbreiten.“ Das Treibhaus wie der Treibhauseffekt sind solche unerschütterlichen Gemeingüter der Phantasie! Was solche Art Theorie betrifft, so vertritt Humboldt die Ansicht: „Sie ist in sich abgeschlossen, unveränderlich in ihren Axiomen; anmaßend wie alles Beschränkte, während die wissenschaftliche Naturkunde, untersuchend und darum zweifelnd, das fest Ergründete von dem bloß Wahrscheinlichen trennt, und sich täglich durch Erweiterung und Berichtigung ihrer Ansichten vervollkommnet.“

Da der von den Klimaexperten behauptete „natürliche Treibhauseffekt“ von plus 33 Grad weder empirisch nachgewiesen noch experimentell überprüft werden kann, ist er im Konsensverfahren in den Rang eines Dogmas erhoben. Die internationale Politik stützt alle ihre Klimaschutzmaßnahmen auf diesen Glaubenssatz und weist jede Kritik daran zurück. Sie glaubt, mit der Reduktion der Emission von Treibhausgasen den Klimawandel unterbinden oder bremsen zu können. Doch Dinge, die zwar theoretisch behauptet werden, aber weder messbar noch experimentell überprüfbar sind, sind nichts als bloße Hypothesen. Sie sind keine Basis für naturwissenschaftliche Theoriebildungen.

Unter Hinweis auf den großen Naturforscher Alexander von Humboldt sollte von der Politik gefordert werden, dass nur noch solche Forschungsprojekte mit Steuergeldern gefördert werden dürfen, die keine hypothetischen Behauptungen mit ihren Katastrophenszenarien immer wieder gebetsmühlenartig bestätigen, sondern auf der reinen Empirie aufbauen – auf systematischen Beobachtungen, streng kontrollierten Messungen und reproduzierbaren Experimenten. Ein Zeitgenosse von Humboldt, Friedrich Hegel (1770–1831), sagte einmal: „Das Wahre ist das Ganze“! Das „Ganze“ setzt sich zusammen aus dem Geist, der Idee und der Natur.

Die Treibhaushypothese beruht nur auf zwei Pfeilern, auf dem „Geist“ und der „Idee“. Sie entbehrt des wichtigsten Pfeilers, der „Natur“. Der „Treibhauseffekt“ ist eine simple Behauptung, die noch nie wirklich nachgewiesen werden konnte. Bevor sich ein Effekt, die Abhängigkeit der Temperatur vom Kohlenstoffdioxidgehalt der Luft, im globalen Maßstab zeigt, müsste er tatsächlich gemessen und gezeigt werden können. Doch noch nie hat sich an keinem Punkt der Erde zu keiner Jahreszeit so etwas wie eine beidseitige Abhängigkeit gezeigt. Im Gegenteil, überall, wo man gleichzeitig die Tagesgänge von Temperatur und CO_2-Gehalt gemessen hat, hat sich gezeigt, dass beiderlei Tagesgänge nichts, aber auch absolut nichts miteinander zu tun haben. Dies gilt gleichermaßen für die Jahresgänge. Mit Sonnenaufgang wird zuerst der Boden und dann erst die Luft erwärmt, während parallel dazu infolge der Photosynthese oder der CO_2-Assimilation der Pflanzen der Luft das „Treibhausgas CO_2“ entzogen wird. Wären beide Dinge kausal verknüpft, dann müssten nach den Messungen auf dem „Mauna Loa“ in Hawaii, die für global repräsentativ angesehen werden, zum Hochwinter auf der Nordhalbkugel die Lufttemperaturen steigen und zum Hochsommer hin abnehmen. Doch dies steht nicht im Einklang mit der Natur, unserer Lehrmeisterin!

Den heutigen, ganz auf Computermodelle fixierten Klimaforschern sei empfohlen, sich nicht mehr allein auf Ideen, Theorien und Modelle zu orientieren, sondern an dem Realen, Existenten und Gemessenen, der Empirie. Nach Kurt Lewin (1890–1947) gilt: „Wirklich ist, was wirkt.“ Wirklich ist etwas, das, wie etwa die Lufttemperatur, messbar ist. Gemessen worden ist dagegen noch nie die atmosphärische „Gegenstrahlung“. Im Gegenteil, je klarer der Himmel, desto effektiver ist die nächtliche Abkühlung des Bodens durch Ausstrahlung! Gäbe es die „Gegenstrahlung“, dann dürfte es keine von den Meteorologen für die kommende klare Nacht angekündigten Bodenfröste geben! An der Wetterstation Oppenheim wurden vom 8. zum 9. Februar in zwei Meter Höhe gemessen 16 Uhr +10,2°, 22 Uhr +5,1°, 8 Uhr –0,5°; in 20 cm Höhe +11,2°, 2,2° und -1,1°C. War es um 16 Uhr noch 1° wärmer in Bodennähe, so kehrte sich dies im Laufe der Nacht um; um 8 Uhr war es in Bodennähe 0,6° kälter. Diese Umkehrung nennt man Inversion.

Die Meteorologie ist eine analytische, diagnostische und, in sehr begrenztem Maße, prognostische Wissenschaft. Die Klimatologie dagegen ist eine historisch-beschreibende Wissenschaft. Sie wertet jahrzehntelang gesammelte meteorologische Messdaten aus und konstruiert daraus mittlere, für eine Region charakteristische Wetterabläufe, eben das „Klima“. Die klassische Klimatologie hat nie den Anspruch erhoben, am Wetter vorbei die Wetterzukunft vorherzusagen. Diese Unmöglichkeit schaffen auch nicht die modernsten Computer. Alles, was angeblich vorhergesagt wird, sind simple „Szenarien-Rechnungen“, primitive Spielereien ohne wissenschaftlichen Anspruch. Wer sich mit der klimatischen Arbeitsweise befassen möchte, der orientiere sich bitte an Julius von Hann (1839–1921), Wladimir Peter Köppen (1846–1940), Gustav Hellmann (1854–1939), Karl Knoch (1893–1972), Rudolf Geiger (1894–1981), Carl Troll (1899–1975). Von Karl Knoch stammt die Charakterisierung: „Klimatologie ist angewandte Meteorologie“!

Den Unterschied zwischen dem Wetter und dem „Klima“ kann man sich vor Augen führen, wenn man sich die Klimakarten in einem Schulatlas anschaut und danach unter www.spiegel.de die Rubrik „Satellitenbilder“. Wer diese weltweit nur eine Woche verfolgt, kann ermessen, wie chaotisch das Wettergeschehen ist und wie schwierig demzufolge Prognosen des Wetters sind.

Preußische Zeitung
UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Wilhelm v. Gottberg
Telefon: 0 40 / 41 40 08-0
Fax: 0 40 / 41 40 08-50
http://www.preussische-allgemeine.de
Druck: SHZ GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf

Zeuge vom Wirken der Hochmeister

Die Marienburg lockt jedes Jahr eine halbe Million Besucher aus aller Welt nach Westpreußen

Im Herbst letzten Jahres veranstaltete das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg, organisiert vom Kulturreferat des Museums, eine Studienreise zu den Burgen des Deutschordensstaates Preußen, die von der Kunsthistorikerin Malgorzata Jackiewicz-Garniec begleitet wurde. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Fotografen und Graphiker Miroslaw Garniec, hat sie das Buch „Burgen im Deutschordensstaat Preußen“ verfasst. Sie vereint hier Geschichte und Gegenwart zu einem einmaligen kulturhistorischen Dokument. Der in Königsberg geborene Hamburger Architekt Christian Papendick hat als Teilnehmer der Reise deren Höhepunkte festgehalten, die die *PAZ* nun in loser Folge veröffentlichen wird. Diese Woche: Marienburg.



Auch laut Unesco eines der wichtigsten europäischen Bauwerke: Blick vom Ufer der Nogat auf die Ordensburg Bild: Papendick

Wer Marienburg am Abend erreicht, wird mit dem überwältigenden Anblick der angestrahlten Burg belohnt. Fasziniert schon die ungeheure Wiederaufbauleistung der durch Kriegseinwirkungen stark beschädigten Burg, ist der Eindruck der über 700-jährigen größten Backsteinburg Europas immer noch gewaltig. Sie wurde 1274 vom Landmeister des Deutschen Ordens, Konrad von Tierenberg d. Ä., zu Ehren der Patronin des Ordens am rechten Ufer der Nogat gegründet und geweiht. 150 Jahre lang haben großartige Baumeister an dieser Burg geplant und gearbeitet und damit das bedeutendste Bauwerk des Deutschen Ordens geschaffen. Zunächst war sie als Sitz eines Komturs gedacht, um den älteren Verwaltungsmittelpunkt des Ordens in Zantir zu ersetzen. Der Orden, der durch seine großen Leistungen in Bezug auf die Besiedelungen des Landes, seine Stadt- und Dorfgründungen, seine wirtschaftlichen Erfolge und seine Geisteshaltung großes Ansehen genoss, galt in jener Zeit als das modernste Staatswesen in Europa. Nirgends war das Kaufmannsgut so geschützt, waren Straßen und Wege so sicher, Recht und Ordnung in so fester Hand wie in Preußen. Die ganze Zucht und Strenge dieses geweihten Männerbundes drückt sich noch heute in den von ihm gebauten Burgen und Kirchen aus. Bereits 1309 verlegt der Hochmeister Siegfried von Feuchtwagen seine Residenz von Venedig auf die Marienburg. Durch seine geschickte Politik erwirbt der Orden gegen 10 000 Mark in Silber Danzig und das Land Pomerellen und gewinnt dadurch eine Landbrücke zum Reich. Zugleich macht er sich damit das Königreich Polen zum

Burg konnte lange nicht erobert werden

Feind, das nun von seinem blühenden Ostseehandel abgeschnitten ist. Weder den Polen gelang es nach der Niederlage des Ordens 1410 bei Tannenberg die Festung einzunehmen, noch konnten die überwiegend aus Danzigern bestehenden Truppen des „Preußischen Bundes“ bei der erneuten Belagerung 1454 die Burg erobern. Doch wurde im gleichen Jahr die an die Söldner des Ordens wegen Soldrückstands verpfändete Burg von einer Gruppe von ihnen 1457 an den König von Polen verkauft, der hier am 7. Juni einzog. Der Deutsche Orden, nach der verlorenen Schlacht bei Tanneberg 1410, wie auch durch ständige Reibereien und Kämpfe mit dem „Preußischen Bund“ und den Polen geschwächt, scheiterte bei den Versuchen der Rückeroberung. Wenn er auch in der Schlacht bei Konitz 1454 erfolgreich war, musste er nach dem Sieg König Kasimirs IV. im 2. Thorner Frieden 1466 das Ermland, das Kulmerland, Pommerellen und das Gebiet um die Marienburg an Polen abgeben. Die Hochmeister des Deutschen Ordens müssen von nun an von ihrem Sitz in Königsberg dem polnischen König den Treueeid schwören. Der Orden beendet damit seine Großmachtstellung. Ein letzter Waffengang des Ordens 1519 endet als vergeblicher Versuch, die Oberhoheit Polens abzuschütteln. Im Jahr 1523 erfolgt die erste evangelische Predigt im Königberger Dom. Danach entschließt sich Hochmeister Albrecht von Brandenburg, den Orden aufzulösen und eine weltliche Herrschaft in Preußen zu begründen. Er leistet für sich und seine Nachfolger dem König von Polen den Lehnseid und wird es als Herzog von Preußen anerkannt. Im Krakauer Frieden 1525 wird das preußisches Ordensland durch König Sigismund von Polen als weltliches Herzogtum anerkannt. Preußen wird damit das erste protestantische Land in Europa. Diese historische Beigabe mag zum besseren Verständnis während der Besichtigung der Burg dienen.

Die monumentale dreiteilige Festung – so kann man nach dem hi-

Polen haben sich mit dem Bauwerk versöhnt

storischen Verständnis diese Burg auch bezeichnen – zeigt sich uns als ein bedeutendes Kunstwerk der mittelalterlichen Architektur, angelehnt an den Stil der Norddeutschen Backsteingotik, jedoch auch in einem ungewöhnlichen, nur dem Orden eigenen Baustil. Als Weltkulturerbe der Unesco gehört die Marienburg heute zu den wichtigsten Zeugen der europäischen Baukultur.

Von der Vorburg aus, der ursprünglichen Niederburg mit Wirtschaftsgebäuden und Karwan – dem Zeughaus – hat der Besucher vor sich die Nordwand des Mittelschlosses mit dem prachtvollen Stufengiebel der Firmarie und dem Turm „Hahnenfuß“. Durch das Vortor mit der Haupteinfahrt erreicht er über die Zugbrücke den Hof des Mittelschlosses. Hier verstärkt sich der Eindruck dieser gewaltigen Burg durch den sehr geräumigen Innenhof, völlig umgeben von der Dreiflügelanlage, und im Süden vom Nordflügel des Hochschlosses getrennt durch einen breiten Wassergraben mit Wehrmauer. Das bedeutendste Gebäude im Mittelschloss ist der Hochmeisterpalast, eine künstlerische Meisterleistung von Nikolaus Fellenstein, 1389-99 geschaffen. Durch das Vortor des Hochschlosses mit Zugbrücke und Wachtturm gelangen wir durch das Portal des Einfahrtstores in den Hof des Hochschlosses, umgeben von Kreuzgängen in zwei Geschossen. Hier liegt auch im Obergeschoß des Nordflügels die Burgkirche St. Marien, 1945 durch Artilleriebeschuss stark zerstört und bis jetzt lediglich gegen Witterungseinflüsse gesichert.

In Polen, das zunächst gegenüber der deutschen Geschichte und ihren Bauten lange Jahre von Vorurteilen belastet war, die sich auch auf die Burg als Hauptsitz des als feindlich betrachteten Deutschen Ordens bezogen, setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, diese Zeugen als wichtige Bestandteile des europäischen Kulturerbes wahrzunehmen und zu pflegen. An der Marienburg zeigt sich heute bereits die Resonanz auf die Wiederaufbauleistung dieses so bedeutenden europäischen Kulturdenkmals, das jährlich etwa eine halbe Million Besucher aus der ganzen Welt besichtigen.

Die Stadt Marienburg verlassend sollte man nicht vergessen, vom gegenüberliegenden Ufer der Nogat die Sicht auf die Burg wahrzunehmen. Hier spiegelt sich die gesamte Burganlage bei schönem Wetter im Wasser: Ein Anblick, der weit in die Geschichte zurückgeht und so eindrucksvoll diese Kulturlandschaft wiedergibt, die durch die zahlreichen Bauten des Deutschen Ordens geprägt wurden.

Das Vergangene lebendig gehalten

Fast eine Entdeckung: Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen

Ältere Leser werden sich erinnern, dass sie schon in den ersten Schuljahren im Fach „Heimatkunde“ unterrichtet wurden. Das waren Informationen über die allernächste Umgebung, die man größtenteils kannte, und die nun durch hinzugelernten Stoff noch vertrauter werden sollte. Heute gibt es dieses Fach nicht mehr; im Zuge der zahllosen Schulreformen ist es schon in den 1970er Jahren untergegangen.

Ähnlich scheint es dem „Heimatbuch“ zu gehen, das heute, wie schon der Titel von Jutta Faehndrichs Veröffentlichung „Eine endliche Geschichte – Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen“ sagt, in der Tat eine „endliche Geschichte“ ist. Dabei waren und sind Heimatbücher ein Kulturgut allerersten Ranges, das lange aus Wissen und Bildung gar nicht wegzudenken war.

Es ist das Verdienst der Autorin, mit dieser material- und informationsreichen Analyse, mit der sie an der Universität Erfurt promoviert wurde, so etwas wie eine Ehrenrettung der Heimatbücher erreicht zu haben.

Heimatbücher haben eine große Tradition. Ihre Vorläufer, sogenannte Bezirks- und Heimaturkunden, wurzeln im frühen 19. Jahrhundert und kommen aus der Pädagogik von Pestalozzi; Ziel war es, Kindern und Erwachsenen einen, wie Faehndrich sagt, „Wissenszugang über Nahraumerfahrung“ zu ermöglichen. Heimatbücher selbst entstanden ab dem Jahr 1900, und zwar aus dem Be-

»Heimat im Buch« und Kulturgut allerersten Ranges

dürfnis heraus, das, was einem an unmittelbarer Heimat lieb und teuer war – oft nur ein Städtchen oder Dorf –, für die Nachkommen festzuhalten. Es waren keine wissenschaftliche Abhandlungen; oft waren es Lehrer, Pfarrer oder andere Gebildete, die allein oder im Kollektiv (übrigens fast immer ohne Frauen) solche Heimatbücher schrieben und in einer Art Selbstverlag veröffentlichten. Die Weimarer Republik war die Hoch-Zeit der Heimatbücher, dann auch die ersten Jahre der Bundesrepublik.

Es war naheliegend, dass das Heimatbuch nach 1945 für die deutschen Vertriebenen ein willkommenes Medium war, sich der verlorenen Heimat zu vergewissern. Es wurde, so die Autorin, zum „Ausdrucksmittel einer Kultur des Erinnerns an Verlorenes“. Es wurde zur Heimat im Buch, und Voraussetzung war immer, dass die Autoren aus eigenem Erleben schrieben. Heute, da diese Generation meist nicht mehr lebt, kann es zumindest bei den Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten kein Heimatbuch im eigentlichen Sinne mehr geben. Anders bei den Deutschen aus Südosteuropa, die erst in den 80er und 90er Jahren nach Deutschland aussiedeln konnten; hier steht das Heimatbuch noch in Blüte.

An Regionen nennt Faehndrich die ehemaligen deutschen Ostgebiete, Deutsche aus Polen und der Tschechoslowakei, Ungarndeutsche, die Donauschwaben, die Zirps (Slowakei), Deutsch aus Siebenbürgen, aus Bessarabien und aus der ukrainischen und rumänischen Bukowina. Nach ihren Angaben gibt es derzeit rund 750 Heimatbücher deutscher Vertriebener. In akribischer Arbeit hat sie rund 300 davon erfasst. Die meisten kommen aus dem Sudetenland, aus Schlesien, aus Süd- und Südosteuropa.

Zu Ostpreußen führt Faehndrich etwa 15 Titel auf, unter anderem ein Buch zu Allenstein von 1968, zu Goldap (1965 von Johannes Mignat), zu Großbudertal (2002, Hans Schlender), zu Lenzen (1970, Georg Wiehmann); dieser Autor auch zu Succase 1968), zu Preußisch-Holland (1978, Martin Büttnes) und zum Samland (1966, Paul Gusovius).



Hauptthemen aller Heimatbücher sind die jeweilige Geschichte, Natur und Umwelt, Soziales und Dokumentationen zum alltäglichen Leben (Feuerwehr, Schulen, Kirche). Unweigerlich werden bei dieser Schwerpunktsetzung die Heimatbücher auch zum Politikum, zumal sie fast immer mit Förderung von Landsmannschaften oder mit Zuschüssen des Bundes der Vertriebenen verfasst wurden. Wie kaum anders zu erwarten, konstatiert die Autorin für die unmittelbare Nachkriegszeit ein starres Festhalten auf ein Recht auf Heimat, sprich auf Rükkehr, verbunden mit der Verdrängung eigener Schuld und Attacken auf die – damals kommunistisch regierten – Staaten im Osten. Eine Entkrampfung trat ein, als viele Vertriebene wieder in die Heimat fuhren und gewissermaßen noch einmal – und diesmal in Ruhe und in Freundschaft mit den neuen Bewohnern – Abschied nehmen konnten.

Für die Vertriebenenverbände, ganz generell für Bibliotheken und Museen, erscheint es nach der Lektüre dieses Buches einmal mehr als wichtige Aufgabe, Heimatbücher zu sammeln und zu pflegen. Andernfalls droht viel Wissen verloren zu gehen. Denn ein Ende dieser aus persönlichem Erleben geschriebenen Literatur ist allein aus demographischen Gründen absehbar: „Die Geschichte des Vertriebenenheimatbuchs ist ganz ohne Zweifel eine endliche Geschichte.“ *Dirk Klose*

***Jutta Faehndrich: „Eine endliche Geschichte – Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen“,** Böhlau Verlag, Köln 2011, 336 Seiten, 44,90 Euro*

Als Tilsit verlorenging

Nach langen erbitterten Kämpfen galt die Stadt an der Memel am 20. Januar 1945 als endgültig von der roten Armee erobert

Bereits im Herbst 1944 übernahm das deutsche Militär Tilsit und traf Vorbereitungen für den erwarteten Angriff der Roten Armee. Doch trotz intensiven Ausbaus der Stellungen war der Feind nicht abzuwehren.

Tilsit wurde im Oktober 1944 zur Frontstadt. Die Rote Armee hatte das nördliche Memelufer erreicht und war noch einmal zum Stehen gebracht worden. Sie sah sich einer ausgebauten Abwehrstellung entlang der Memel gegenüber. Der einzige Übergang, die Königin-Luise-Brücke, war am 22. Oktober gesprengt worden. In Tilsit übernahm das Militär das Kommando. Die Zivilbevölkerung musste die Stadt verlassen. In den Verteidigungsabschnitt rückte die 551. Volksgrenadierdivision ein. Die Grenadiere waren in gut ausgebauten Stellungen auf einen Angriff von Norden vorbereitet. Der breite Strom, Minen- und Drahthindernisse, zur Verteidigung ausgebaute Häuserfronten, Grabensysteme entlang der Uferdämme boten beruhigende Sicherheit. Die Artillerie war auf die zu erwartenden Angriffsräume jenseits des Stroms eingeschossen. Selbst als die Memel zufror, war die deckungslose Distanz schwer zu überwinden. Spähtrupptätigkeit und gelegentliches Störfeuer bestimmten das Frontgeschehen.

Am 13. Januar 1945 begann der sowjetische Großangriff. Der Hauptstoß zielte auf den Raum Schlossberg-Ebenrode. Das war von Tilsit 60 Kilometer entfernt und bot noch keinen Anlass zur Besorgnis. Doch nach mehrtägigen hartnäckigen Kämpfen gelang es den Truppen des Armeegenerals Tschernjakowski, die deutsche Front aufzureißen. Er beorderte ein in Reserve liegendes Panzerkorps unter Generalleutnant Butkow an den Einbruchsabschnitt. Der Auftrag lautete, durch die aufgerissene Bresche in die Tiefe der gegnerischen Verteidigung vorzustoßen und aus der Bewegung heraus Tilsit in den Rücken zu fallen.

Die deutschen Truppen hatten sich auf die Insterstellung zurückziehen müssen. Butkows Panzer durchbrachen den erbittert verteidigten Hohensalzburg-Riegel. Die 89. Panzerbrigade begann, die rückwärtigen Straßen- und Bahnverbindungen nach Tilsit zu blockieren.

Zeitgleich wurde das am nördlichen Memelufer stehende 54. Schützenkorps in weitem Bogen auf das Südufer der Memel verlegt. Mit diesem Schachzug hoffte man, einen verlustreichen Sturm über die Memel zu vermeiden und Tilsit durch die Hintertür zu erobern. Eine Kriegsbrücke bei Jurbarkas ermöglichte die unbehelligte Überquerung des Flusses mit Fahrzeugen und schwerem Gerät. Drei Divisionen gingen gestaffelt entlang des südlichen Memelufers vor und nahmen am 19. Januar aus der Bewegung heraus die Stadt Ragnit.

Mit dem Fall von Ragnit wurde die Lage in Tilsit brenzlig. Die ungesicherte rechte Flanke war bedroht. Man rechnete damit, dass der Russe am nächsten Morgen seinen Vormarsch fortsetzen wird. Das erwies sich allerdings als Trugschluss. Der Kommandierende General des 54. Schützenkorps Ksenofontow dachte nicht daran, bis zum nächsten Morgen zu warten. Er war entschlossen, die Gunst der Stunde zu nutzen, und erteilte seiner 263. Schützendivision den Auftrag, dem weichenden Gegner auf den Fersen zu bleiben und im Nachtgefecht in die südöstlichen Stadtviertel Tilsits einzusickern.

Der einzige Übergang über die Memel, die Köngin-Luise-Brücke, wurde gesprengt

An der Birjohler Stadtrandsiedlung stießen die sowjetischen Vorausabteilungen auf schwache deutsche Infanteriesicherungen. Die deutschen Posten, welche die sich nähernden Gestalten für versprengte eigene Soldaten hielten, wurden überwältigt. Das überraschende Auftauchen der Sowjets an einer Stelle, an der sie am allerwenigsten erwartet wurden, blieb nicht lange unbemerkt. Bis jedoch erste Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten, wurde das Gebiet südlich des Mühlenteichs bereits von den Sowjets beherrscht. Der Handstreich war ohne nennenswerte Verluste geglückt.

Aber auch ohne diese Überraschung wurde der deutschen Führung klar, dass Tilsit militärisch ausmanövriert war. Die 551. Volksgrenadierdivision musste damit rechnen, eingekesselt zu werden. Die sowjetische 89. Panzerbrigade hatte die Reichsstraße 138 zwischen Kreuzingen und Tilsit erreicht und damit den wichtigsten Rückzugsweg unterbrochen. Tilsit drohte, zur Mausefalle zu werden.

Angesichts der ausweglosen Lage fiel der schwere Entschluss, Tilsit aufzugeben. Generalmajor Verhein, Kommandeur der 551. Volksgrenadierdivision, gab seinen Einheiten den Befehl, nach Eintreten der Dämmerung mit der Räumung der Stadt zu beginnen. Die Soldaten in der Memelstellung sollten sich vom Feind möglichst unbemerkt lösen. Nur Nachhuten hatten die Stellung noch bis Mitternacht zu halten.

Die Absetzbewegung geriet in der Dunkelheit schon bald in das Flankenfeuer der eingesickerten russischen Stoßtrupps. Hinhaltende Rückzugsgefechte bestimmten die Situation. Zu einem Chaos kam es auf dem Tilsiter Bahnhof. Eine sowjetische Einheit hatte den Befehl, die Eisenbahnlinie zu unterbrechen und den Bahnhof zu besetzen. Dort standen mehrere Lokomotiven unter Dampf, Züge mit Verwundeten und schwerem Gerät wurden beladen, als plötzlich Rotarmisten, pausenlos aus MPs feuernd, zwischen den Rangiergleisen auftauchten. Eine organisierte Abwehr kam nicht zustande. Den meisten blieb nur der Weg in die Gefangenschaft.

Russen griffen auch in der Nacht an und ließen erschöpften Deutschen keinerlei Atempause

Sowjetische Berichte meldeten zehn Lokomotiven und 300 Waggons mit Waffen und Gerät als Beute.

Inzwischen hatte die am jenseitigen Memelufer liegende 115. Schützendivision mit dem Sturm über die Memel begonnen. Die deutschen Nachhuten belegten die Angreifer mit schwerem Abwehrfeuer. Die Angriffswellen der Infanterie und die Kanoniere, die auf Skiern gestellte 4,5 Zentimeter-Geschütze über das Eis zogen, hatten hohe Verluste.

In der russischen militärhistorischen Literatur gibt es kontroverse Auffassungen über Notwendigkeit oder Sinnlosigkeit des Unternehmens. Es heißt sogar, die Rote Armee hätte Tilsit zweimal erobert. Die Truppen der 39. Armee seien schon in der Stadt gewesen, als die 43. Armee zum Sturm über die Memel antrat. So war es in der Tat. General Beloborodow musste einräumen: „Als die 115. Schützendivision den Angriff über die Memel auf Tilsit vortrug, hatten Schützenregimenter des 54. Korps sich bereits durch die Stadt gekämpft und das südwestliche Stadtviertel erreicht.“

Um Mitternacht hatten sich die letzten deutschen Nachhuten abgesetzt. Die 115. Schützendivision begann, das südliche Memelufer in Besitz zu nehmen. Wenn es bei der Durchkämmung des kilometerlangen Betriebsgeländes der Zellstoffwerke immer wieder zu Schusswechseln kam, handelte es sich nicht um letzte deutsche Soldaten, sondern um entgegenkommende Einheiten des 54. Schützenkorps. In dem unübersichtlichen Gewirr von Werkhallen, Kühltürmen, Holzlagern und Rohrleitungen fiel es schwer, Freund und Feind zu unterscheiden.

Erst im Laufe des Vormittags trat Ruhe ein. Die letzten Schüsse waren verhallt. Hier und da loderten Brände. Niemand kümmerte sich darum. Tilsit war seinem Schicksal überlassen. Es war die erste größere Stadt auf deutschem Reichsgebiet, die in die Hände der Sowjets fiel. Nach einem Dokument aus dem Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der UdSSR galt Tilsit ab dem 20. Januar 1945 um 10 Uhr vormittags als erobert. Radio Moskau gab den Fall Tilsits in einer Sondermeldung bekannt. Auf dem Roten Platz am Kreml wurde anlässlich der Einnahme von Tilsit ein Artilleriesalut von 20 Salven geschossen.

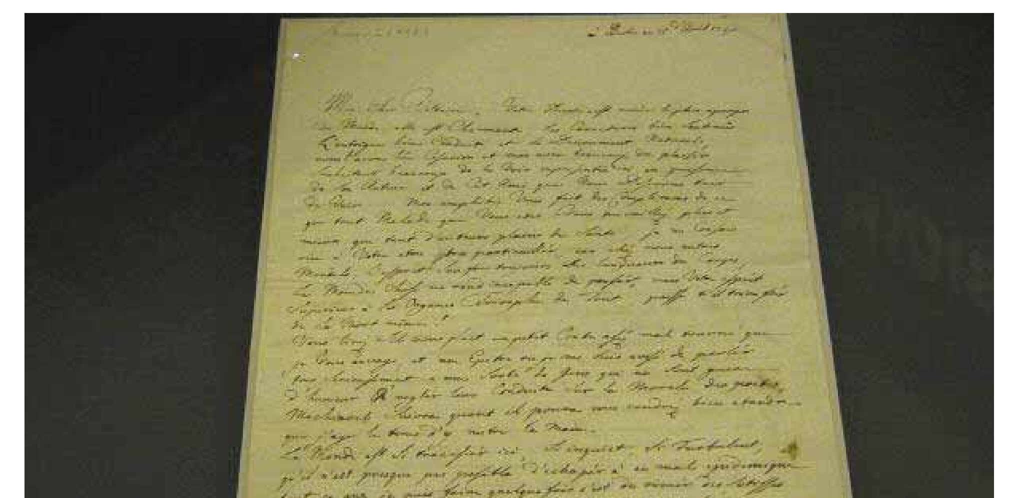
Der 89. Panzerbrigade wurde der Ehrentitel „Tilsiter“ verliehen. Sie trug den entscheidenden Anteil daran, dass Tilsit mit einem raumgreifenden Vorstoß in die Tiefe militärisch ausmanövriert wurde. Damit hatte die Verteidigung der Stadt entlang der Memel ihren Sinn verloren.

Die Tilsiter erfuhren vom Verlust ihrer Vaterstadt am nächsten Tag aus dem Wehrmachtsbericht. Er meldete: „Zwischen Insterburg und Tilsit wechselten starke feindliche Angriffe mit unseren Gegenangriffen. Nach erbitterten Kämpfen konnte der Feind in Tilsit eindringen.“ *Hans Dzieran*

Die geschilderten Ereignisse sind einer Broschüre entnommen, die von der Stadtgemeinschaft Tilsit herausgegeben worden ist. Unter dem Titel „Als Tilsit verloren ging“ wird auf 40 Seiten und mit zahlreichen Karten und Fotos der Frage nachgegangen, wie es zum Verlust der ersten größeren Stadt auf deutschem Reichsgebiet kam. Die Broschüre kann unter der Telefonnummer (0371) 642448 angefordert werden.



Stück für Stück fiel Ostpreußen in die Hände der Roten Armee: Im April 1945 kapitulierte die deutsche Garnison von Allenstein.



Brief des Königs

Was Friedrich der Große Voltaire schrieb

Bei einem Pressetermin zu „350 Jahre Staatsbibliothek“ stieß *PAZ*-Autorin Silvia Friedrich über etwas sehr Seltenes: einen handgeschriebenen Brief von Friedrich II. im Original. Er ist in der Ausstellung „Herausragende Objekte der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz“ zu sehen, die im Moment im Deutschen Historischen Museum (DHM) zu sehen ist.

DHM zeigt Originalschrift

Der Brief wurde am 15. April 1740 in Berlin vom damaligen Kronprinzen Friedrich geschrieben. Darin dankt der spätere Friedrich der Große dem französischen Philosophen Voltaire für die Zusendung der Komödie „La Devote“ und hofft, sie in Anwesenheit des Autors in Berlin aufgeführt zu sehen. Er selbst arbeite derzeit am „(Anti-)Machiavelli“.

Friedrich den Großen und den einflussreichsten Autoren der französischen und europäischen Aufklärung Voltaire verband eine tiefe Freundschaft, die aber auch nicht frei von Konflikten war. Friedrich II. holte Voltaire an seinen Hof, doch dann kam es zum Zerwürfnis, zeitweise brachen sie den Kontakt zu einander so ab. *Bel*